MOSKAUER PROZESSE ..... SEITE 8

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

permanente revolution

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr. 5 - DEZEMBER 1976 - PREIS öS 7.-

China nach Maos Tod: Seltsames und Ungeheuerliches

In den letzten Wochen waren die Spalten der Zeitungen voll von Berichten über tiefgehende und den Beobachter oft verwirrende Umwälzungen politischer Art, die sich auf dem Boden des chinesischen Riesenreiches abspielten. Von Massendemonstrationen war die Rede, von Wandzeitungen, in denen bisher einflußreiche Mitglieder der Partei- und Staatsführung plötzlich als "Bande", "Verschwörer", und "Giftmischer" angegriffen wurden, von Verhaftungen etc. Was hat sich also ereignet?

Unter eher mysteriösen Umständen wurde die als 'Shanghaier Linke' bekannte Gruppe um Maos Witwe Tschiang-tsching und den 'Paradearbeiter' Wang-Hung-wen (auf dem X. Parteitag der 3. Mann in der Hierarchie nach Mao und Tschou) schlagartig entmachtet. Gleichzeitig wurden Kundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung des neuen Vorsitzenden Hua-Guo-feng gegen diese 'parteifeindliche' Clique im ganzen Land organisiert.

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, sich die verunsicherte Miene so manches heimischen Maoisten vorzustellen, der vor zwei Monaten noch begeistert die 'Revolutionäre Pekingoper' auf ihrer Tournee durch Österreich als vollendeten künstlerischen Ausdruck der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao-Tse-tung bejubelt hat und nun zur Kenntnis nehmen muß, daß deren Schöpferin samt Anhang mit folgenden Worten charakterisiert wird: "... durch und durch konterrevolutionäre Revisionisten, typische Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Partei, die das Blut aus den Arbeitern saugen, und unverbesserliche Wegbereiter des Kapitalismus, die noch immer den kapitalistischen Weg gehen." (Hsinhau, 26. 10.)

Die drei 'konterrevolutionären' Mitstreiter Maos (Wang, Tschiang Tsching, TschangTschun)

Wahrhaft erstaunlich, mit was für einem Geschöpf der größte Marxist-Leninist jahrzehntelang verheiratet war!

Allerdings sind solche Methoden in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nichts Neues in der chinesischen KP. Schon des öfteren wurden bisherige Führer der Partei nach ihrem Sturz in ähnlicher Weise attackiert.

Noch bestens in Erinnerung ist der Fall Lin-Piaos, des engsten Mitstreiters Mao-Tse-tungs in der Kulturrevolution. Das auf dem IX. Parteitag 1969 verabschiedete Statut der KPCh traf über ihn folgende Aussage: "Genosse Lin-Piao hat konsequent das große rote Banner der Mao-Tse-tung Ideen hochgehalten und die proletarische Linie des Genossen Mao-Tse-tung am treuesten und standhaftesten befolgt und verteidigt. Genosse Lin-Piao ist der nächste Kampfgefährte des Genossen Mao-Tse-tung und sein Nachfolger." (Peking-Rundschau 18/69)

Dieser Parteitag wurde bezeichnet als "ein Parteitag voller Lebenskraft, ein Parteitag der Geschlossenheit, ein Parteitag des Sieges." (Bericht an den IX. Parteitag 1969). Allzu weit her dürfte es aber nicht mit der Geschlossenheit der Partei gewesen sein, denn zwei Jahre darauf kam es zum Sturz und Tod Lin-Piaos, der nun ganz anders charakterisiert wird: er wird als ein Mensch bezeichnet, der "seinen tückischen Charakter nicht (hat) ablegen können" und ein "großer Parteityrann und Militärmachthaber" gewesen sei, "der weder Bücher noch Zeitungen oder Dokumente las und keinerlei Kenntnisse besaß" (Peking-Rundschau 26/1974).

Offenbar hinderte ihn solch mangelhafte Bildung nicht, ein glühender Anhänger des Philosophen Konfuzius und seiner Theorien zu sein, der doch größten Wert auf Kenntnisse und Bücherweisheit legte!

Diese Art der politischen Auseinandersetzung, für die sich noch viele Beispiele anführen ließen, ist Ausdruck des stalinistischen Charakters der chinesischen KP. Die politischen Entscheidungen fallen innerhalb einer kleinen Gruppe von Personen an der Spitze der Partei, ohne daß die Masse der Parteimitglieder oder gar das chinesische Volk einbezogen würde. Dabei setzt sich die bürokratische Führungsclique auch über den formalen Rahmen von Verfassung und Parteistatut hinweg. Treten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung auf, wird der unterlegene Teil politisch oder auch physisch liquidiert, ohne daß es je zu einer Konfrontation der unterschiedlichen Positionen vor der Partei kommt. So ist es oft nur mühsam durch fast dedektivische Kleinarbeit möglich, aus verstreuten Andeutungen die tatsächlichen Streitpunkte herauszufinden. Ist der Machtkampf innerhalb der Führung entschieden, wird der Verlierer nun den Massen zur Beschimpfung freigegeben. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, dürfen die Massen auf den Plan treten. Eine Verleumdungskampagne setzt ein, in der die unterlegene Partei der unglaublichsten Vergehen und Verbrechen beschuldigt wird, wobei diese Anschuldigungen oft genug in sich widersprüchlich und abstrus sind. Selbstverständlich wird dem unterlegenen Teil jede Möglichkeit genommen, seine authentischen Standpunkte öffentlich darzulegen. Die Massen fungieren nur in der Rolle von Statisten, denen die Zustimmung zu vollzogenen Beschlüssen überlassen bleibt. Sie dürfen der siegreichen Gruppierung ihre Loyalität bekunden.

Den Verlierern wird auch jedwede persönliche Ehre genommen. Auf einmal wird rückwirkend festgestellt, daß sie schon immer den bürgerlichen Weg gegangen sind, in jeder Phase der Parteigeschichte auf der anderen Seite gestanden sind, Feinde der Partei und Agenten des Klassenfeindes waren, etc. - selbst wenn sie jahrzehntelang hohe und höchste Partei- oder Staatsämter innegehabt hatten und maßgeblich an der Entwicklung und dem Aufbau der Partei beteiligt waren! Es ist die Methode des Stalinismus, die ihre häßliche Fratze bei den Moskauer Schauprozessen in den 30er Jahren erhoben hat und sich nicht ändern wird, bis die proletarische Revolution im Weltmaßstab sowohl dem Stalinismus wie dem Imperialismus den Garaus bereiten wird!

DIE 'MAOISTISCHE LINKE'

Um die heute ablaufenden Vorgänge in China verstehen zu können, ist es notwendig, weiter in der Geschichte zurückzugehen bis zur "Großen proletarischen Kulturrevolution", ja sogar über diese hinaus in die 50er Jahre. Die jetzt miteinander streitenden Fraktionen haben sich in ihren Umrissen bereits nach dem "Großen Sprung Vorwärts", ja zum Teil sogar davor herausgebildet und einen Schlagabtausch größten Ausmaßes während der Kulturrevolution hinter sich gebracht. Der jetzige Waffengang ist also das vorläufig letzte Glied in einer langen Kette.

Sieht man von zufälligen und nebensächlichen Elementen ab, sind es zwei Hauptfraktionen, die einander in verschiedenen Formen der Auseinandersetzung gegenüberstehen:

Die sogenannte 'linke' Fraktion der eigentlichen Maoisten um Mao und seine jeweiligen Verbündeten herum, deren Ausläufer soeben besiegt wurden und die Fraktion der 'Gemäßigten', einst geführt von Liu-Shao-chi und Teng-Hsiao-ping, nunmehr von Hua-Guo-feng, der auch Tschou-En-lai politisch näher stand.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: die Charakterisierung als 'links' und 'gemäßigt' ist sehr oberflächlich und beide Gruppierungen haben substantielle Gemeinsamkeiten. Es handelt sich in beiden Fällen um stalinistische Gruppen, die fest auf dem Boden des Konzepts vom "Sozialismus in einem Land" stehen. Folgerichtig vertreten auch beide Fraktionen eine Außenpolitik, die sich fernab jeder proletarischen Klassenlinie von den Interessen nationalstaatlicher Diplomatie leiten läßt. In der innerparteilichen Auseinandersetzung bedienen sich beide der Methode der Diffamierung und Terrorisierung des politischen Gegners. Beide sind Teil derselben bürokratischen Führungskaste und haben das gleiche zynische

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

INHALT

Schluß mit den Verleumdungen gegen Hansen Novack und Varga!

Auf einer Ende Oktober in Frankreich abgehaltenen Konferenz, an der die IKL als Beobachter teilnahm, wurde die folgende Resolution verabschiedet. Sie richtet sich gegen die ungeheuerliche Verleumdungskampagne, die von Seiten der britischen WRP (eine Organisation, die von G. Healy geführt wird und sich auf den Trotzkismus beruft) gegen die Genossen Joe Hansen und George Novack geführt wird. Diese beiden Genossen - Veteranen der trotzkistischen Bewegung - gehören der SWP (USA) an und werden beschuldigt, quasi der Ermordung Trotzkis durch einen GPU-Agenten Vorschub geleistet zu haben. Ebenso verurteilt die Resolution eine ähnliche Kampagne der französischen OCI, die sich gegen den ungarischen Trotzkisten Varga richtet, der ohne Beweismaterial vorzulegen, beschuldigt wird, sowohl ein GPU- als auch ein CIA-Agent zu sein.

Hier der Text der Resolution:
"Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiterbewegung verurteilen hiermit die Verleumdungskampagne gegen Joseph Hansen und George Novack, die von der WRP und jenen, die ihr in diesem Punkt auf internationaler Ebene folgen, vorgetragen wird.

Wir charakterisieren diese Kampagne als eine widerliche, spalterische und anti-proletarische Kampagne.



Joseph Hansen

Einige unserer Organisationen haben schwerwiegende politische Differenzen mit Hansen, Novack und der SWP - aber wir kämpfen für unsere Politik mit den proletarischen Methoden der grundsätzlichen Diskussion, nicht mit den stalinistischen Methoden von Beschmutzung und Verleumdung. Die Anschuldigungen der WRP gegen Hansen und Novack laufen auf nichts anderes hinaus als die Tatsache, daß diese sich weigerten, eine allgemeine Hexenjagd gegen die Gefahr möglicher stalinistischer Agenten zu entfalten. Wenn diese Tatsache Hansen und Novack einer Schuld überführt, dann müßte sie es auch bei James P. Cannon und Leo Trotzki selbst, die sich immer geweigert haben, ein Regime ständiger Hexenjagd in ihren eigenen Organisationen zu errichten.

In gleicher Weise verurteilen die unterzeichneten Organisationen die Kampagne, die von der OCI durchgeführt wird, welche - ohne den geringsten Beweis - Michel Varga beschuldigt, sowohl ein Agent des CIA als auch der GPU zu sein, und zu physischen Attaken gegen Militante der LOR ebenso wie gegen andere revolutionäre Militante, die versuchten in diese Vorfälle einzugreifen.

Wir haben es auch hier wieder mit stalinistischen Methoden zu tun, die aus der trotzkistischen Bewegung ebenso wie aus der Arbeiterbewegung überhaupt verbannt werden müssen.

In diesen beiden Fällen sind diejenigen, die sich wirklich einer fiesen Vorgangsweise schuldig machen, die Führer der WRP und der OCI, die versuchen politische Probleme durch Verleumdungskampagnen zu lösen."

Lutte ouvrière (Frankreich)
Combat Ouvrier (Antillen)
Spark (USA)
UATCI (Afrika)
Lega Comunista/FMR (Italien)
I-CL (England)
IKL (Österreich)
Spartacusbund (Deutschland)

Um allen Interessenten und Freunden der IKL Gelegenheit zu geben, mit uns in Kontakt und Diskussion zu treten, führen wir 14-tägig einen Diskussionstreff durch.

Der nächste Termin ist Dienstag, der 14. Dezember 1976

19-22 Uhr, Gewerkschaftshaus, Treitlstraße 4, 1o4o Wien.

Zim. 69 (4. Stock)

KONTAKTADRESSE: IKL, 1010 WIEN, POSTFACH 1454

verlag ergebnisse & perspektiven



POLITISCHE LITERATUR (Anzeige)

Titel	Preis
SPARTACUS, Zentralorgan des Spartacusbundes	
bis Nr. 21 jede Ausgabe	0,50
ab Nr. 22 jede Ausgabe	1,00
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Porto)	15,00
ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN	
Nr. 1 – Dokumente der Fusionskonferenz	3,00
Nr. 2 – Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG	5,00
Nr. 3 – Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon	5,00
SONDERAUSGABEN VON ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN	
Nr. 1 – Die Vierte Internationale wiederaufbauen, Interview mit einem Genossen der SAP, Revolutionar Communist Group/GB: Die Frage der Internationale	3,50
Nr. 2/3 – Die Vierte Internationale nach dem 2. Weltkrieg, Dokumente und Analysen	6,50
SPARTACUS-FLUGSCHRIFTEN	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	0,50
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	0,50
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen	0,50
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	3,00
Nr. 5 – Lehrstellen her – sonst knallt's!	1,50
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	0,50
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in turkisch)	0,50
Nr. 8 – Die portugiesische Revolution in Gefahr	2,00
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP/Ein Soldat der SUV berichtet	3,50
Nr. 10 – Unser Kampfprogramm gegen die Krise	1,00
Nr. 11 – Die MPLA, eine sozialistische Befreiungsbewegung?	0,50
Nr. 12 – GRS: MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola	3,80
Chilenische Lehren	3,00
Kritik des chinesischen Kommunismus	1,50
Spartacus, Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	10,00
Die vierte Internationale:	
Juli 1972 – enthält u.a.: Trotzki und der span. Burgerkrieg	2,00
Juni 1973 – enthält u.a.: Trotzki/Vom Plan der CGT...	3,00
SCHRIFTEN VON LEO D. TROTZKI	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6,50
Verteidigung des Marxismus	17,80
Frau, Familie und Revolution	3,00
Verratene Revolution	8,00
Die russische Revolution 1905	13,50
1917 – Lehren der Revolution	3,00
Kopenh. Rede/Drei Konzeptionen der russ. Revolution	3,80
Ihre Moral und unsere	3,00
Stalins Verbrechen	16,80
England/Europa und Amerika	11,80
Der Neue Kurs	6,50
Was nun?	4,80
Fragen des Alltagslebens	6,80
Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	2,80
China, die erwürgte Revolution, Band 2	18,80
Kapitalismus oder Sozialismus	4,80
Wohin geht Frankreich?	4,50
Schriften uber Deutschland, 2 Bände	92,00
Ergebnisse und Perspektiven, Permanente Revolution	9,00
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	9,00
Mein Leben (Autobiographie)	8,80
Der junge Lenin	4,80
Revolution und Burgerkrieg in Spanien 1931-39, Schriften	
Band 1	9,50
Band 2	10,50
Trotzki, Kamenew, Radek u.a./ Die Rote Armee	4,00
Trotzki, Kondratieff, Mandel u.a./ Die langen Wellen der Konjunktur	14,80
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion	
Band 2	26,80
Band 3	29,80
Leon Sedow/Rotbuch über den Moskauer Prozeß	4,00
E. Preobrazenskij/Die neue Ökonomik	18,80
John Reed/10 Tage, die die Welt erschütterten	7,90
Leitsätze der Komintern zur Organisationsfrage	1,00
Leitsätze der Komintern zur Gewerkschaftsfrage	1,00
V. Serge/Klassenkämpfe in der chines. Revolution 1927	9,80
Abraham Leon/Judenfrage und Kapitalismus	9,80
Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16.–21.12.1918/Stenographische Berichte	24,80
Richard Müller/Vom Kaiserreich zur Republik	8,80
ders./Der Bürgerkrieg in Deutschland	9,80
ders./ Die Novemberrevolution	12,80
Karl Retzlaw/Spartakus – Aufstieg und Niedergang	25,00
Pierre Broue/Deutsche Revolution 1918-23	5,80
F. Krey/Maria und der §218	6,50
Kritik des chinesischen Kommunismus	1,50
Wahlplakat des Spartacusbundes 1976	3,00

Englische Literatur

Titel	Preis
LEON D. TROTSKY	
Writings 1929 und 1930 (neu!), 1930/31, 1932	je 10,00
Writings 1932/33	9,00
Writings 1933/34, 1934/35	je 10,00
Writings 1935/36, 1937/38	je 8,00
Writings 1938/39, 1939/40	je 10,00
First 5 Years of the Comm.International, vol. 1(Leinen)	30,00
First 5 Years of the Comm.International, vol. 2	10,00
Leon Trotsky Speaks	9,00
Against Individual Terrorism	1,40
On Literature and Arts (Leinen)	30,00
On Paris Commune	2,80
Military Writings	6,00
Marxism in our Time	2,20
On Engels and Kautsky	1,30
On the Jewish Question	1,60
On Black Nationalism and Self-Determination	2,80
On the Trade Unions	2,80
JAMES P. CANNON (ehemal. Führer der SWP)	
First ten Years of American Communism	9,00
History of American Trotskysm	8,00
Letters from Prison	9,00
Notebook of an Agitator	9,00
The Socialist Workers Party in World War II	10,00
Speeches to the Party	10,00
Struggle for a Proletarian Party	10,00
Peng Shu-tse/Li Fu-jen, Revolutionaries in Mao's Prisons	1,30
Dewey-Commission/The Case of Leon Trotsky	10,00
The Bolsheviks and the October-Revolution (ZK-Protokolle von August 1917 - 1918)	14,00
SCHULUNGSMATERIAL DER SWP/USA (bei diesem Schulungsmaterial der SWP handelt es sich um Dokumente und Beiträge aus der Geschichte der Vierten Internationale, des Internationalen bzw. Vereinigten Sekretariats und des Internationalen Komitees):	
Towards a History of the Fourth International, alle Teile	27,60
Part I – Three Contributions on Postwar Developments	1,30
Part II – vergriffen	
Part III – International Committee Documents	13,00
Part IV – International Secretariat Documents	10,00
Part V – History and Principles of the Left Opposition	1,30
Part VI – Class Collaborationism/The LSSP in Sri Lanka	2,00
Peng Shu-tse, Peng Pi-lan/The Chinese Revolution	7,80
Class,Party and State and the East Europe Revolution	3,30
The Kronstadt Rebellion	1,30
Marxism vs. Ultraleftism (Healy's Break with Trotskysm)	8,00
The Nature of the Cuban Revolution	2,50
What Course for Argentine Trotskysm (PST vs. PRT)	4,20
Frazione Marxista Rivoluzionaria della IV. Internazionale	
Problemi della Rivoluzione Portoghese	8,00
Bolletino della FMR	jede Ausgabe 1,50

Eine Liste mit spanischer und portugiesischer revolutionärer Literatur kann über die Verlagsanschrift angefordert werden.

VERLAGSANSCHRIFT: Ergebnisse & Perspektiven, Verlags- und Vertriebs- GmbH
Altenessener Str.337, 43 Essen 12, Tel.:0201 / 34 75 22
Postscheckkonto: Essen 377 31 - 437

ALLE PREISE IN DM. BESTELLUNGEN AN IKL, 1010 WIEN, POSTFACH 1454

PERMANENTE REVOLUTION -

ist das Zentralorgan der Internationalen Kommunistischen Liga.

Abonnement:

1o Nummern.............. s 8o.-
(inklusive Versandspesen und Sondernummern)

Förderabonnements ...... ab S 2oo.-

IMPRESSUM:

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter, Klimschgasse 18/6, 1030 Wien.
Druck: REMA-PRINT Druck- u. VerlagsgesmbH, 1080 Wien.



FORTSETZUNG VON SEITE 1

Seltsames und Ungeheuerliches



'Stehaufmännchen' Teng Hsiao Ping bei einer schöpferischen Pause während der Arbeit an seiner 'Selbstkritik'?

Verhältnis zu den Massen: sie benutzen sie nur als Druckmittel gegen den Gegner und stellen stets das Interesse der Bürokratie an die erste Stelle.

Wenn sich auch beide Fraktionen einig sind, daß der Sozialismus allein mit den Hilfsmitteln eines so unterentwickelten Landes wie China aufgebaut werden kann und keinerlei Vertrauen in die revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder haben (siehe ihre mystische Einschätzung der Länder der '3. Welt'), so haben sie doch Differenzen darüber, wie der Sozialismus (oder was sie dafür halten) in China aufgebaut werden soll.

In dieser Frage drückt die 'maoistische' Fraktion stärker das Spezifische an der chinesischen Variante des Stalinismus aus. Sie versucht aus der Not eine Tugend zu machen und predigt einen 'Sozialismus der Selbstgenügsamkeit'. Sie stellt die ungenügende Entwicklung der Produktivkräfte Chinas fest und glaubt, sie durch enorme Kraftanstrengung der Massen und Besinnen auf die eigenen, unzulänglichen wirtschaftlichen Mittel überwinden zu können. Der "Große Sprung Vorwärts" mit der Bildung der Volkskommunen, als noch überhaupt die technischen Voraussetzungen (Maschinen etc) für eine landwirtschaftliche Produktion auf dieser Stufenleiter im entferntesten gegeben waren und der Versuch, mit Hilfe von 100.000 Hochöfen auf einem äußerst primitiven technischen Niveau die Industrialisierung voranzutreiben, sind deutlichster Ausdruck dieser Politik der 'Maoisten'. Der Satz "auf die eigene Kraft vertrauen" enthält zweifellos einige positive Elemente, drückt aber die zutiefst idealistische Konzeption aus, das unterentwickelte China könne sich aus eigener Kraft ungeachtet des imperialistischen Weltmarktes und unabhängig vom weiteren Verlauf der Weltrevolution quasi am eigenen Schopf von der Ebene eines Entwicklungslandes bis zum Sozialismus hochziehen. Dieses Konzept betont die Selbstgenügsamkeit und die Autarkie Chinas, was beim gegebenen Stand der Produktivkräfte zwangsläufig auf einen 'Sozialismus der Armut' hinauslaufen, die marxistische Vorstellung vom Sozialismus also ad absurdum führen muß!

Diese Art von Politik braucht ein besonderes Verhältnis zu den Massen. Sie muß durch ideologische Mobilisierung immer wieder und wieder die Bevölkerung zu erneuten Kraftakten treiben.

Die Möglichkeit einer solchen Politik ergab sich aufgrund einer Reihe von historischen Faktoren. Mao-Tse-tung verkörperte wegen seiner Rolle bei der Niederwerfung des alten Ausbeuterregimes in den Augen der chinesischen Massen jene sozialen und politischen Errungenschaften, die es ja tatsächlich im chinesischen Arbeiterstaat gibt. Er hatte somit die nötige Autorität, um mit Erfolg an die Massen appelieren zu können.

Die chinesische Bürokratie hat ein anderes Verhältnis zu den Massen als etwa die sowjetische. Während diese Bürokratie ihre Stellung erst auf der Grundlage der Zerschlagung einer authentischen proletarischen Revolution entscheidend festigen konnte, hat die chinesische Bürokratie die Macht mit Hilfe eines von ihr geführten antiimperialistischen Kampfes gewonnen, der zum Entstehen eines Arbeiterstaates führte, auch wenn er von Anbeginn an deformiert war. Ihre Stellung gegenüber der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist damit eine eher schwache, andererseits hat sie doch ein gewisses Ansehen, welches ihr erlaubt, in stärkerem Umfang das Mittel der Manipulation einzusetzen. Das schließt natürlich die Anwendung von Gewalt und Terror keineswegs aus.

Die Politik der 'Maoisten' versucht also, in rückwärtsgewandter Weise voluntaristisch der Isoliertheit und Unterentwicklung Chinas Rechnung zu tragen. Sie muß dabei ebenso Schiffbruch erleiden wie ihre Gegenspieler. Denn gewiß sind die Massen zu bewundernswerten Kraftanspannungen fähig. Aber keine Generation will immer nur für den morgigen Tag leben. Einmal kommt der Punkt, wo sie ein materielles Ergebnis der Anstrengung sehen will. Dieses Ergebnis wird den werktätigen Massen in China aber weitgehend vorenthalten. Vorenthalten in zweifacher Hinsicht. Einerseits scheitern die Kampagnen der 'Maoisten' bereits an den objektiven materiellen Gegebenheiten. Wunder gibt es nur im Bereich der Religion. Zum anderen aber sind die Massen in China von der tatsächlichen Entscheidungsgewalt ausgeschlossen. Sie haben keine Möglichkeit, selbst über die grundlegenden Linien des wirtschaftlichen Aufbaues zu bestimmen oder im Bereich des gesellschaftlichen Überbaues ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. (Mitentscheiden können sie nur auf einer sehr banalen Ebene: ob man einen Bewässerungskanal 10m weiter rechts oder links anlegen soll ...)

Da sie selbst nicht bestimmen können, welche Entbehrungen sie zu welchem, für sie als nützlich erkennbaren Zweck auf sich nehmen sollen, erlischt irgendwann einmal ihr Interesse. Die Phrasen der Führung werden mit zunehmender Erfahrung als bloße Demagogie erkannt. Die Massen sind ausgebrannt und enttäuscht. Die Schlagworte haben ihnen weder wirtschaftlich noch politisch eine Verbesserung ihrer Lage gebracht. Es waren nicht ihre Interessen, für die sie Opfer gebracht haben.

DIE 'GEMÄSSIGTE RECHTE'

An diesem Punkt setzt die Kritik der sogenannten 'Gemäßigten' ein. Sie haben erkannt, daß man hungrige Mägen auf Dauer nicht mit Schlagworten füttern kann und daß den eigenen Kräften enge Grenzen gesetzt sind. Eine revolutionäre Lösung - Inangriffnahme des Aufbaues des Sozialismus auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie, Umwandlung Chinas in ein Bollwerk der Weltrevolution durch eine proletarisch-internationalistische Außenpolitik - können sie als Stalinisten ebensowenig anbieten wie ihre Widersacher. Ihr Lösungsvorschlag ist ein anderer.

Die 'Gemäßigten' wollen durch eine verstärkte Industrialisierung die Produktion steigern. Dies soll durch erhöhte 'Hilfe' der imperialistischen Mächte (aber vielleicht auch der Sowjetunion) erreicht werden, die über eine höher entwickelte Technologie und das nötige 'Know-How' verfügen. Naturgemäß würde eine solche Politik die unmittelbare Abhängigkeit Chinas vom imperialistischen Weltmarkt verstärken. Im Inneren fordern die 'Gemäßigten' eine Politik der materiellen Anreize und den vermehrten Einsatz marktwirtschaftlicher Mechanismen. Auf ihrem Programm steht mehr Entscheidungsbefugnis für die Einzelbetriebe, eine Verbesserung der Stellung der Technokraten und eine Reform des Ausbildungswesen, die mehr Wert legt auf fachliche Berufsausbildung und Qualifizierung als auf ideologische Indoktrinierung.

Die Zustimmung der Massen wollen sie sich eher durch materielle Zugeständnisse und eine Hebung des Lebensstandards erkaufen als durch ideologische Kampagnen. Letzten Endes läuft diese Politik auf eine Verbreiterung der sozialen Basis von weiten Teilen der Bürokratie nach mehr Ruhe und Sicherheit aus. Die vielen Kampagnen, die von den 'Maoisten' inszeniert worden waren, sind auch für die 'Kader' oft genug ein Quell der Unsicherheit und Demütigung gewesen.

So drückt diese Strömung der 'Gemäßigten' eine Tendenz aus, die wir den anderen deformierten Arbeiterstaaten als 'reformistische' gesehen haben. (Liberman'sche Reform in der UdSSR, Ota Sik in der CSSR). Insgesamt läuft es auf eine stärkere Angleichung der VR China an die Strukturen der osteuropäischen 'Volksdemokratien' und der UdSSR hinaus. Selbst eine begrenzte 'Liberalisierung', die aber keinesfalls über das Ausmaß der Chrustschow'schen 'Entstalinisierung' hinausgehen darf, scheint zeitweilig von der Liu-Shao-shi Gruppe vertreten worden zu sein. Daraus können aber Revolutionäre keine Position der kritischen Unterstützung ableiten. Gomulka in Polen, Kadar in Ungarn oder Chrustschow selbst haben nur allzu deutlich gezeigt, wes Geistes Kind die 'Reformer' sind, und ihre chinesischen Gesinnungsfreunde sind keinen Deut besser.

DER URSPRUNG DER DIFFERENZEN

Die Auseinandersetzung der beiden Fraktionen, deren vorläufig letzter Akt sich vor unseren Augen abspielt, entzündete sich an der Frage des 'Großen Sprunges Vorwärts'. Schon vor diesem Abenteuer hatte sich Opposition geregt. Als der Fehlschlag des gewagten Unternehmens offensichtlich wurde, die Produktion zurückging und selbst die Lebensmittelversorgung nicht gewährleistet war, ging die Gruppe um Liu-Shao-chi erneut gegen Mao in die Offensive. Es gelang den 'Gemäßigten', den Einfluß der Mao-Anhänger im Parteiapparat merkbar zurück zu drängen. Liu-Shao-chi wurde zum faktischen Führer der KPCh. Auf dem 8. Parteitag war die Berufung auf die 'Mao-Tse-tung-Ideen' aus dem Statut der Partei gestrichen und nur mehr vom Marxismus-Leninismus als Leitlinie der Politik der Partei gesprochen worden. Ebenso war die Geheimrede Chrustschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU gebilligt und der 'Personenkult' verurteilt worden. Mao war in der Partei in der Minderheit, die nunmehr führenden Bürokraten hüteten sich aber, den von ihnen selbst mit aufgebauten Kult um Mao herum niederzureißen. Zu nützlich war Maos Autorität für die Bürokratie insgesamt.

Das sollte sich unter dem Gesichtspunkt der Machtausübung als verhängnisvoll für die Liu/Teng Gruppe erweisen. Anfang der 60er Jahre startete die Mao-Fraktion ihre Gegenoffensive. Sie wurde zunächst auf dem Gebiet der Kunst und Literatur vorgetragen, wobei einige Literaten aufs Korn genommen wurden, die der Gegenfraktion nahestanden. Im September 1966 wurde der Angriff der Mao-Fraktion zwecks Rückerringung der Macht über die Partei mit voller Stärke gestartet: die Kulturrevolution begann.

Viele aus der Studentenbewegung hervorgegangene Linke, auch solche, die sich selbst als Trotzkisten verstehen, haben folgendes Verständnis von der Kulturrevolution: Mao - ein Revolutionär mit einigen Schattenseiten, aber doch ein großer Revolutionär - sieht die um sich greifende Bürokratiesierung. Prompt wendet er sich an die Massen, um sie gegen die Bürokratie zu mobilisieren, was ihm aufgrund seines hohen Ansehens auch gelingt.

Welche Begründung gaben die Maoisten selbst für die Kulturrevolution? Sie gehen davon aus, daß mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die Machtfrage noch keineswegs entschieden sei. Im Gegenteil, für eine ganze historische Epoche verschärft sich nun der Klassenkampf zwischen jenen, die an der Diktatur des Proletariats festhalten wollen und jenen, die als Agenten der alten und neuen Bourgeoisie den Weg zur Restaurierung des Kapitalismus beschreiten wollen. "Das Mekrmal, durch das sich Marxisten-Leninisten und Revisionisten aller Schattierungen immer voneinander unterscheiden, ist, daß die einen in der ganzen historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten und die anderen nicht ... Genosse Mao-Tse-tung hat hervorgehoben, daß die sozialistische Gesellschaft immer noch auf der Grundlage des Klassenantagonismus beruht und es den sehr, sehr langen historischen Zeitraum des Sozialismus hindurch einen Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie gibt, einen Kampf darum, ob der Weg zum Sozialismus oder zum Kapitalismus eingeschlagen wird." (Peking-Rundschau 52/1966)

In diesem Kampf dient den 'Vertretern der Bourgeoisie' vor allem der Bereich des gesellschaftlichen Überbaus als Stützpunkt. Aus den Überbleibseln der alten Ideologie in den Köpfen der Menschen, aus dem Gebiet von Kunst und Kultur ziehen sie beständig neue Kraft, wenn sie nicht von den Kräften des Proletariats niedergeschlagen werden. Da ja keine andere politische Formation zugelassen ist, erheben diese Vertreter der alten Welt wohl oder übel ihr Haupt in den Reihen der einzig vorhandenen Partei, der KP. Nur durch immer wiederkehrende Kulturrevolutionen kann die drohende Gefahr der Restauration des Kapitalismus verhindert werden, vorausgesetzt natürlich, die "revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao-Tse-tungs" setzt sich durch gegen die "Machthaber, die den bürgerlichen Weg gegangen sind". Soweit die Maoisten.

An diesem Konstrukt hält schlicht und einfach nichts einer marxistischen Kritik stand. Denn es ist überhaupt nicht einsichtig, wieso eine Klasse der die Staatsmacht bereits entrissen wurde und die ihrer ökonomischen Grundlagen in der Gesellschaft weitesgehend beraubt wurde, plötzlich in der Lage sein soll, "einen außerordentlich erbitterten, scharfen und tiefgreifenden Klassenkampf" (Peking Rundschau 52/1966) zu führen, einen "Kampf auf Leben und Tod" (ebenda), ja "einen Kampf für die Machtergreifung, der noch tiefer geht als damals in der demokratischen Revolution." (Peking Rundschau 8/1967) Jetzt, ohne Armee und Polizei, ohne Verwaltungs- und Manipulationsapparat und große finanzielle Mittel, im Angesicht der Massen des Proletariats und der Bauernschaft, die sich vorher nie gekannter Errungenschaften erfreuen dürfen, sollen ein paar Gespenster der Vergangenheit machtvoller und furchteinflössender sein als vorher, wo sie über die gewaltigen materiellen und personellen Möglichkeiten des bürgerlichen Staates verfügten, ihre Presse und Rundfunk, ihre Kanonen und Bombenflugzeuge, ihre bewaffneten Banden hatten, sich auf ihre Fabriken und Ländereien stützen konnten! Es ist eine zutiefst idealistische Vorstellung, die den ideologischen Fetzen einer überwundenen Vergangenheit mehr materielle Gewalt zuschreibt als den handfesten Mächten der noch nicht gestürzten kapitalistischen Gesellschaft!

Und doch hat dieses idealistische Konzept eine solide materielle Wurzel. Es dient der Legitimation der herrschenden privilegierten Kaste in einem deformierten Arbeiterstaat, die ihre Zwangsmaßnahmen rechtfertigen muß, die sie benötigt, um ihre Herrschaft aufrechterhalten zu können. Während die Ungleichheit nicht abnimmt, im Gegenteil eine parasitäre Schicht sich mehr und mehr bereichert und die Masse der Bevölkerung von der Ausübung der Macht ausgeschlossen ist, muß die Bürokratie zweierlei erklären: woher all die offensichtlichen Mängel herrühren, da man doch hurtig im Aufbau des Sozialismus voranschreitet und wieso der Staatsapparat nicht - wie Marx und Lenin meinten - langsam abstirbt, sondern im Gegenteil immer gewaltigere Ausmaße annimmt. Die Bürokratie benötigt zur 'Erklärung' der Mängel einen Sündenbock, zur Rechtfertigung für den Ausbau des Repressionsapparates einen imponierenden Außenfeind. Für beides eignet sich das Konstrukt von den gefährlichen "Agenten der Bourgeoisie in den eigenen Reihen" ausgezeichnet: sie sind Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Repression wird ja nur gegen sie gerichtet, nicht gegen das eigene Volk. Haargenau dieselbe Methode wie im Rußland der 30er Jahre!

DER MYTHOS DER KULTURREVOLUTION

Mao, im Parteiapparat in die Minderheit geraten, versuchte ein ungewöhnliches Mittel, um das Kräfteverhältnis wieder zu seinen Gunsten zu ändern. Er schuf sich ein Machtinstrument außerhalb des bestehenden Apparates, das seiner alleinigen Kontrolle unterstand und wirkungsvoll gegen seine Gegner eingesetzt werden konnte: die Roten Garden.

Es ist vielerlei in die Roten Garden hineininterpretiert worden. Was waren sie nun tatsächlich? Um gleich mit der ersten Illusion aufzuräumen: Mao wandte sich zunächst gar nicht an 'die Massen', schon gar nicht an die werktätigen. Er wandte sich an die Jugend, und zwar an jenen Teil der Jugend, der eine höhere Schulbildung genoß. Gerade unter diesen Jugendlichen war die Unzufriedenheit groß, gab es doch aufgrund des niedrigen Standes der Produktivkräfte in China viel zu wenig Arbeitsplätze, die ihnen eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit geboten hätten.

Soziologisch gesehen rekrutierte sich der größte Teil der Roten Garde aus der Mittelschuljugend. Etwa 60 % der Roten Garden standen im Alter von 13 - 16 Jahren, 30 % waren 16 - 20 Jahre alt und nur ca. 10 % waren Hochschulstudenten! Später wurden dann breitere Teile der Universitätsstudenten von der Bewegung erfaßt. Es muß aber festgehalten werden, daß es sich hauptsächlich um sehr junge Menschen mit nur geringer politischer und Lebenserfahrung handelte. Überdies waren die meisten bereits unter dem Personenkult Maos aufgewachsen, was sie überaus empfänglich für Appelle ihres Idols machte. Umso mehr, als diese Appelle an sehr realen Mißständen ansetzen konnten und sich viel Unbehagen an der bestehenden Gesellschaft in China angehäuft hatte.

Es waren vielversprechende Verheißungen, die da gemacht wurden: "Die Massen haben das Recht, jede Politik der Partei und des Staates und jede Organisation des Staatsapparates zu kritisieren und ihnen Vorschläge zu machen. Die Massen haben das Recht, führende Funktionäre aller Ebenen, gleichgültig, wie groß ihre Verdienste, wie hoch ihre Stellungen oder wie bedeutend ihre Qualifikationen sein mögen, zu kritisieren. Alle Machtorgane, die in der Kulturrevolution führend sind, sollen ausnahmslos nach dem Prinzip der Pariser Kommune durch ein allgemeines Wahlsystem bestimmt werden. Die Massen haben das Recht, jederzeit jeden gewählten Angehörigen dieser Organe durch Wahl zu ersetzen oder ihn abzuberufen. Auch innerhalb der Massen selbst und unter den Massenorganisationen soll breite Demokratie herrschen." (Peking Rundschau 52/1966)

Kein Wunder, daß diese Ziele und die Devise "Rebellion ist berechtigt" auf fruchtbaren Boden unter den Jugendlichen fielen und begeistert aufgegriffen wurden. Wie sehr müssen sie zum grauen Alltag Chinas in Gegensatz gestanden sein!

Die Roten Garden schwärmten aus und griffen die Gegner Maos im Partei- und Staatsapparat an, demütigten sie, zwangen sie zu Rücktritt und Selbstkritik. Eine wahrhaft wirkungsvolle 'außerparlamentarische' Kampftruppe!

Die Fraktion um Liu und Teng setzte sich zur Wehr. Um dem Druck der Roten Garden standzuhalten, begannen sie ihrerseits Teile der Arbeiterschaft zu mobilisieren, wo sie dank ihrer Politik der materiellen Anreize über eine Basis verfügten. Vor allem in Shangai, einem industriellem Zentrum Chinas, leisteten sie Widerstand. Daß dieser nicht unbeträchtlich war, wird durch die Peking-Rundschau selbst belegt. Die "kleine Handvoll Personen innerhalb der Partei, die Machtpositionen innehat und den kapitalistischen Weg geht" (so lautet die Standardformel für die Liu/Teng Fraktion) wird beschuldigt,"einen ernsten politischen Kampf auf die schiefe Bahn eines wirtschaftlichen Kampfes zu lenken, gleichzeitig den revolutionären Willen der Massen mit materiellen Interessen zu korrumpieren." Weiters heißt es über diese Gruppe: "Sie geht sogar so weit, die Hafenarbeiter zur Arbeitsniederlegung anzustiften, wodurch die Arbeit im Hafen erschwert und das internationale Ansehen unseres Landes geschädigt werden. Sie verschwendet nach Belieben Geld und Eigentum des Staates, erhöht Löhne und Wohlfahrtszulagen und verteilt unbegrenzt verschiedene Zuschüsse und Unterstützungsgelder." Sie haben sogar,"... um die Arbeiter gegen die Schüler und Studenten aufzuhetzen, die Verbindung der Schüler und Studenten mit den Arbeitern zu sabotieren ... höhere Arbeitslöhne ausgezahlt. Das sind durch und durch revisionistische Praktiken, die vom Tag der Veröffentlichung dieses Dokuments an eingestellt werden müssen," donnert die Peking-Rundschau empört. Wer nicht gerade mit Scheuklappen vor den Augen diese Zitate liest, wird erkennen müssen, daß die Opposition offenbar eine Reihe von wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse in ihr Programm aufgenommen hatte und sich deren - zumindest teilweiser - Unterstützung gegen die Roten Garen versichern konnte.

Alle oben genannten Zitate sind dem Artikel: "Dringende Bekanntmachung" aus der Peking-Rundschau 4/1967 entnommen. Auch sonst läßt diese Bekanntmachung nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: die Arbeiter, die das Gerede von der Kulturrevolution ernst genommen haben und ausgeschwärmt sind, ihre Erfahrungen auszutauschen, werden zurück zur Werkbank beordet.

So heißt es: "Einerseits nehmen wir aktiv an der großen proletarischen Kulturrevolution teil, andererseits stehen wir fest auf unserem Posten in der Produktion und beim Aufbau, indem wir am Achtstundentag festhalten, uns bemühen, die Produktionspläne zu erfüllen und überzuerfüllen und danach streben, die hohe Qualität der Erzeugnisse zu sichern."

"Wir rufen die revolutionären Rebellengruppen des ganzen Landes auf, sofort zu handeln, um jene Arbeiter, Regierungsfunktionäre, Angestellten der Unternehmen und Kunstgewerbelehrlinge von Shangai, die in anderen Teilen des Landes revolutionäre Erfahrungen austauschen, zur sofortigen Rückkehr nach Shangai zu bewegen und sie zu mobilisieren, damit die große Kulturrevolution in ihren eigenen Einheiten erfolgreich durchgeführt und der Produktionsplan für 1967 übererfüllt werden kann."

"Alle Ausweise, in denen das Verlassen der Arbeitsstätte zum Austausch revolutionärer Erfahrungen in anderen Teilen des Landes erlaubt wird und die in der Vergangenheit von jenen Leuten in Machtpositionen in den verschiedenen Organisationen und Unternehmen unterzeichnet und ausgegeben worden sind, werden vom Tag der Veröffentlichung dieses Dokuments an für null und nichtig erklärt."

An die Arbeit, Prolet,und Maul gehalten! Über Deine Wünsche reden wir später! Das ist der Tenor dieser Bekanntmachung!

"Um ein Abweichen von der Hauptorientierung des Kampfes zu vermeiden, sollen die Angelegenheiten zur Regulierung und Nachzahlung von Löhnen und materieller Wohlfahrt prinzipiell in einer späteren Phase der Bewegung behandelt werden."

Diese Ausrichtung der Kampagne: Mobilisierung der Schüler, Studenten und Intellektuellen gegen die feindliche Gruppe, während gleichzeitig die Arbeiter und Bauern weiter schanzen sollten, war nicht neu. Schon auf der großen Pekinger Kundgebung zum Empfang revolutionärer Lehrer, Schüler und Studenten aus allen Teilen Chinas am 15. September 1966, hatte Lin Piao die Roten Garden angefeuert, während der vorsichtige und bedächtige Tschou-En-lai bereits bestrebt war, die gefährlich werdende Mobilisierung auf das für die Bürokratie harmlose und nützliche Geleise der Produktionssteigerung abzulenken.

Er sagte damals: "Die breiten Massen der Arbeiter, Kommunemitglieder, wissenschaftlicher und technischer Mitarbeiter und Funktionäre in Ämtern und Betrieben müssen in der Produktion fest auf ihrem Posten stehen, das Kettenglied der Produktion rechtzeitig ergreifen und den in der großen Kul-



Die Demonstration auf dem Tien-An-Men-Platz





Hua Kuo-feng

Rechtsopportunist Peng Shu-Tse?

Auf der Veranstalung der GRM über China bewies diese 'trotzkistische' Organisation eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Selbstverleugnung.

Der chinesische Trotzkist Peng Shu-tse, der in demselben 'Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale' wie die GRM organisiert ist, ist in den Augen der GRM eine 'rechte Opposition' zur 'linken Mao-Fraktion' - und dies in einer Reihe mit alten Stalinisten wie etwa Liu Shao-chi.

Sehen wir einmal davon ab,wie die GRM mit Mitgliedern ihrer eigenen Internationale umspringt. Stellen wir kurz den Revolutionär Peng Schu-tse vor, mit dessen heutigen politischen Positionen wir nicht in allen Aspekten übereinstimmen, der aber sicher kein Rechtsopportunist ist.

Peng Shu-tse trat 1920 der KPCh bei und wurde 1925 in das politische Büro gewählt. In der Revolution von 1925/27 und danach war er gemeinsam mit dem Begründer der Partei, Ch'en Tu-hsiu, Exponent der Opposition gegen die Bündnispolitik mit Chiang Kai-schek's Kuomintang. 1929 wurden Ch'en Tu-hsiu und Peng Shu-tse unter dem Vorwurf des 'Trotzkismus' aus der Partei ausgeschlossen und bildeten die chinesische Linksopposition.

Peng Shu-tse entwickelte unabhängig von Trotzki die Theorie der permanenten Revolution aufgrund der Analyse der chinesischen Gesellschaft. 1927 veröffentlichte er einen Artikel "Ist der Leninismus anwendbar auf die nationalen Besonderheiten Chinas?" im Zentralorgan der KPCh, 'Hsiang Tao' (alle Zitate nach Peng Pi-lan: Looking Back Over My Years With Peng Shu-tse, Intercontinental Press, 2. 11. 1970). Seine zentrale Passage lautete:

"Wir müssen schließlich verstehen, daß die nationale Revolution nicht das letzte Stadium der Revolution ist. Sie ist nur ein Weg, der zur sozialistischen Revolution hinführt. Die endgültige und wirkliche Emanzipation der Menschheit hängt einzig ab von der sozialistischen Revolution, durchgeführt vom Proletariat als Voraussetzung zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Das letzte strategische Ziel des Leninismus ist es, die Menschheit als Ganzes von der Unterdrückung durch verschiedene Gesellschaftsformen zur Freiheit des Kommunismus zu führen. Daher verstehen wir unter 'permanenten Revolution' den Prozeß, der direkt von der nationalen Revolution zur proletarischen Revolution führt".

Schon 1925 stellte Peng als Resultat einer Analyse der chinesischen Gesellschaft fest:

"Nach der Analyse aller Klassen ... können wir jetzt bestätigen, daß unter dem Gesichtspunkt ihrer materiellen Basis, des revolutionären Bewußtseins und den Bedingungen der internationalen Revolution ... nur die Arbeiterklasse der Führer der nationalen Revolution werden kann."

Interessant dazu ist die Stellung jener 'Trotzkisten', die in Mao den 'großen Revolutionär' sehen: Für sie ist Peng eine 'Rechtsopposition' (GRM) bzw.ein 'Bauernfeind'. S. S. Wu schreibt über die Opposition gegen Maos Politik der Bauernarmee: "Die Tendenz war also stark, auf die Arbeit in den Städten solchen Nachdruck zu legen, daß darüber die Bauernbewegung völlig ins Abseits oder gar in Vergessenheit geriet. Sowohl die Führung der KPCh ... als auch die chinesischen Trotzkisten teilten diese mechanistische Sicht." (Inprekorr, Nr. 67, Seite 18). Hier wirft Wu ein sehr fundamentales Prinzip des Marxismus leichtfertig und ohne weitere Begründung über den Haufen. Für Marxisten ist das revolutionäre Subjekt die Arbeiterklasse - die Bauernschaft ist ein Bündnispartner, der unter der politischen Führung der Arbeiterklasse stehen muß. Trotzki hatte zu China folgende 'mechanistische' Sicht:

"Die chinesischen Stalinisten sind in den Jahren der Konterrevolution vom Proletariat zur Bauernschaft übergegangen. (...) Konsequenterweise bestehen unsere Aufgaben nicht nur darin, die kleinbürgerlichen Demokraten daran zu hindern, gestützt auf die kleinbürgerlichen Bauern das Proletariat zu beherrschen, sondern wir sollten uns darauf vorbereiten, die Führung des Proletariats über die Bauernbewegung und besonders ihre 'Rote Armee' zu sichern" (Trotzki, Brief an die chinesische Linksopposition und Postskriptum dieses Briefes, 22./26. 9. 1933).

Die Lebensgefährtin Pengs, Peng Pi-lan, schildert recht auschaulich, wie die Niederlage der chinesischen Trotzkisten nicht in einem 'Vergessen der Bauernbewegung', sondern in einer starken Repression der vereinigten Reaktion von Stalinisten, Kuomintang und den japanischen Invasionstruppen seine Ursache hat. Trotzdem gelangen der 'Kommunistischen Liga Chinas' zu Beginn der 30er Jahre beachtliche Erfolge. Sie gewann die halbe Mitgliedschaft der KP in Schanghai und expandierte in Peking, Wuhan, Nanking, Kwantung und Hongkong. Diese Erfolge wurden durch die massive Repression zunichte gemacht.

Die unerhörte Beleidigung Peng Shu-tses durch die - man kann es nicht anders ausdrücken - rotznäsige GRM, zeigt wieder einmal deutlich, wie diese Opportunisten bereit sind, jede Spur des Kampfes der Trotzkisten zu verschweigen und zu verleumden, wenn sie es für opportun halten, irgendeiner 'neuen Avantgarde' nachzuhinken.

1951 rief Pablo (ein ehemaliger Führer dieser Internationale) den chinesischen Trotzkisten,als sie vor der stalinistischen Repression nach Hongkong flüchten mußten, zu: "Ihr flieht vor der Revolution."! Heute reiht irgendein Wiener Kaffeehaus-'Trotzkist' die Opfer der Bürokratie in China in eine Reihe mit Stalinisten.

So wie die Trotzkisten Vietnams passen auch die Chinas nicht in das Konzept des 'unbewußten Trotzkismus'. Zerschlagen und ermordet von Imperialismus und Stalinismus gelang es den chinesischen und vietnamesischen Trotzkisten nicht,die Entstehung eines deformierten Arbeiterstaates - durch die Errichtung der revolutionären Diktatur - zu verhindern.

Heute müssen sie auch noch die Verhöhnung irgendeines frechen Bürschchens hinnehmen!

turrevolution entstandenen himmelstürmenden Elan auf die industrielle und landwirtschaftliche Produktion und die wissenschaftlichen Experimente anwenden."

Den Schülern und Studenten versicherte er: "Damit die Industriellen und landwirtschaftliche Produktion normal vor sich geht, brauchen die Roten Garden der Hoch- und Mittelschulen und die revolutionären Schüler und Studenten jetzt nicht in die Fabriken, Betriebe, sowie in die den Kreisen unterstellten Ämtern und ländlichen Volkskommunen zu gehen, um dort revolutionäre Verbindungen herzustellen ... Die Fabriken und ländlichen Betriebe können sich keine Schulferien leisten und auch die Produktion nicht um der Revolution willen einstellen ...Die arbeitsreiche Zeit der Herbsternte und Aussaat ist da. Die Roten Garden in Hoch- und Mittelschulen und revolutionäre Lehrer, Schüler und Studenten sollen sich für den Arbeitseinsatz auf dem Lande organisieren, um bei der Herbsternte zu helfen und von dem Elan und Fleiß der armen Bauern und der unteren Schichten der Mittelbauern zu lernen." (Peking-Rundschau 39/1966)

Tschou's Vorsicht war nicht unbegründet gewesen. Einmal in Bewegung gesetzt, entwickelte die Kulturrevolution eine Dynamik, die weit über das hinausging, was ihre Auslöser sich zum Ziel gesetzt hatten. Arbeiter und Bauern wurden von der Bewegung erfaßt, da alle Gruppierungen sich auf die Kulturrevolution beriefen und als auch die Gruppe der 'Gemäßigten' ihrerseits mit der Bildung eigener Roter Garden begann, wurde die Lage immer unübersichtlicher. Unabhängige Organisationen mit mehr oder weniger klarer antibürokratischer Ausrichtung entstanden. Immer mehr Menschen begannen, die verbalen Ziele der Kulturrevolution ernst zu nehmen und die Erfüllung der gemachten Versprechen selbst in die Hand zu nehmen. Es zeichnete sich ab, daß die Bewegung den Bestand der Bürokratie insgesamt in Frage stellen könnte, vor allem seit sie über den Kreis der Schüler und Studenten hinaus gedrungen war.

Die Fraktion Mao/Lin befand sich plötzlich in der Situation des Zauberlehrlings, der die Geister nicht mehr los wird, die er rief.

Die Appelle gegen eine allzu wörtlich verstandene Demokratisierung begannen sich zu häufen. "Eine über allen Klassen stehende Autorität gibt es nicht. Wir müssen die bürgerliche Autorität völlig beseitigen und entschieden eine proletarische Autorität errichten. Wir wollen jedoch keinesfalls gegen jede Autorität kämpfen." Klargestellt wurde auch, welche Art von Autorität eine gute und unterstützungswürdige war: " Der Marxismus-Leninismus und die Lehre Mao-Tse-tungs sind die höchste Autorität des Proletariats. Die von Vorsitzenden Mao-Tse-tung vertretene proletarische revolutionäre Linie ist die höchste Autorität in der großen proletarischen Kulturrevolution." (beide Zitate aus 'Peking Rundschau' 7/1967)

DIE BÜROKRATIE ZEIGT IHR GESICHT

Je mehr sich die Angriffe der mobilisierten Massen gegen die Bürokratie überhaupt richteten, umso mehr begannen die Gedanken der Mao/Lin Fraktion um ein Problem zu kreisen: "... um das außerordentlich wichtige Problem, wie man in wohlüberlegter Weise mit den Funktionären verfahren soll." (Peking Rundschau 8/1967) Hauptaufgabe der maoistischen Propaganda war es nun, den Massen einzuschärfen, daß man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten dürfe. 'Man muß unterscheiden, wer proletarischerMachthaber und wer Machthaber ist, der den kapitalistischen Weg geht." Je heftiger die Massen am Sessel der Bürokratie sägten, umso mehr schärfte die maoistische Presse der Bevölkerung ein, doch die Kader und Funktionäre wieder zu achten.

Denn: "Die revolutionären leitenden Funktionäre besitzen eine verhältnismäßig hohe politische Reife und ziemlich großes Organisationstalent, sowie relativ reiche Kampferfahrung." (Peking Rundschau 10/1967) Mit solch löblichen Eigenschaften ausgestattet, ist es nur natürlich, wenn von diesen leitenden Kadern gesagt wird, sie können "zur führenden Kraft werden und sind dazu befähigt ... Die revolutionären Massen und ihre Organisationen müssen sie unterstützen." (ebenda)

Die in ihrem Lebensnerv bedrohte Bürokratie erkennt die Gefahr und beginnt - von untrüglichem Kasteninstinkt geleitet - ihre Reihen gegen den heranbrandenden Feind - das Volk - zu schließen. Alle Fraktionen der Bürokratie erkennen die ihnen gemeinsam dorhende Gefahr. Verzweifelt versucht der Propagandaapparat mittels Appellen an die Massen die heile Bürokratenwelt wiederherzustellen.

"Die Masse der Funktionäre in Institutionen der Partei und Regierung sind gut und wollen die Revolution ... Die revolutionären Massen und revolutionären Massenorganisationen müssen ihnen vertrauen, sie unterstützen und ihnen die notwendige Hilfe erweisen, anstatt sie auszuschließen oder alles an ihrer Statt in die Hand zu nehmen. Beim Kampf um die Macht in Institutionen der Partei und Regierung ist es völlig falsch und undurchführbar, die dortigen revolutionären Kader zu verdrängen und an deren Stelle die Massenorganisationen anderer Institutionen zu setzen und diese alles erledigen zu lassen." (ebenda)

Es heißt oft, es sei so schwierig, sich anhand der spärlichen Informationen ein Urteil über die Vorgänge in der VR Chinazu bilden. Das stimmt nur bedingt. Die Bürokraten sind zynisch. Sie schreiben in aller Offenheit, worum es geht. Man kann es den Zeilen der 'Peking Rundschau' entnehmen: es geht um die Macht in Institutionen der Partei und Regierung. Kein Wort wird mehr verloren über Organe vom Typus der Pariser Kommune. Die Kader (=Parteimitglieder und Funktionäre) sollen führen und die Massen dürfen sie unterstützen. Das ist die Rangordnung, wie das Bürokratenhirn sie liebt. Die Massen dürfen auf keinen Fall "alles an ihrer Statt" in die Hand nehmen oder durch ihre eigenen Organisationsformen erledigen. Die Bürokraten reichen sich die Hand und erteilen sich gegenseitig die Absolution. Versöhnlich belehrt die Zeitung 'Hongqui': "Es muß den Funktionären, die Fehler begangen haben, die Gelegenheit gegeben werden, Selbstkritik an ihren Fehlern zu üben und diese zu korrigieren. Wenn sie Selbstkritik geübt, ihre Fehler berichtigt und sich an die Seite der proletarischen revoltionären Linie des Vorsitzenden Mao gestellt haben, können sie immer noch die Arbeit der Leitung übernehmen, für die sie geeignet sind." (ebenda)

Das bedeutet zweierlei. An die Massen gerichtet: Hütet Euch, die Funktionäre anzugreifen! Geht nur ja nicht zu weit! An die Bürokraten gerichtet: Unsere Differenzen sind ja gar nicht so arg, Ihr braucht nur meine - Maos - Herrschaft anzuerkennen und schon sind Euch die Pfründe auch für die Zukunft sicher!

Man braucht nicht einmal zwischen den Zeilen zu lesen, um diesen Sachverhalt zu erkennen. Und doch gibt es Leute, auch solche, die sich Trotzkisten nennen, die glauben, Mao hätte der Bürokratie insgesamt an den Kragen gewollt! Dabei verheimlicht er gar nichts. In einem unter seiner persönlichen Leitung entworfenen Dokument wurde darauf hingewiesen, "daß die meisten Funktionäre gut oder verhältnismäßig gut sind und eine Einheit mit mehr als 95 % der Funktionäre nach und nach erreicht werden muß ... Das Schwergewicht ist auf den Angriff gegen die Handvoll Personen in der Partei die Machtpositionen haben und den kapitalistischen Weg gehen, zu legen. Auch der Beschluß des Zentralkomitees der KPCh über die Große proletarische Kulturrevolution, der unter persönlicher Leitung Vorsitzenden Maos gefaßt wurde, ist eine Verkörperung dieser Gesinnung." (Peking Rundschau 15/1967)

So war es in der Tat. Es ging um eine Handvoll Machthaber, die beseitigt werden sollten. Nicht um den Kampf gegen die Bürokratie. Genau dies war die wirkliche Gesinnung des "Beschlusses über die Kulturrevolution".

DAS ENDE DER KULTURREVOLUTION

Die 'ausufernde' Kulturrevolution mußte von der Bürokratie abgebrochen werden. Das konnte nur mehr mit Hilfe der Armee geschehen. Es kam zu Zusammenstößen, die mitunter die Form blutiger Konfrontationen annahmen. Jene Organisationen, die sich der Kontrolle der Bürokratie entzogen, wurden illegalisiert, verfolgt und zerschlagen. Anstelle von Organen vom Typus der Pariser Kommune wurden Revolutionskomitees gebildet, die sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Armee, der Partei und der Massen zusammensetzten. Auf regionaler Ebene führten in 24 von 29 dieser Komitees die Vertreter der Armee den Vorsitz. Die Massen, denen es an einer revolutionären Führung mangelte und die von beiden Fraktionen mißbraucht, getäuscht und belogen worden waren, erlitten eine Niederlage.

Am IX. Parteitag konnte die Mao/Lin Fraktion ihren Sieg über die 'Gemäßigten' und über das chinesische Volk feiern. Aus dem Bericht an den Parteitag geht übrigens ebenfalls deutlich hervor, daß die Kulturrevolution nicht gegen die Bürokratie insgesamt gerichtet war. Dem Bericht zufolge wurde bloß 1 % der Mitgliedschaft der KPCh im Laufe der Kulturrevolution ausgeschlossen! Es ging eben wirklich nur um eine Handvoll Machthaber.

Allzu froh allerdings sollte Mao seines Sieges nicht werden. Hatte er die Massen benötigt, um Liu auszuschalten und die Armee Lin-Biaos um die Massen wieder im Zaume zu halten, brauchte er nun wieder die 'Gemäßigten' im Parteiapparat, um den Einfluß der Armee zurückzudrängen und den zu mächtig gewordenen Lin-Biao loszuwerden. Es erging Mao nun ähnlich wie Stalin. In den Machtkämpfen hatte sich eine Fraktion der Bürokratie nach der anderen aufgerieben, die unmittelbare Basis seiner Herrschaft wurde immer schmäler.

Nach der Ausschaltung Lin-Biaos und seiner Freunde in der Armee ging die eigentliche Macht in der Partei immer mehr und mehr auf Tschou-En-lai über, der sich großer Beliebtheit unter der Bevölkerung erfreute. Unter seinem Schutz erhielten viele der 'Gemäßigten' ihre Positionen zurück und konnten wichtige Elemente ihrer Politik durchsetzen. So ist auch der Wiederaufstieg Teng-Hsiao-pings zu verstehen. Der X. Parteitag bestätigte die neuen Machtverhältnisse und zeigte, daß sich Mao auch von weiten Teilen der Bürokratie entfernt hatte. Ein nicht mehr offen angreifbarer, von Volk und Bürokatie gleichermaßen abgehobener Bonaparte.

DIE JÜNGSTEN EREIGNISSE

Damit werden auch die jüngsten Ereignisse leichter durchschaubar. Die Fraktion der 'Maoisten' spielte zunächst noch eine gewisse Rolle in Partei und Staat. Sie hielt eine Reihe einflußreicher Posten besetzt und kontrollierte einen nicht unwesentlichen Teil der Massenmedien. Ihre Macht stand allerdings auf tönernen Füßen. Sie verdankte ihren Einfluß vor allem der außerordentlichen Stellung des greisen Mao-Tse-tung. Die 'Maoisten' verfügten über keine nennenswerte soziale Basis mehr. Die werktätigen Massen hatten genug von den immer wiederkehrenden Kampagnen der 'Maoisten' und wußten aus Erfahrung, daß hinter den wohltönenden Worten nur leere Demagogie stand. Die Arbeiter waren ohnehin eher hinter Liu gestanden und sehnten sich nach einer Hebung des Lebensstandards. Bei den Bauern waren die 'Maoisten' schon seinerzeit wegen der erzwungenen Kollektivisierung in Mißkredit geraten. Im übrigen lockte die Aussicht auf einen bescheidenen privaten Wohlstand, der von den 'Gemäßigten' eher zu erwarten ist. Die wirklich revolutionären Elemente unter den seinerzeitigen Roten Garden hatten aus dem Abwürgen der Kulturrevolution ihre Lehren gezogen, die für die 'Maoisten' nicht schmeichelhaft waren. Selbst die Armee war abgerückt von ihnen. Sie hatte den Sturz Lin-Biaos und die 'Anti-Lin/Anti-Konfuzius' Kampagne nicht vergessen, die zum Teil gegen sie gerichtet gewesen war. Die technokratischen 'Experten' hatten von den 'Maoisten' ohnehin nichts zu erwarten. Ihr Interesse wurde von der 'Rechten' Fraktion wahrgenommen. Und die Parteibürokraten? Auch diese standen in der Mehrheit nicht auf Seiten der'Maoisten'. Die 'Gemäßigten' hatten schon vor der Kulturrevolution in der Partei eine Mehrheit gehabt. Bei den Spitzenfunktionären der 'Maoisten' handelte es sich meist um 'Aufsteiger', die ihre Posten erst im Zuge der Kulturrevolution oder gar erst danach dank der Gunst Maos erhalten hatten und keine gewachsene Verankerung im Apparat aufwiesen. Außerdem waren die rituellen Kampagnen der 'Maoisten' auch für die Bürokratie nicht gerade angenehm. Es ist schließlich auch für einen Bürokraten nicht gerade vergnüglich, ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, beschimpft und zur Selbstkritik gezwungen zu werden. So blieb die soziale Basis der 'Maoisten' auf einen eher beschränkten Anhang unter Schülern, Studenten und Intellektuellen beschränkt, der nur wenig gesellschaftliches Gewicht hatte. Es war der persönliche Einfluß Mao-Tse-tungs, der ihnen größere Bedeutung gab und sie mächtiger erscheinen ließ, als sie wirklich waren.

Mit dem Tod des alten Bonaparte verloren sie schlagartig ihren größten Trumph - unangefochten und unangreifbar als die wahren Interpreten der 'Mao-Tse-tung-Ideen' erscheinen zu können. Das echte Kräfteverhältnis wurde sichtbar.

Vor dem Hintergrund gestiegener Unzufriedenheit im Land, spielte sich der jüngste Waffengang beider Fraktionen ab. Arbeiterunruhen 1975, zu deren Niederschlagung die Armee eingesetzt wurde, der spontane Ausbruch vom April dieses Jahres am Tien-An-men Platz, wo Hunderttausende ihre Zustimmung zum Programm des verstorbenen Tschou-En-lai - einer Erhöhung des Lebensstandards - und damit ihre Opposition zum Kurs der 'Maoisten' bekundet hatten, lehrte die Bürokratie vorsichtig zu sein. Auch die Bürokratie hat in der Kulturrevolution ihre Erfahrungen gemacht. So vermieden es die 'Gemäßigten', sich auf die spontane Massenaktion zu stützen und gegen ihre Gegner die Massen zu mobilisieren. Zu sehr fürchteten sie die spontane Aktion der Massen. Sie wußten, daß die Zeit für sie arbeitete und sie durch einen Coup innerhalb des Apparates ihre Gegner ausschalten könnten, wenn erst Mao seine Augen für immer geschlossen hatte. Mao selbst genoß auf Grund seiner Vergangenheit Achtung und Verehrung bei den Massen. Für seine Gefolgsleute galt dies nicht. Sie hatten sich oft genug deren Verachtung und sogar Haß eingehandelt.

Die Rechnung der 'Gemäßigten' ging auf. Ohne nennenswerten Widerstand zu finden, konnten sie die 'Maoisten' abservieren.

Dabei war es ihnen möglich, an der Unzufriedenheit des Volkes und an den Illusionen anzusetzen, die die chinesischen Werktätigen noch in die Fraktion der 'Gemäßigten' haben. Sie waren in der Lage, diese Illusionen für sich auszunützen und - in gelenkter Form - die Massen sogar zu ihrer Unterstützung in Bewegung zu setzen.

Wie wird es weitergehen? Es ist nicht leicht, darüber eine Prognose abzugeben. Es scheint, als wäre das Ende des eigentlichen 'Maoismus' gekommen. Zweifellos hat die neue Führung das Projekt einer langsamen Stabilisierung und industriellen Entwicklung im Auge, aber auch sie ist nicht imstande, die gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen. Eine behutsame Annäherung an die Sowjetunion ist dabei durchaus nicht unwahrscheinlich. Diese dürfte aber Hand in Hand gehen mit einem verstärkten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den imperialistischen Mächten, vor allem zu den USA.

Aber die ökonomische und politische Entwicklung des Imperialismus ist ungewiß, was auch Auswirkungen auf sein Verhältnis zu den deformierten Arbeiterstaaten hat.

Schließlich haben sich in China selbst Elemente herausgebildet, die in positiver Weise Lehren aus den Erfahrungen der Kulturrevolution gezogen haben. Es wird entscheidend sein, ob es in der kommenden Phase gelingt, die ersten Kaderkerne einer revolutionären Partei zu schaffen, die in der Lage sein wird, die tiefen gesellschaftlichen Widersprüche Chinas zum Sturz der Bürokratie und zur Errichtung der Macht der Arbeiter und Bauern auszunützen.

DAS 'VEREINIGTE SEKRETARIAT' UND DIE VORGÄNGE IN CHINA

Zum Abschluß noch einige Sätze darüber, wie das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale', dem in Österreich die GRM angehört, auf die Vorgänge in China reagiert hat. In den Augen vieler Genossen kann diese Internationale relativ unangefochten den Anspruch erheben, die IV. Internationale zu sein und den Trotzkismus zu verkörpern. Wir haben im vorhergehenden Abschnitt unsere Analyse der Kulturrevolution gebracht. Wie interpretiert nun das VS die Kulturrevolution?

Wir werden versuchen, diese Frage an Hand einiger Artikel zu beantworten, die in jüngster Zeit in 'Inprekorr', dem internationalen Organ des VS,erschienen sind.



Dem VS nach gibt es zunächst Mao (und seine Fraktion), der empirisch, ohne klares Verständnis, aber immerhin doch, der Logik der permanenten Revolution folgt - er ist wahrscheinlich ein 'unbewußter Trotzkist'. Dann gibt es noch die schwerfällige KPCh, die nicht so schlau ist und dem Buchstaben von Maos Theorie der 'Neuen Demokratie' folgt: "Wir haben ... schon dargelegt, daß die KPCh einem Prozeß der permanenten Revolution gefolgt ist. Aber hat sich die KPCh, die auf der programmatischen Basis von Maos Theorie der Neuen Demokratie erzogen worden war, ebenso glatt auf die Politik der permanenten Revolution eingestellt wie der empirische Mao?"

Sie hat nicht. So wurde es notwendig, daß Mao - voll des guten Willens - die Massen zur Verteidigung der 'permanenten Revolution' gegen den konservativen Teil der Partei mobilisierte: "Damit beabsichtigte er, die schöpferische Energie der Massenbewegung freizusetzen und gegen die gegnerische Fraktion zu wenden."

Dann, als die Mobilisierung zu weit ging, schwenkte der 'unbewußte Trotzkist' Mao plötzlich: "Ohne zu zögern schlug er sich auf die Seite der Bürokratie: es war das erstemal, daß er im Angesicht der revolutionären Massen die Revolution offen verriet."!

Mao wird also nicht als Teil der Bürokratie und Führer einer ihrer Fraktionen gesehen. Er schlägt sich erst gegen Ende der Kulturrevolution auf die Seite der Bürokratie. Er verrät auch jetzt zum erstenmal (!) offen die Revolution. Vergessen ist das oftmalige Festhalten an einer Koalitionsregierung gemeinsam mit der Kuomitang, vergessen ist die Preisgabe streikender Arbeiter an das KMT-Regime, nur um ja diesen 'Partner' nicht zu verärgern, vergessen auch die Ermordung und Einkerkerung der chinesischen Kommunisten. Mao verliert dann auch laut VS an Kredit bei den besagten Massen und es wird folgendes Fazit gezogen: "Das Ende der Ära Maos bedeutet im wesentlichen dies: nachdem Maos subjektivistische Methode des Aufbaus des Sozialismus sich als Fehlschlag und als wirkungslos erwiesen hat, und nachdem Mao sich letztlich für die Verteidigung der Grundlagen des bürokratischen Systems entschieden hat, stellt der Maoismus nun zum erstenmal im weiten historischen Sinn keine revolutionäre und progressive Tendenz unter den chinesischen Massen mehr dar." (alle Zitate aus 'Inprekorr' 68, S. S. Wu: Mao-Tse-tung und die chinesische Revolution)

Damit spricht das VS ganz offen und klar aus, daß es den Maoismus bis vor ganz kurzer Zeit für eine progressive Kraft hielt. Wenn Mao progressiv war, muß es auch die Fraktion seiner Anhänger sein. "Die maoistische Fraktion ist eine einzigartige Schöpfung der chinesischen Revolution in der Periode nach der Befreiung. Sie kann als linkszentristische Tendenz in Partei und Bürokratie bezeichnet werden." (Inprekorr 64, Die politische Krise in China 2) Wer den Sprachgebrauch des VS kennt, weiß, was mit 'Linkszentristen' gemeint ist: Dreiviertel-Trotzkisten oder Revolutionäre mit kleinen Schönheitsfehlern. Es ist nur logisch, daß man 'Linkszentristen' gegen 'Rechte' kritisch unterstützen kann - darauf läuft die Position des VS letztlich hinaus.

Damit steht sie allerdings in scharfem Widerspruch zu den eigenen programmatischen Grundlagen dieser 'Internationale' Das immer noch gültige Dokument über die Kulturrevolution wurde im Jahre 1969 auf dem IX. Weltkongreß verabschiedet. Darin findet sich eine wesentlich korrektere Einschätzung der Kulturrevolution, die sich in vielen Punkten mit unserer Analyse deckt. So heißt es z. B.: "Keine der Hauptfraktionen, die um die Vorherrschaft in der chinesischen kommunistischen Bürokratie kämpfen, erstrebt wirklich die sozialistische Demokratie oder hat ein wirklich revolutionäres Programm für Inland oder Ausland. Nach marxistischen Gesichtspunkten verdient keine der Hauptfraktionen politische Unterstützung gegen die andere. Nach den vorliegenden Informationen - und diese sind dürftig und unzureichend - kann keine Fraktion als fortschrittlicher als die andere bezeichnet werden ... Während die Mao-Fraktion Aufrufe zur Rebellion und Appelle an die Initiative der Massen herausgegeben hat, stimmen ihre Taten nicht mit ihren Worten überein. Maos Ziel war die Wiederherstellung der politischen Vorherrschaft seiner Fraktion und Linie in der Bürokratie und nicht der Sturz der Bürokratie. Das erklärt, warum er den stalinistischen



Während der Kulturrevolution wurden die Gegner der Mao-Fraktion mit Schandhüten auf dem Kopf durch die Strassen gezerrt.

Methoden der Verleumdung, physischen Gewalt und des Personenkults in seinem Kampf folgte und die Appelle an die Massen genau begrenzte. Wann und wo immer irgendein Teil des Volkes - entweder unter der Jugend, dem Proletariat, den Bauern oder den Intellektuellen - irgendwelche Anzeichen zeigte, sich von der Führung und Richtung Maos zu entfernen und nach eigenem Antrieb zu handeln, wurde er unterdrückt und zur Ordnung gerufen, nicht selten durch Zwangsmaßnahmen." (die internationale, Jhg. 3, Nr. 1/1970)

In diesem Dokument wird noch wesentlich ungeschminkter ausgesprochen, was wirklich in China vorging, ohne krampfhafte Beschönigungsversuche. Man wird sich fragen: Woher diese Anbiederung des VS an des orthodoxen Maoismus? Warum wird er plötzlich in verklärtem Licht als linkszentristische Strömung dargestellt, in krassem Gegensatz zur eigenen Weltkongreßresolution? Die Antwort ist einfach. Das VS wittert eine Chance zu expandieren. Auf seinem letzten Weltkongreß hat es für die europäischen Sektionen eine Orientierung beschlossen, der zu Folge die Hauptaufgabe ist, in der 'Neuen Avantgarde mit Massencharakter' die Vorherrschaft zu erringen. Mit dieser hochtönenden Bezeichnung ist nichts anderes gemeint als jenes linke Milieu, das im Gefolge der Studentenbewegung und Jugendradikalisierung nach 1968 entstanden ist. Gerade in der Anfangsphase dieser Bewegung hatte die Kulturrevolution (oder besser die Illusionen in sie) großen Einfluß auf die politisch noch sehr unerfahrene 'Neue Linke'. Ein großer Teil der Bewegung orientierte sich in irgendeiner Form am Maoismus. Während ein Teil vollständig degenerierte und im ML-Sumpf verschwand, geriet der andere Teil in eine tiefe Krise, je mehr der Maoismus seine wahren Konturen zeigte (außenpolitische Annäherung an den Imperialismus, Rehabilitierung vieler 'kapitalistischer Machthaber', Sturz Lin Biaos etc ...). Jetzt, nach dem Tode Mao-Tse-tungs und der Ausschaltung seiner Fraktion hat sich die Krise der europäischen Maoisten dramatisch verschärft. Davon möchte das VS organisatorisch profitieren. Umso mehr als es gerade in dem klassenpolitisch so wichtigen Italien eine Annäherung an die großen zentristischen Organisationen sucht, die sich alle kritisch auf den Maoismus berufen. Der Wunsch nach Expansion ist durchaus legitim. Es ist die Methode des VS, die abzulehnen ist. Statt in scharfer Abgrenzung die verunsicherten Genossen bis zum endgültigen Bruch mit dem Zentrismus weiterzutreiben, biedert sich das VS opportunistisch an. Es versucht, den verunsicherten 'kritischen' Maoisten einen Schritt (oder vielmehr: eine ganze Reihe von Schritten) entgegenzukommen. "Ihr habt an die Kulturrevolution geglaubt. Das war richtig - aber die jetzige Führung der KPCh hat die Kulturrevolution verraten. Ihr mußt also zu uns kommen, wenn ihr wirklich der Kulturrevolution - und dem Vorsitzenden Mao treu bleiben wollt." Das ist simpel ausgedrückt die Logik, die hinter dem Sich-Anschmieren-An-Den-Maoismus des VS steckt.

In der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' werden wir ausführlich auf die Entstehung des deformierten Arbeiterstaates in China eingehen, d.h. die Politik der Maoisten 1945-1949 analysieren.

BLÜTENLESE

Wir sind stets daran interessiert, zu einer breiten Diskussion innerhalb der Linken beizutragen. Dazu gehört auch die Weitergabe von Informationen. Zu diesem Zweck wollen wir unseren Lesern einige markante Auszüge aus dem Nachruf der Zeitung 'Sekai Kakumei' anläßlich des Todes von Mao-Tse-tung nicht vorenthalten. Es handelt sich dabei umd das Zentralorgan der RCL, der japanischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale'. Es ist in zweifacher Hinsicht interessant. Einerseits zeigt es, welches Ausmaß an Opportunismus in dieser Internationale möglich ist, zum anderen sagt es viel über den 'Demokratischen Zentralismus' des VS aus, wenn man bedenkt, daß sowohl Peng-Shu-tse als auch die RCL Mitglied derselben Internationale sind ...

Die folgenden leicht gekürzten Auszüge sind Übersetzungen aus der 'Intercontinental Press' Vol. 14, No 40, Seite 1524.

Unter der Überschrift "Betrauert den Tod von Mao-Tse-tung" erklärt ein Leitartikel in der Ausgabe vom 20. September daß "800 Millionen Chinesen von Trauer befallen sind, sich fühlen, als ob sie ihren Vater verloren hätten, den Tod des Vorsitzenden Mao beklagen. Die japanische Sektion der IV. Internationale drückt ihr von Herzen kommendes Beileid aus Anlaß des Todes von Vorsitzendem Mao aus." Indem er Mao's politische Karriere einschätzt, hält der Artikel fest, daß er "wirklich ein großer Revolutionär" war. Die "Aufgabe, die revolutionäre Energie des chinesischen Volkes vom Joch des alten Feudal-Systems und der grausamen Unterdürckung durch den ausländischen Imperialismus zu befreien, die Aufgabe, hin bis zur Diktatur des Proletariats zu führen - das wurde unter seiner Führung vollendet. Mao, mehr als irgendjemandem sonst, kann die Errungenschaft zugeschrieben werden, die Bauern und Arbeiter...zur Erhebung aus ihrem täglichen Elend gebracht zu haben."

"Aber die Größe Mao-Tse-tungs liegt nicht nur in diesen Errungenschaften. Mao war ein unabhängiger, auf sich selbst vertrauender Kommunist mit revolutionärem Geist und revolutionärer Leidenschaft ... Er lebte unter den Massen während er versuchte, seine Ideen zu verwirklichen, indem er sie in ihren Kämpfen überprüfte. Mao-Tse-tung besaß eine Größe, die jeder Kommunist auf der Welt studieren und erfassen muß."

"Zu einer Zeit, als Kommunisten auf der ganzen Welt sich in ergebene Diener Stalins verwandelten, leistete Mao kühn Widerstand und wählte eine unabhängige revolutionäre Linie. Es ist diese Tatsache ... die so beeindrukkend ist."

'Ferner schafft der Tod Mao-Tse-tungs eine hervorragende Situation für die privilegierte Bürokratie, ihre Kontrolle zu verstärken. Mao war eine sehr große Hilfe für den Widerstand der chinesischen Massen gegen die Herrschaft der privilegierten bürokratischen Kaste. Die Stalin-artige Linie des Sozialismus in einem Lande, vor welcher Mao schließlich kapitulierte, schafft immer eine Basis für bürokratische Degeneration. Aber trotz dieser Tatsache blieben die radikale revolutionäre Linie und der revolutionäre Geist Maos selbst fortgesetzt mächtige Waffen für den Widerstand der Massen."

"Aber nun ist das größte Hindernis für die Bürokratie entfernt worden, und sie wird sich mehr zu regen beginnen, Anstrengungen zu machen, auf ein despotisches System zuzumarschieren. Das wird neue Zusammenstöße zwischen der Bürokratie und den Massen bringen."

Der Artikel schließt: "Wir hatten inbrünstig gehofft, für den Sieg der Revolution in diesem proletarischen Land zu kämpfen und als Revolutionäre der Sozialistischen Republik Japans Mao-Tse-tung zu treffen. Wir waren gewiß, daß Mao - mit seiner ungeheuren angehäuften Erfahrung - und trotz seiner Gegnerschaft zum Trotzkismus, sich bestimmt nicht geweigert hätte, ein ernstes, von Herz zu Herz gehendes Gespräch mit uns über die Methoden der Zusammenarbeit und kameradschaftlichen Solidarität zu führen. Und nun ist das unmöglich!"

"Aber die Größe Mao-Tse-tungs ist die Größe von 800 Millionen Chinesen. Es war das große chinesische Volk, das den großen Mao-Tse-tung hervorgebracht hat. Wenn wir von Mao lernen können, können wir genau so gut noch tiefer vom chinesischen Volk lernen."

"Indem wir kühn auf der Straße der Revolution weiterschreiten, werden wir eines Tages die Gelegenheit gewinnen, diese 800 Millionen Mao-Tse-tungs zu umarmen..."

"Ein Kommunist ist gestorben. Kommunisten erweisen ihre Anerkennung."

★★★

CHRONIK DER CHINESISCHEN REVOLUTION

1911: Die bürgerlich-nationalistische Bewegung unter Sun-yat-Sen ruft in Nanking die erste Republik Chinas aus.

1912: Sun-yat-Sen tritt als Präsident der Republik zu gunsten des alten kaiserlichen Generals Yuan-Shik-Kai („um einen Bürgerkrieg zu verhindern") zurück. Die Kuomintang (= „Reichsvolkspartei") als stärkste Partei des Parlaments wird aufgelöst, ebenso das Parlament, und der General ernennt sich selbst zum „Kaiser".

1912-1926: befindet sich China praktisch in einem lokalen begrenzten Bürgerkrieg durch rivalisierende Provinzgouverneure – die versuchen, sich autonome Reiche zu schaffen. Wechselnde Konflikte mit wechselnden Fronten.

1921 Gründung der KPCh mit angeblich 11 Gründungsmitgliedern (darunter Mao).

1924: Der 1. Kongreß der Kuomintang billigt die 3 „Volksprinzipien" (Einheit-Demokratie-Wohlstand) und die Aufnahme von Kommunisten als Einzelmitglieder in die Kuomintang. Mao wird Mitglied des Zentralkomitees der Kuomintang. Tod Lenins.

1925: Die Fremdmächte in China werden durch einen gewaltigen Verkehrsstreik in Südchina blockiert, der von den Kommunisten geleitet wird. Mao kehrt im Auftrag der Kuomintang nach Hunan zurück, um für die Kuomintang die Bauern zu organisieren. Tod Sun-Yat-Sen – Nachfolger Tschiang Kai-Tschek.

1926 Mao wird Abteilungsleiter im Bauernbüro der Kuomintang (Abteilung Propaganda). Tschiang Kai-Tschek beginnt mit der Unterdrückung der Kommunisten.

1927: Mao veröffentlicht seine Bauern- und Kulakenphilosophie: ***„Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan"***, in der er die Bauern als die ***Hauptmacht der Revolution*** bezeichnet. Wird vom Zentralkomitee der KPCh abgelehnt. In der UdSSR wird die Linke Opposition unter Trotzki aus der KPdSU ausgeschlossen.

1923-1927: Einheitsfront der Kuomintang und der KPCh gegen die eindringenden Japaner und die rebellierenden Provinzgouverneure, unter dem stalinistischen Einfluß der Kommunistischen Internationale (KI) gerät diese „Einheitsfront" immer mehr zur ***Volksfront.*** Der Prozeß geht bis 1927 soweit, daß ganze Teile der KPCh in die Kuomintang eintreten und ***jede eigenständige Arbeit liquidieren.*** 1927 kommt es zur fast völligen physischen Liquidierung (4/5) der KPCh-Mitglieder durch die Kuomintang. Die völlig überraschte KPCh macht kurz vor dem Massaker noch eine abenteuerliche 180 Grad-Wendung, ***von der Unterstützung zum Aufstand gegen die Kuomintang,*** was aber nur die Vernichtung der KPCh-Mitglieder noch beschleunigt. ***Die KPCh verlierte ihre gesamte proletarische Basis in den Städten.*** Der Rest der Führung flieht aufs Land – hiervon sollte sich die KPCh bis 1949 nicht mehr erholen!

1930: Nach dem Rückzug der Führung auf das Land organisieren sie dort (Hunan und Kiangsi) eine „Sowjetregierung" unter den Bauern. Die Zentrale der KPCh sitzt in dem von Ausländern besetzten Teil von Shanghai im Untergrund. Es kommt zu Konflikten zwischen Maos sogenannter „Bauernpolitik" und dem Führer der Partei Li Li-san, der darauf besteht, daß die KPCh vorrangig in den Städten wiederaufgebaut wird. Nach anfänglichen Erfolgen in der Provinz Hunan unter Mao läßt die KI Li Li-san „fallen" und unterstützt Mao. Nach wenigen Monaten muß sich Mao wieder zurückziehen, nachdem er eine Schlacht gegen Tschiang Kai-Tscheks Truppen verloren hat.

1931: Japan beginnt mit der Invasion des chinesischen Industriezentrums (Mandschurei). Darauf hin muß Tschiang Kai-Tschek seine Vernichtungsfeldzüge gegen Maos fast geschlagene „Rote Armee" einstellen. Hungersnöte in China mit 5-10 Mill Toten! Untergrundtreffen der KPCh in Shanghai. Wang Min vwird zum Parteivorsitzenden gewählt. Gleichzeitig findet sich im tiefen Hinterland (Juichin) ein „allchinesischer Rätekongreß" zusammen, der Mao zum Vorsitzenden wählt und Chu Teh zum militärischen Oberbefehlshaber ernennt.

1935: Eine Sitzung des Politischen Büros in Tsung yi (Provinz

Kweichow) macht Mao zum faktischen Vorsitzenden der Partei. Chang Kuo t'ao bestreitet den Führungsanspruch Maos. Im Juni vereinigen sich Maos Truppen und Chang Kuo t'aos Truppen in Szechan. Nach einem Angriff der Kuomintang - Truppen wird Mao gezwungen zu fliehen. Der Lange Marsch beginnt mit 100. 000 Mann über 6. 000 Meilen in einem Jahr. *8. 000* überleben diesen Marsch.!

1932-1937: Die Japaner liefern sich abwechselnde Schlachten mit der „Roten Armee" und den Kuomintang-Truppen. In den westlichen Provinzen wird auch der Bürgerkrieg fortgesetzt.

1937: der „große patriotische" Krieg" gegen Japan. KPCh und Kuomintang unterzeichnen einen Beistandspakt gegen die japanischen Invasoren. KPCh macht politische Zugeständnisse an die Kuomintang – hält sich aber nicht daran.

1938: Mao wird zum unumstrittenen Führer der Partei; Veröffentlicht seine militärischen Schriften: *„Über den langen Krieg, Probleme der Strategie des Guerillakriegs etc."* Die KP-Ch organisiert Partisanenarmeen im Rücken der Japaner. Chang Kuo t' ao wird aus der Partei ausgeschlossen. (Hatte 1935 den absoluten Führungsanspruch Maos widersprochen);

1942 Die sogenannte „Berichtigungsbewegung" soll nicht nur die Partei zum Überleben gegen japanische und nationalistische Blockade mobilisieren, sondern auch die „Wachsamkeit" gegen die in Moskau geschulten Funktionäre wie Wang Ming stärken; Ausbau der maoistischen Fraktion in der Partei.

1943: Als Folge dieser Kampagne preist Liu Schao-schi Mao als *„Schöpfer einer chinesischen oder asiatischen Form des Marxismus".* Maos Position ist erneut gestärkt.

1945: Nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands greift die „freigewordene" sowjetische Armee in den Kampf gegen Japan ein (Besetzung der Mandschurei und der wichtigsten Seehäfen). Gleichzeitig muß Japan im Pazifikkrieg gegen die USA empfindliche Niederlagen hinnehmen. Der Zusammenbruch der japani schen Armee in diesem Zwei-Frontenkrieg ist durch die Intervention der UdSSR und der USA besiegelt.
Nach der Kapitulation der japanischen Truppen besetzen die KPCh-Truppen Teile Nordchinas und die Mandschurei. Mit amerikanischen Waffen ausgerüstete Kuomintang-Truppen werden in die nordchinesischen *Städte* und in die Mandschurei geflogen und *besetzen die Städte – die KPCh behält die Landgebiete !* Der amerikanische Botschafter fliegt Mao zu Verhandlungen mit Tschiang Kai-Tschek nach Chuntking um über eine Koalitionsregierung zu verhandeln.



Mao und Tschiang proben 1945 die Versöhnung

1946: Zusammenbruch der Verhandlungen zwischen KPCh und Kuomintang. Im Juni beginnt der Bürgerkrieg. Bedingt durch ihre plündernden Truppen, Korruption und Terror unter der Bevölkerung laufen immer mehr Bauern zur „Roten Armee" über.

1949: Letzte Schlacht in der Mandschurei – die Kuomintang ist in völliger Auflösung begriffen und flüchtet sich auf die Insel Taiwan-Formosa. 1949 ruft Mao in Peking die VR China aus, deren Ziel es sei: *„... nicht die Beseitigung des Kapitalismus, sondern dessen Ausnutzung für die Entwicklung des Landes."*

(aus: SPARTACUS Nr. 32)

Nach Berufsverbot: Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert!

Deutlich wie selten zuvor hat die herrschende Bürokratie in der DDR mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann ihr wirkliches Gesicht gezeigt. Nicht nur der Akt der Vertreibung, sondern auch wie er zustande kam, verdient festgehalten zu werden. Biermann wurde von der IG-Metall zu einer Konzerttournee in die BRD eingeladen. Nur unter der Bedingung, dass er auch wieder in die DDR zurückfahren könne, sagte er einer Ausreise überhaupt zu. Die Behörden der DDR gingen - wie sich zeigte nur zum Schein - darauf ein, Biermann verliess für die Dauer der Tournee die DDR. Welch ganz durchtriebene Schurken in diesem 'sozialistischen' Land die Räder der Staatsmaschinerie kontrollieren, zeigte sich jedoch sogleich. Nach dem ersten Auftritt in Köln, wurde Biermann ausgebürgert! So einfach geht das im 'Sozialismus'.... Nachdem er seit Jahren Berufsverbot hatte, wurde der Sänger und Dichter, dessen Kritik am herrschenden bürokratischen Regime, weit über die Grenzen des Landes hinausdrang nun vertrieben!

Die bürgerlich Presse, die Sozialdemokraten frohlocken. Jetzt zeigt sich wieder einmal, was man im 'demokratischen' Kapitalismus alles darf! Und tatsächlich, jedes Wort der Stalinisten in der BRD gegen die Berufsverbote wird so zur leeren Phrase. Diese einzige Tat des stalinistischen DDR-Staatsapparates hat der westdeutschen Reaktion mehr Argumente geliefert, als sie es sich wünschen könnte. Jeder durchschnittliche bürgerliche Redakteur wird nun salbungsvoll sagen können: "Tja, bei uns sind die Süverkrup und Degenhardt ja noch nie ausgebürgert worden, oder....?

Die - man kann es nicht anders sagen - ausgesprochen hinterfotzige Art der deutschen Stalinisten ist tatsächlich nichts als ekelerregend. Wie ein kleiner Betrüger, der eine günstige Gelegenheit abwartete, um den unbequemen Kritiker loszuwerden, benahmen sich die ostdeutschen Bürokraten.

Deutlich wird aber damit, welche Angst sie vor dem gesungenen und gesprochenen Wort dieses Wolf Biermann haben. Denn, wenn dieser Kritiker tatsächlich 'isoliert' wäre, wie es uns die DDR-Behörden und ihre Nachbeter im Kapitalismus immer wieder einreden wollen, warum dann solch eine Nacht- und Nebel-Aktion? Wenn tatsächlich kein Arbeiter, kein Bauer, kein Intellektueller in der DDR von der Kritik des Wolf Biermann etwas wissen will, weil er vor lauter 'sozialistischem Glück' nicht mehr aus den Augen sehen kann, warum dann solch eine schmierige Handlung?

Die Wahrheit ist eben anders. Sie fürchten die Kritik - und sei sie auch noch so inkonsequent wie die von Biermann - mehr als alles andere. Mehr als den Einfluss, den die Kapitalisten über Bank- und Handelsgeschäfte in den 'Volksdemokratien' gewinnen, mehr als den ständig steigenden Einfluss der Manager in diesen Ländern, fürchten die Bürokraten jedes leise Wort der Kritik, das ihren 'Sozialismus' in Frage stellt, das da behauptet: Sozialismus ohne Arbeiterdemokratie ist eben keiner ...
Und sie handeln sofort. Havemann und Biermann sind nur die bekanntesten Regime-Kritiker, die mit Berufsverbot bestraft worden sind. Unzählige, deren Nahmen man nicht kennt, die für die 'humane' westliche Presse nicht von Interesse sind,



haben ihr Eintreten für die sozialistische Demokratie mit langjähriger Haft bezahlt. So wurde ein Ingenieur verurteilt, weil er die Texte der Lieder Biermanns hektographierte und verteilte!

Doch auch die uneingeschränkte Solidarität mit Havemann und Biermann kann und darf nicht verhindern, dass wir deren politische Perspektivlosigkeit übersehen. Gerade das politische Schicksal dieser beidern Männer zeigt uns mit aller Deutlichkeit die Grenzen dieser Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten auf. Die Kritik der beiden setzte zwar richtig am bürokratischen Charakter des DDR-Regimes an, sie sind aber ausserstande, den Stalinismus als politische Methode zu begreifen, zu analysieren und positiv zu überwinden. So wurde aus ihrer Kritik sehr leicht ein oberflächliches Jammern, wie wir es im Sommer dieses Jahres in einer Fernsehsendung im ORF beobachten konnten. Der Unterdrückungscharakter, das Ersticken jedes freien Wortes wurde zwar erkannt, jedoch nicht die geringste Perspektive aufgezeigt. Im Gegenteil, beide hofften, dass sich die Bürokratie irgendwann und irgendwie von selbst reformiert. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass ihnen die spanische und die italienische KP als Hoffnungsschimmer erscheint. Wesentlich ist für sie nicht mehr, dass diese Parteien offen und unverhüllt das Bündnis mit der Bourgeoisie suchen und auch finden, dass die Volksfrontpolitik dieser Parteiendie blutige Niederlage der Arbeiterklasse vorbereitet, jeder sozialistischen Perspektive so den Weg versperrt, sondern einfach die Tatsache (?), dass man in der KPI und der KPSP 'offener' und 'freier' sprechen könne. Ja, aber wie, in welche Richtung offen, das ist die einzige Fragestellung eines Marxisten! Offen und frei in die Richtung des Verrates! Die spanische KP tritt heute für die Aufrüstung Spaniens ein, ist in der Volksfront mit offen bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen, sucht jede offene Konfrontation mit dem reaktionären Staatsapparat zu verhindern. Die italienische KP stimmt dem Sparplan der Christdemokratischen Regierung zu, der sämtliche Lasten der kapitalistischen Regierung auf den Rücken der Arbeiterklasse abwälzt. Das ist das 'offene' und 'freie' Wort, das Biermann und Havemann so imponiert, auf das sie ihre ganzen Hoffnungen setzen ...

Auf der Veranstaltung in Köln bekannte sich Biermann klar zur Niederschlagung der politischen Revolution gegen die Bürokratie im Juni 1953 in der DDR! Wie Brecht, so sagte er, hätte er 'weinend' dem Einmarsch der sowjetischen Panzer zugestimmt. Auf diese Tränen kann die deutsche Arbeiterklasse getrost verzichten! Gerade Brecht ist ein schlechtes Beispiel, wenn die Rede auf die stalinistische Unterdrückung kommt. Mitten in den blutigsten Säuberungen, durch die die bolschewistische Partei liquidiert wurde, schaffte er nichts anderes, als den 'Galileii ...' zu schreiben, während andere

FORTSETZUNG AUF SEITE 10

EIN (GE)WIMMER!

Ernst Wimmer, ein Theoretiker der K , sprach in Graz zur "Rolle des Wolf Biermann". Sprach nicht. Wimmerte, faselte, log und verleumdete. Gab von sich all den Dreck, all die Verkommenheit, zu der ein Solcher fähig ist.

Biermann? Das sei "ein Werkzeug des Kapitalismus",das durch 'linke' Kritik junge Menschen davon abhält "die echte Alternative" zu sehen.

Die "echte Alternative"? Das ist wohl dort, wo Menschen, die für Biermann Partei ergreifen, von der Straße weg verhaftet werden. Wo die Hofnarren der Bürokratie ihre Unterschrift unter Verleumdungsdokumente setzen, um das Pensionsrecht nicht zu verlieren.

Und Wimmer ist ein Lügner. Da werden Aussagen Biermanns halbiert und zur "Beleidigung der Arbeiterklasse der DDR" umfunktioniert. Und da kommt die ganze Logik des Stalinismus, der ganze abgestandene Sumpf hoch. Biermann wolle eine "neue KP in der BRD". Verschwiegen wird, daß Biermann aber auch sagte, "eine solche wie in Ialien"! Aber das kann Wimmer nicht sagen, das würde dem "realen Sozialismus" nicht dienen.

Aus den Angriffen Biermanns gegen die Bürokratie,macht Wimmer solche gegen die Arbeiterklasse. Das ist abgefeimt, das ist durchdacht!

Das "Neue Deutschland" hat es Wimmer beigebracht, wie man so etwas macht. Biermann, so heißt es dort, habe in Köln gesagt, "er schrecke vor nichts zurück".

Tja, was kann er wohl damit gemeint haben? Ein Attentat auf Sindermann, den Hohlkopf? Sprengung der Mauer? Wimmer und das "Neue Deutschland" wünschen, daß ihre Zuhörer und Leser, das auch richtig verstehen. Das war keine Bemerkung, die im Zusammenhang so aussah: "Soll ich aufhören, oder soll ich weiter spielen? Ich bin zu allem bereit".

Nein! Das war der versteckte Hinweis, für die im Saal sitzenden CIA-Agenten, für die 'Linken', die dem 'Kapitalismus dienen'. Ist doch klar...

"Wo erbittert gekämpft wird, können nicht alle Kampfmaßnahmen populär sein". So lesen wir es in der "Volksstimme" vom 2o.November 1976.

"Unpopulär". Damit ist das Berufsverbot für Biermann und Havemann gemeint.
"Unpopulär". Damit ist die Einweisung eines Grigorenko, des einstigen Kämpfers der Roten Armee, der den bolschewistischen Grundsätzen treu geblieben ist, in ein Irrenhaus gemeint. Das ist die Logik der Schauprozesse. Wer die Bürokratie kritisiert, der verleumdet die Arbeiterklasse, ja mehr noch, der steht im Solde der Kapitalisten. Der Genickschuß ist die logische Konsequenz dieses Wimmer'schen Gedankens.

All diese Künstler, die sich heute, wie die Schafe zum Futtertrog in die Reihen der KPÖ drängen, weil sie meinen "dort sei die Arbeiterklasse", all diese Leute, die meinen, sie seien "Arbeiterdichter", weil sie das Bier aus der Flasche trinken und im Dialekt sprechen, sollten aufhorchen beim Gewimmer des Ernst Wimmer.

Die Bürokratie kann vielleicht die Kritik der Gitarre zum Schweigen bringen. Sie wird aber - so wie die herrschende Klasse im Kapitalismus - zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Kritik der Arbeiterklasse, die "Kritik der Waffen" stärker ist, als alle Dienste, die ihr irgendein Wimmer leisten kann.

VOR VIERZIG JAHREN: LENINS PARTEI AUF DER ANKLAGEBANK!



Leo Trotzki, der Hauptangeklagte in den drei Schauprozessen

"In der endlosen Reihe der Prozesse, die bald öffentlich, bald geheim geführt wurden, sind vier von größter Bedeutung. Es sind dies: der "Prozeß der Sechszehn" (Sinowjew, Kamenjew, Smirnow, Mratschkowski und andere) im August 1936; der "Prozeß der Siebzehn" (Pjatakow, Radek, Sokolnikow, Muralow, Serebrakow und andere) im Januar 1937; der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Prozeß gegen Marschall Tuchatschewski und eine Gruppe der obersten Generale der Roten Armee im Juni 1937; und schließlich der"Prozeß der Einundzwanzig" (Rykow, Bucharin, Krestinski, Radek, Jagoda und andere) im März 1938. Im Laufe der Prozesse erschienen auf der Anklagebank alle die Männer, die einst das Politbüro Lenins gebildet hatten, mit Ausnahme von Stalin selbst und Trotzki." (Isaac Deutscher, "Stalin. Eine Biographie")
Vom 19.-24. August 1936 fand der erste einer Reihe vonSchauprozessen statt, bei dem unter anderen, führende Bolschewisten, wie Sinowjew, Kamenjew und Smirnow unter der Anklage standen, in Moskau ein "Vereinigtes trotzkistisch-sinowjewistisches Zentrum" organisiert zu haben, das sich die Durchführung einer Reihe von Terrorakten gegen die Führer der KPdSU und der Sowjetregierung zur Aufgabe gestellt hat, um die Macht an sich zu reißen, wie es zumindest aus dem Prozeßbericht der Verhandlungen hervorgeht.

G.E.Sinowjew war seit 19o3 Parteimitglied, langjähriger Mitarbeiter Lenins im Exil, von 1912-1925 ZK-Mitglied, von 1921-1925 Mitglied des Politbüros und von 1919-1926 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale.

L.B.Kamenjew war seit 19o1 Parteimitglied, ehemaliges Mitglied des ZK und Politbüros. Er war Vorsitzender des Moskauer Sowjets, sowie des Rates der Arbeit und Verteidigung.

I.N.Smirnow: Parteimitglied seit 1899. Befand sich in der Zeit des Zarismus wiederholt in Verbannung und Gefängnis. Aktiver Teilnehmer an der Oktoberrevolution. Mitglied des ZK und Volkskommissar für Post- und Telegraphenwesen.

Aber es waren auch unbekannte junge Leute angeklagt, unter denen sich direkte GPU-Agenten befanden. Wenn diese nach der Verkündung des Urteiles auch erschossen wurden, so geschah dies, weil Stalin sich dieser gut unterrichteten Zeugen entledigen mußte. Sie sollten gegen die Angeklagten bolschwistischen Führer belastendes Material vorbringen und dadurch die 'Beweisführung' des Staatsanwaltes Wyschinski mit Fleisch und Blut füllen.
Es galt zu 'beweisen', daß ein international organisiertes "terroristisches trotzkistisches" Zentrum existiert und die Angeklagten entscheidend darin mitgewirkt haben.

Die Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow am 1.12. 1934 durch den Terroristen Nikolajew bot einen günstigen Anlaß,die terroristischen Methoden des "trotzkistischen Zentrums" anhand der Leiche Kirows unter 'Beweis' zu stellen.

Trotzkis Sohn, Leo Sedow, geht in seinem "Rotbuch über den Moskauer Prozeß" genau darauf ein, wie die Bürokratie versuchte,die linke Opposition und Trotzki selbst mit der Ermordung Kirows zu belasten. Am 6.12. und am 18.12. wurde die Erschießung von weißgardistischen Terroristen bekanntgegeben, wodurch der Eindruck erweckt wurde, daß Nikolajew in Verbindung mit Weißgardisten gestanden hat. Als man dann Nikolajew als "Sinowjewisten" bezeichnete,war der Plan Stalins klar: Unter Einbeziehung der Sinowjew-Gruppe (die 1927 die 'Vereinigte Opposition' die sie mit der Linken Opposition gebildet hatte,auflöste) wollte er die "Trotzkisten" als die wahren Mörder Kirows 'entlarven'.
Am 16. Dezember wurden Sinowjew, Kamenjew und andere verhaftet, doch wegen mangels an Beweisen nicht vor Gericht gestellt. Am 28.-29. Dezember wurde vierzehn des Kirow-Mordes Angeklagten der Prozeß gemacht - unter ihnen Nikolajew - der mit dem Todesurteil für alle endete. Nur vier von ihnen bekannten sich schuldig. Doch am 15./16. Jänner wurden dann Sinowjew und Kamenjew doch vor Gericht geschleppt, aber man mußte sich damit zufrieden geben, daß beide 'gestanden' "nur die moralische und politische Verantwortung" für die Ermordung Kirows zu tragen. Für die aktive Teilnahme an der Tat brachte die Untersuchung keinerlei Tatsachen. Keiner der Angeklagten wurde zum Tode verurteilt, aber am 23. Jänner 1935 wurden 12 leitende Leningrader GPU-Beamte vor ein Militärgericht gestellt und zwar wegen ihres unaufmerksamen Verhaltens und ihrer verbrecherischen Nachlässigkeit während dieser Affäre. Sie hatten ja von dem geplanten Anschlag gewußt. Damit war nun klar erwiesen, daß die GPU unter den Leningrader Terroristen ihren Provokateur hatte. Geplant war vor der Verhaftung der Terroristen eine Verbindung zur Sinowjew/Kamenjew- Gruppe herzustellen, doch Nikolajew kam den Plänen der GPU zuvor. So konnte man - nachdem einige Zeit verstrichen war - erst in einem vierten Versuch die Fälschung voll zu Ende führen - beim ersten Moskauer Schauprozeß.

Pannen und Ungereimtheiten, die bei den ersten Versuchen passiert waren, mußten erklärt, oder mit neuen Fälschungen und erfundenen Verbrechen überdeckt werden.

Der erste Moskauer Schauprozeß war der vorläufige Höhepunkt einer Reihe vorangegangener, gegen verschiedene Gruppierungen gerichteter Prozesse (1931 Prozeß gegen die Moskauer Menschewiki), denen allen gemein war, daß die Angeklagten Verbrechen auf sich nahmen, die sie nicht begangen hatten.

Bis zu diesem ersten Schauprozeß waren die Angeklagten mit relativ milden Strafen davongekommen - sofern sie ihr 'Geständnis' programmgemäß machten. Durch diese falschen Selbstbezichtigungen konnte man dritte Personen treffen, Verbrechen der GPU verschleiern, die bürokratische Diktatur stärken. Doch zur Unterdrückung der Opposition in der Sowjetunion wurden ständig stärkere Maßnahmen erforderlich, die die 'Unfehlbarkeit' der Bürokratie zu beweisen hatten. Zuerst waren es Ausschlüsse, Verbannungen und Verleumdung, doch als die Welt dieser Methode überdrüssig war, brauchte man gewichtigere 'Beweise', mit denen die Opposition der schwersten Verbrechen gegen die Sowjetunion angeklagt werden konnte.

Sämtliche Angeklagte des ersten Schauprozesses gestanden Verbrechen, die sie nie begangen hatten, beschimpften und belasteten sich selbst und die anderen Mitangeklagten. Das klang etwa so:

Kamenjew: "Zweimal wurde mir das Leben geschenkt. Aber alles hat seine Grenzen, auch der Großmut des Proletariats hat seine Grenzen und diese Grenzen haben wir erreicht...Wir sitzen hier mit den Agenten ausländischer Geheimdienste zusammen, weil wir mit ein und derselben Waffe gekämpft haben, weil unsere Hände sich bereits früher miteinander verflochten, bevor noch unsere Geschicke sich hier, auf dieser Bank, miteinander verflochten haben.
So dienten wir dem Faschismus, so organisierten wir die Konterrevolution gegen den Sozialismus, bereiteten und bahnten wir der Intervention den Weg. Das war unser Weg, und das ist die Senkgrube schmählichen Verrates und allen möglichen Schmutzes, in die wir gesunken sind."
Sinowjew: "Ich bekenne mich schuldig, der Hauptorganisator des Mordes an Kirow gewesen zu sein...Die Partei sah,wohin unser Weg führt und warnte uns. In einer Reihe von Reden wies Stalin darauf hin, daß in den Oppositionen Tendenzen auftauchen könnten, der Partei ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen...Wir haben ein Bündnis mit Trotzki geschlossen. Wir sind zu Platzhaltern der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Weißgardisten geworden, die in unserem Lande nicht offen auftreten konnten. Wir wurden Nachfolger des Terrorismus der Sozialrevolutionäre...des Terrorismus der rechten Sozialrevolutionäre aus der Zeit des Bürgerkrieges, als die Sozialrevolutionäre auf Lenin geschossen haben. Mein defekter Bolschewismus hat sich in Antibolschewismus verwandelt und über den Trotzkismus bin ich zum Faschismus gelangt. Der Trotzkismus ist die Abart des Faschismus, der Sinowjewismus aber eine Abart des Trotzkismus". (zitiert nach: "Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR. Prozeßbericht über die Strafsache des Trotzkistisch-Sinowjewistischen terroristischen Zentrums. Moskau 1936)

WIE KAM ES ZU DIESEN GESTÄNDNISSEN?

Daß die Geständnisse keinesfalls freiwillig zustandekamen,zeigen sowohl die sich gleichenden Worte der Angeklagten, als auch die Ähnlichkeit ihrer Aussagen mit denen des Staatsanwaltes. Kein Mensch vom Kaliber Sinowjews oder Kamenjews hätte je so erniedringende, sich widersprechende und ungenaue Aussagen gemacht, wenn er nicht unter Zwang gestanden wäre.

Die physische Folter war ein Mittel um die Angeklagten zum Sprechen zu bringen. So sagte Chrustschow in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX.Parteitag der KPdSU im Februar 1956:

"Als die Welle der Massenverhaftungen im Jahre 1939 zurückging und die örtlichen Parteiführer begannen, den NKDW und seine Zwangsmethoden gegenüber den Verhafteten anzuprangern, schickte Stalin am 2o. Jänner 1939 ein chiffriertes Telegramm an die Parteisekretäre der Gebiete und Regionen, an die Zentralkomitees der Republiken, an die NKDW-Kommissare der Republiken, an die NKDW-Sonderorganisationen. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: 'Das ZK der KPdSU stellt klar,daß die Anwendung physischen Drucks seit 1937 auf Grund einer Genehmigung des ZK der KPdSU zulässig ist...Es ist bekannt, daß alle bourgeoisen Geheimdienste Methoden der physischen Beeinflussung gegenüber Vertretern des sozialistischen Proletariats anwenden und zwar solche der schlimmsten Art. Es erhebt sich daher die Frage, warum der sozialistische Geheimdienst gegenüber den tollwütigen Agenten der Bourgeoisie, den Todfeinden der Arbeiterklasse und der Kolchosbauern, humaner sein soll. Das ZK der KPdSU ist der Ansicht, daß physischer Druck in jenen Ausnahmefällen, bei denen es sich um bekannte und unbelehrbare Volksfeinde handelt, als durchaus gerechtfertigte und angemessene Methode obligatorisch anzuwenden ist."

Aber es gab auch andere Methoden, die ebenfalls zum Ziele führten. Sämtliche bekannten Angeklagten im "Prozeß der 16" hatten irgendwann der Opposition angehört und waren dann aus Angst vor Spaltung und Verfolgung wieder auf die Seite der Bürokratie gegangen. Doch der Preis für die Wiederaufnahme in die Partei waren Erklärungen, in denen sie die Falschheit des Programms der Opposition 'bestätigten', sich selber verschiedener 'Sünden' bezichtigten usw., d.h. in embryonaler Form das taten, was 1936 beim ersten Schauprozeß in einem ungeheuerlichen Schauspiel von Selbsterniedrigung mündete.

Doch der Weg dahin war ein jahrelanges Martyrium, eine Reihe von 'Geständnissen', Selbstbezichtigungen, Rügen, die immer größeres Ausmaß annahmen, denn sobald man ein Geständnis gemacht, aber bei einer der folgenden Fälschungen und Verleumdungen Widerstand zu leisten versuchte, wurde man gefragt: "Sie sind also doch ein geheimer Feind? Sie haben das erste Mal die Unwahrheit gesagt?" Die Zwangssituation des Kapitulanten, die Logik des Ausgeliefertseins führte schließlich zum Todesurteil.

Die Angeklagten fungierten immer auch als Zeugen gegen die Linke Opposition, in erster Linie gegen Trotzki selbst. Anfänglich beschuldigte man die Opposition in Richtung'Sozialdemokratie' zu gehen, später objektiv konterrevolutionäre Politik zu machen und schließlich ein direktes Bündnis mit der Bourgeoisie eingegangen zu sein.



GRIGORIJ SINOWJEW



LEON KAMENEW



MICHAIL TOMSKI

"Wie ist es möglich, daß ein Mensch Verbrechen zugibt, die er gar nicht begangen hat? Nur auf eine Weise, nämlich auf Grund der Anwendung physischer Gewalt zur Geständnisserpressung - indem man ihn bis zur Bewußtlosigkeit foltert..."

In seinem Buch "Die Moskauer Schauprozesse 1936-38" meint Theo Pirker zu dieser Frage:

Bei politischen Schwierigkeiten konnte man ehemalige Oppositionelle erneut verhaften und nach jedem Geständnis war die Möglichkeit der Amnestie gegeben. Doch die 'Geständnisse' wurden immer ungeheuerlicher,bis man eben keine Amnestie mehr gewähren konnte. Am Schluß dieser Entwicklung stand die Erklärung der Beschuldigten, daß sie 'Agenten der Bourgeoisie'

seien... So wurde die Partei Schritt für Schritt mit Lüge, Verleumdung und Terror durchsetzt und völlig demoralisiert.

Eine simple Quelle der Erpressung stellten die zaristischen Archive dar, aus denen hervorging, daß so mancher Revolutionär im Gefängnis andere verraten hatte, oder um Gnade gebeten hatte usw. Solch Beweismaterial genügte,um die meisten gefügig zu machen. Man versuchte weiters, die Mitarbeiter der Angeklagten durch Bestechung und Repressalien zu Aussagen gegen ihre ehemaligen Vorgesetzten zu bewegen (2von Trotzkis Sekretären wurden so in den Tod getrieben - einer brachte sich selbst um, der andere starb an der Folgen eines Hungerstreiks). Die Sippenhaftung und die Möglichkeit,die Kinder der Angeklagten erschießen zu lassen (1) waren wohl die abscheulichsten Einführungen,um Angeklagte zum Sprechen zu bringen. Hier ist auch die Erklärung dafür zu finden,daß keiner der Beschuldigten im Gerichtssaal den Versuch unternahm die Geständnisse zurückzunehmen - die Frauen und Kinder waren Geiseln in den Händen der GPU.

Viele, die man ähnlich absurder Verbrechen beschuldigte,erschienen nie im Gerichtssaal. Da sie sich weigerten,ein 'Geständnis' abzulegen, wurden sie einfach in den Kellern der Geheimpolizei erschossen. Sicherlich war das Schicksal dieser Revolutionäre mit ein Grund,warum andere ihre letzte Hoffnung in der öffentlichen Selbsterniedrigung sahen, die man als eine 'notwendige Maßnahme', im Kampf gegen den Faschismus und im 'Dienste der Partei' erklärte... Die Angeklagten hofften mit dem Leben davonzukommen, noch dazu, wo 5 Tage vor ihrer Ermordung ein Sonderdekret verabschiedet wurde, das den Angeklagten das Appelationsrecht um ihre Begnadigung gab. Ihr wahres Gewicht bekamen die Todesurteile erst durch ihre Vollstreckung. Der sogenannte 'Kompromiß' - hier Geständnis, da dein Leben - erwies sich für die Angeklagten, als ein furchtbarer Betrug.

"Viele haben damals gesagt: 'Es ist unmöglich,Sinowjew zu begreifen...diese Charakterlosigkeit!' Ich antwortete ihnen: 'Haben sie an sich den Druck erfahren, dem er eine Reihe von Jahren ausgesetzt war?' Sehr unklug sind die in intellektuellen Kreisen verbreiteten Vergleiche mit der Haltung Dantons, Robespierres und anderer vor Gericht. Dort gerieten die revolutionären Tribune unter das Messer der Justiz unmittelbar von der Kampfarena, in ihrer höchsten Kraftentfaltung, mit fast unberührten Nerven und gleichzeitig ohne die geringste Hoffnung auf Rettung. Noch unangebrachter sind die Vergleiche mit der Haltung Dimitroffs vor dem Leipziger Gericht. Gewiß, neben Torgler hob sich Dimitroff günstig durch Entschlossenheit und Mut ab. Doch haben Revolutionäre verschiedener Länder und insbesondere des zaristischen Rußlands unter viel schwierigeren Umständen nicht weniger Standhaftigkeit bewiesen. Dimitroff stand von Angesicht zu Angesicht mit dem grimmigsten Klassenfeinde. Keine Indizien hat es gegen ihn gegeben und geben können. Der Staatsapparat der Nazis war erst in Bildung und zu totalitären Fälschungen noch unfähig. Dimitroff wurde vom gigantischen Apparat des Sowjetstaates und der Komintern gestützt. Es drangen zu ihm überall die Sympathien der Volksmassen. Freunde saßen im Gerichtssaal. Es hat nur ein durchschnittlicher menschlicher Mut dazu gehört, um 'Held' zu werden. War denn die Lage Sinowjews und Kamenjews vor dem Gericht dieser ähnlich? Zehn Jahre waren sie umgeben von mit schwerem Gold bezahlten Wolken der Verleumdung. Zehn Jahre schaukelten sie zwischen Leben und Tod, anfangs im politischen Sinne, dann im moralischen und endlich im physischen. Kann man im Verlauf der gesamten Geschichte viele Beispiele solcher systematischen, raffinierten, teuflischen Demolierung des Rückgrates, der Nerven, aller Fiber der Seele finden?" (Trotzki, "Stalins Verbrechen", Seite 9o)

Hinzu kam der Rückgang der internationalen Arbeiterbewegung, die Isolierung und das entmutigende Erstarken des Faschismus, daß den Revolutionären von einst jede Selbstachtung und Perspektive geraubt hatte.

Gegen den faschistischen Henker, gegen den Klassenfeind zu kämpfen und die Revolution als Rückendeckung zu haben, ist etwas grundlegend anderes als nach jahrelanger Demoralisierung dem Parteiapparat gegenüberzustehen, der sich auf die Oktoberrevolution beruft, der die Gefahr des Faschismus und des Krieges an die Wand malt.

"Hunderte und Tausende kommunistischer, sozialistischer und anderer Kader, die sich der Sowjetbürokratie oder dem Kapitalismus anpassen, wären unfähig gewesen, auch nur ein Hundertstel des ununterbrochenen und wahnwitzigen Drucks auszuhalten, dem Sinowjew, Kamenjew und die anderen ausgesetzt waren". (Leo Sedow, "Rotbuch über den Moskauer Schauprozeß", Seite 39)

DIE BEDEUTUNG DER GESTÄNDNISSE

Die Geständnisse, so offensichtlich erzwungen, unlogisch und inkonsequent sie auch aufgebaut waren, so sehr sie den Reden des Staatsanwaltes auch glichen, sie waren für die Bürokratie wichtig, denn bei den Prozessen wurde kein einziges Dokument, kein einziges Beweisstück erbracht, nicht ein unparteiischer Zeuge vorgeführt. Der Gesamtkoeffizient aller 'Geständnisse' war letztlich der, daß Trotzki vom Ausland her geheim Morde geplant und terroristische Instruktionen erteilt habe. Diese Geständnisse waren notwendig,um mit der GPU einen'Kompromiß' schließen zu können, der den Angeklagten einen Hoffnungsschimmer an Überlebenschance ließ.

Friedrich Adler, der Sekretär der II. Internationale, ein unversöhnlicher Gegner Trotzkis, schätzte diese Geständnisse völlig richtig ein, wenn es dazu sagte: "Der praktische Zweck dieser Aktionen bildet das schändlichste Kapitel des ganzen Prozesses. Es geht um den Versuch,Trotzki des Asylrechts in Norwegen zu berauben und gegen ihn eine Hetze zu veranstalten, die ihm die Möglichkeit nehmen soll, irgendwo auf dem Erdball zu existieren..." (zitiert nach: Trotzki, "Stalins Verbrechen", Seite 7o)

Daß die Angeklagten für die Bürokratie keine wirkliche Gefahr mehr darstellten, daß wußten sowohl sie als auch die GPU! Es ging auch nicht mehr um Sinowjew und Kamenjew, sie hatten längst jeden Einfluß verloren. Es ging um Trotzki, der sich nicht ergeben hatte, der den Kampf in der internationalen Arena weiterführte und zur großen Gefahr für die Bürokratie, insbesondere vor der Perspektive des herannahenden Krieges werden konnte. Er mußte mit Terrorismus und mit der Gestapo in Verbindung gebracht werden. Auf mögliche Einwände, daß man den zutiefst kompromittierten Angeklagten nicht mehr glauben werde, hätten die Beamten der GPU sicherlich geantwortet:
"Ob die Eingeweihten glauben werden,ist gar nicht so wichtig, es werden nicht viele von ihnen wagen zu protestieren. Das Leugnen der Faschisten kann uns nur von Vorteil sein. Die Demokratie? Sie wird schweigen. Die französische und die tschechische Demokratie wird den Mund voll Wasser nehmen aus politischen Erwägungen. Leon Blum hängt von den Kommunisten ab und diese Gesellschaft wird tun, was wir ihr befehlen. Die Freunde der Sowjetunion? Sie werden alles schlucken, schon um ihre Blindheit nicht einzugestehen. Die Weltbourgeoisie, die Trotzki als den Prediger der permanenten Revolution kennt, kann kein Interesse daran haben, ihn gegen uns in Schutz zu nehmen. Die Presse der IV.Internationale ist noch schwach. Zu den Massen wird somit nur das durchdringen, was wir sagen werden und nicht was Trotzki sagt" (Trotzki, 'Stalins Verbrechen', Seite 69)


NIKOLAI J. BUCHARIN


ALEXEJ RYKOW


KARL RADEK

Heute mag es verwundern, daß die Moskauer Prozesse nicht auf mehr Widerspruch stießen, als dies geschah. Zum ersten war es klar, daß die Bourgeoisie sehr wohl den Wert Stalins und der Prozesse erkannte. Man mag in diesem Zusammenhang nur an die zustimmenden Äußerungen Churchills und Hitlers denken. Zum zweiten saß in den Gerichtssälen ein ausgewähltes Publikum, daß aus GPU-Agenten bestand, die an bestimmten, vorher einstudierten Stellen, lachten, ihren Unmut äußerten oder schimpften. Wenn man dies alles bedenkt, dann wird verständlich, warum weder die offensichtlichen Widersprüche und Ungenauigkeiten in der Anklageschrift, noch der ersichtlich erzwungene Charakter der Geständnisse auf mehr Widerspruch stießen.
Der Prozeß der 16 fand in der zweiten Hälfte des Augustes im Jahre 1936 statt. Ende November wurde in Sibirien ein zweiter 'Trotzkistenprozeß' abgewickelt, der eine Ergänzung zum Sinowjew/Kamenjew-Prozeß und die Vorbereitung des Radek/Pjatakow-Prozesses darstellte.

Ein deutscher Ingenieur, ein wirklicher oder tatsächlicher Gestapo-Agent,wurde beschuldigt, gemeinsam mit sibirischen 'Trotzkisten' Industriesabotage betrieben zu haben. In den verschiedensten Landesteilen wurden daraufhin deutsche Techniker verhaftet. Sie sollten offensichtlich die 'Verbindung' der 'Trotzkisten' zur Gestapo personifizieren. Die meisten dieser Deutschen, die für die Sowjetregierung arbeiteten, waren auch wirklich Agenten der GPU oder der Gestapo, bzw. beides, lieferten also so genügend Fälschungsmaterial.

Diese Prozesse, sowie der folgende 2. Schauprozeß waren als 'Untermauerung' der Kampagne gegen Sinowjew und Kamenjew nötig, die lediglich auf 'Geständnisse' aufgebaut war, also ohne jedes Indiz auskommen mußte.

DER PROZESS DER SIEBZEHN

Am 19. Jänner des Jahres 1937 berichtet TASS, daß am 23. dieses Monats ein neuer 'Trotzkistenprozeß' beginne, dessen Hauptangeklagte Radek, Pjatakow, Sokolnikow, Serebrakow und andere seien. In der kurzen verbleibenden Zeit konnte die internationale Arbeiterbewegung nicht mehr intervenieren; Zeugen,die die Anklage erschüttern konnten, hatten keine Gelegenheit nach Moskau zu kommen und so saßen wieder nur auserwählte Zuseher in den Bänken des Gerichtssaales.

Sowohl Radek, wie auch Pjatakow hatten der Bürokratie unschätzbare Dienste geleistet, Stalin Loblieder gesungen, gegen die Opposition gearbeitet und die Politik der Bürokratie, als ehemalige Mitglieder der Opposition, theoretisch untermauert. Sie waren für die Bürokratie von großem Nutzen gewesen. Warum also der Prozeß gegen sie?

"Obwohl Pjatakow ehemals Oppositioneller gewesen war, nahm ihn die Bürokratie in ihr ZK auf, und er bekleidete den Posten des stellvertretenden Volkskommissars für Schwerindustrie. Und nun im Jahre 1936 stellte sich plötzlich heraus, daß der Mann, der zwölf Jahre lang die Industrie geleitet hatte, in Wirklichkeit nicht nur ein 'Terrorist', sondern Saboteur und Gestapo-Agent war.
Nachdem Radek die Opposition verlassen hatte, wurde er zum Lautsprecher der Bürokratie gegen die Opposition.
Sokolnikow, der 1927 kapitulierte wurde von der Bürokratie freudig aufgenommen, ist aber 1937 nach zehnjähriger Arbeit in ein Staatsverbrechen verwickelt.
Sie alle sind der ökonomischen und militärischen Sabotage, der Beihilfe zur Restaurierung des Kapitalismus und sogar der Massenausrottung von Arbeitern angeklagt.
Pjatakow, der faktische Leiter der Industrie während zweier Fünfjahrespläne soll die Hauptfigur bei den Sabotageakten gewesen sein? Vor den Augen aller konnte er, der GPU verborgen jahrelang Sabotage betreiben? 'Warum haben unsere Leute nichts bemerkt' stellte Stalin die Frage, der nicht auszuweichen war. Die Antwort lautete: 'Unsere Parteigenossen waren in den letzten Jahren von der wirtschaftlichen Arbeit völlig in Anspruch genommen und haben alles andere vergessen' ...Hingerissen von den wirtschaftlichen Erfolgen haben die Leiter die Sabotage 'einfach nicht beachtet'. Einfach nicht beachtet. Hatten dafür kein Interesse. Von welcher wirtschaftlichen Arbeit waren diese Menschen so in Anspruch genommen, daß sie die Vernichtung der Wirtschaft zu übersehen vermochten? Wer eigentlich sollte die 'Sabotage' beachten,wenn deren Organisatoren selbst die Organisatoren der Wirtschaft waren?" (Trotzki, 'Stalins Verbrechen', Seite 354)

Nach den Mißerfolgen bei der Durchführung der Schauprozesse war Stalin gezwungen,auf öffentliche Prozesse zu verzichten. Nachdem die bolschewistische Partei enthauptet war, ging die Bürokratie nun zur Enthauptung der Armee über. Die alte Garde der Bolschewiki aus der Zeit des Zarismus war ermordet, die folgende Generation von Revolutionären mußte zum Sündenbock gestempelt werden. Männer wie Tuchatschewski und Garmanik wurden zu Verrätern gestempelt und auf die Liste der 'Feinde des Volkes' gesetzt. Nach ständigen Versetzungen und Verhaftungen erschoß sich Garmanik am 31. Mai 1937 (oder wurde erschossen). Neben Tuchatschewski und Jakir wurden andere Spitzen der Roten Armee zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Anklage lautete auf Kollaboration mit feindlichen Mächten gegen die Sowjetunion. Die Helden des Bürgerkrieges, die besten Heerführer des Landes wurden umgebracht, die Rote Armee ihres organisatorischen Kopfes beraubt und das zu einer Zeit in der die UdSSR ihre besten militärischen Kader notwendig gebraucht hätte!

Der 3. Moskauer Schauprozeß gegen Bucharin und seine 'Mitverschwörer' unter denen auch Jagoda, der Inszinator des ersten Schauprozesses war, der nach der Logik der Anklage 'Trotzkisten' im Auftrage Trotzkis liquidiert hatte, war der Höhepunkt der Verhöhnung der Geschichte. Die Bürokratie warf ausgerechnet Bucharin, dem einstigen Liebling Lenins und der gesamten Partei vor, Attentatspläne gegen Lenin geschmiedet zu haben. Daß schließlich auch Jagoda unter Anklage stand, zeigt wie sehr der Diktator seine eigenen Kreaturen fürchtete, die Zeugen seiner Fälschungen und Verbrechen geworden waren.

WAS WAREN DIE WAHREN GRÜNDE FÜR DIE PROZESSE?

Schon im Jahre 1929 beschuldigte die Sowjetpresse die 'Trotzkisten' der 'Sabotage', 'Spionage', 'Vorbereitung von Eisenbahnkatastrophen' usw. Doch damals war die Durchführung von Prozessen noch nicht möglich, die Bürokratie mußte sich auf deren Vorbereitung beschränken. Zur Rechtfertigung von Repressalien brauchte man falsche Beschuldigungen; um diesen selbst wieder größeres Gewicht zu verleihen, brauchte man die Prozesse und härtere Repressalien. Die Bürokratie mußte Beschuldigungen erfinden, die die 'Trotzkisten' in Widerspruch zu den revolutionären Errungenschaften stellte, denn obwohl die Bürokratie die internationale Revolution sabo-

Joseph Stalin -
der Henker der bolschewistischen Partei



(1) Am 7. April 1935 wurde in der Sowjetunion die Todesstrafe für Kinder ab dem 12. Lebensjahr an eingeführt. Entsprechend dem Erlaß vom 9.Juni 1935, Art. 58, wurde die Sippenhaftung praktiziert.

tierte und schließlich auch bekämpfte, so war ihre Existenz doch an die materiellen Grundlagen des Arbeiterstaates gebunden.

Von der Sozialdemokratie und der liberalen Öffentlichkeit wird die damalige Entwicklung in der Sowjetunion als ein Machtkampf zwischen Stalin und Trotzki dargestellt. Viele von denen, die man als 'Trotzkisten' bezeichnete, wurden in der Sowjetunion verfolgt, zehntausende davon ihres Rechts auf Arbeit beraubt, ihre Familien und Freunde verhaftet, gefoltert und ihrer Umgebung völlig abgeschnitten. Tausende wurden ermordet - und das alles nur wegen des 'Machtkampfes zwischen Stalin und Trotzki'? Wer soll so etwas absurdes glauben?

Die Gründe dafür, warum man die alte Garde des Bolschewismus in 'Faschisten' verwandelte, liegen viel tiefer. Das ursprüngliche Ziel der Oktoberrevolution war der Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, einer Gesellschaft ohne Privilegien, ohne Unterdrückung durch die staatliche Gewalt.

Diese Ziele standen im offenen Gegensatz zur Realität. Eine Bürokratie saß - und sitzt noch heute - auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern, es gab keine Selbstverwaltung der Bürger, keinerlei demokratischen Rechte und zu alledem noch Hunger und Elend. Die Bürokratie verfügte über die Reichtümer des Landes, sie brachte durch Verleumdung, Fälschung und Gewalt die kommunistischen Grundsätze völlig in Verruf - denn alle ihre Taten geschahen im Namen der Oktoberrevolution. Lüge und Duckmäusertum beherrschten das Leben der Sowjetunion. Die objektiven Schwierigkeiten - die Isoliertheit des Landes und dessen Zurückgebliebenheit - wie die subjektiven Fehler der Bürokratie wurden nun mit dem Boykott und der Schädlingsarbeit der 'Trotzkisten' (die man ja als Faschisten bezeichnete)'erklärt', um so die Schuldigen für die offensichtliche und überall spürbare Misere zu haben, die als Sündenböcke fungieren konnten. Dazu brauchte man bekannte Führer der Partei, die Autorität besaßen, alte Bolschewiki, die 'ihre Schuld' glaubhaft und offen auf sich nehmen mußten und so die Last des Versagens und Verbrechens von den Schultern der Bürokratie nahmen.
Die Anschuldigungen wurden immer gewichtiger, die angeblichen Verbindungen zur Bourgeoisie immer monströser, bis man schließlich so weit ging, sie der Zusammenarbeit mit der Gestapo zu beschuldigen.

Doch die Prozesse, die Liquidierung der besten Armeekader, all das war nur die Spitze des Eisberges. Arbeitslager, in denen Millionen Zwangsarbeit leisten mußten, Verhaftungen, Bespitzelung aller, die nur im Geringsten den Verdacht aufkommen ließen, mit der Opposition zu sympathieren - so hielt die Bürokratie ihre Herrschaft aufrecht.

Jeder berechtigte Widerstand, der sich erhob, wurde im Keim erstickt, die freie Meinungsäußerung, die Arbeiterdemokratie mit Füßen getreten - die internationale Revolution verraten (Spanien 1936).

Millionen Menschen in der ganzen Welt indentifizierten die Oktoberrevolution mit der thermidorianischen Bürokratie, mit der Sowjetunion unter der Stalin-Clique, mit dem demoralisierten Apparat der Komintern. Damit hat der Stalinismus der Sache der Revolution weit mehr Schaden zugefügt, als es der Faschismus jemals vermochte.

"Inseinen Unterdrückungsmethoden war Stalin ein Lehrmeister. Wenn Hitler seine politische Strategie formuliert: 'Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer nur als eine Kategorie erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifelns am eigenen Recht führt' (Mein Kampf). Dieses Prinzip ist der marxistischen Politik, wie auch jeder wissenschaftlichen Erkenntnis direkt entgegengesetzt, die letztere beginnt mit der Zergliederung, der Gegenüberstellung, der Aufdeckung nicht nur der hauptsächlichen Unterschiede - sondern auch der Übergangsnuancen... Die Methode der Stalinschen Politik, die ihren vollendetsten Ausdruck in den Geschichtsfälschungen gefunden hat, entspricht vollständig Hitlers Konzept" (Trotzki, "Stalins Verbrechen", Seite 348)

Alle, die sich vor der regierenden Moskauer Bürokratie nicht beugten, waren von nun an, eine faschistische Masse.

Wie sehr die Bürokratie bei ihren Fälschungen in Widersprüche verstrickt wurde, läßt sich nicht nur an den bekannten 'Ausrutschern' der Ankläger festmachen (so war das Hotel "Bristol", in dem sich Trotzki angeblich mit einigen Angeklagten getroffen hatte, zu diesem Zeitpunkt schon längst abgerissen), sondern vor allem an der Tatsache, daß Stalin gezwungen war, indirekt ein Eingeständnis zu machen, daß es unmöglich ist, in einem Land die klassenlose Gesellschaft aufzubauen.

Sabotage war eine der zentralen Punkte der Anklage. Wieso konnte es aber in einem Land des 'triumphierenden Sozialismus' ein soziales Milieu geben, das erfolgreicheSabotage möglich machte? Stalin gab die Antwort: "Je weiter wir vorrücken, um so verbitterter werden die Reste der zerschlagenen Ausbeuterklassen sein".

Es ist also einem erbitterten - vom Volk isolierten Rest der Bourgeoisie möglich, die Sowjetunion zu zerstören, oder zumindest empfindlich zu schädigen? Dann war es aber um diesen Staat nicht sehr gut bestellt. Die wirkliche politische Triebfeder für die Säuberungen bestand eben nur im Selbsterhaltungstrieb der Bürokratie, die alle zerstörte, die eine revolutionäre Vergangenheit hatten, die die Prinzipien des Sozialismus verkörperten und für die Weltrevolution gekämpft hatten. So sehr aber diese Prozesse, Säuberungen, Internierungen und Verbannungen die Bürokratie auch zusammengeschmiedet hatten, so sehr sie ihre Macht im Staate auch gefestigt hatte, so sehr hatte sie sich von ihrer sozialen Basis, von der letztlich ihre Existenz abhängt, gelöst. Haß, Widerstand und Passivität in den Betrieben, war die Reaktion, die mit erneuerten Unterdrückungsmethoden beantwortet wurde.

Aber selbst die Sowjetaristokratie, für die die Stalin-Clique die Revolutionäre liquidierte, konnte nicht einmal mehr die entstellte Form des Bolschewismus dulden, sie wollte auch verbal von jeder Art des 'Bolschewismus' befreit sein, was Stalin selbst immer wieder brauchte um seine Clique handlungsfähig zu halten. Wie sehr selbst der Unterdrückungsapparat der Bürokratie diszipliniert werden mußte, zeigten die Säuberungen innerhalb der Reihen der GPU.

Auf den Gegensatz zwischen Bürokratie und Massen erwuchs ein Bonaparte, der sich bei seinem Aufstieg auf die Bürokratie stützte, doch beim Niederhalten allzu weitgehender Forderungen der Bürokratie, die Unterstützung der Massen suchen mußte.

Doch die Dynamik dieser Entwicklung zwang ihn schließlich die letzten Reste revolutionären Gedankengutes auszurotten - sonst wäre der Stalinismus zwischen diesen beiden Kräften zerrieben worden.

Bei den Moskauer Prozessen handelt es sich nicht um ein Spektakel, das die Macht der Thermidorianer für alle Zeiten sichern sollte, sondern sie spiegelten die politische Lage wider. Viele unbekannte Prozesse in allen Teilen der Sowjetunion und später in den 'Volksdemokratien', erfüllten alle nur den einen Zweck - unbeliebte Opposition im Keim zu ersticken. Daß es sich nach der erfolgreichen Liquidierung fast aller Revolutionäre später nur mehr um stalinistische Bürokraten handeln konnte, die auf der Anklagebank saßen, war unumgänglich.

Die heutige Situation in China zeigt wie gleichartig sich die Stalinisten heute in China heute verhalten. Langjährige Führer der KPCH, werden plötzlich zu "konterrevolutionären Agenten der Bourgeoisie, die den Kapitalismus restaurieren" wollen, zu "Hunden, deren Köpfe man abschlagen" muß, zu "Banden", die die Führung der VR China ermorden wollten usw. Erinnert das alles nicht fatal an die Praktiken der Moskauer Prozesse?

I-CL der 'Notwendigen Internationalen Initiative' beigetreten

Am 24. 9. 1976 ist die britische revolutionäre Organisation I-CL (International-Communist League) der 'Notwendigen Internationalen Initiative' (N.I.I.) beigetreten. Im Rahmen der 'Notwendigen Internationalen Initiative' versucht die IKL durch die Diskussion grundlegender programmatischer Fragen und der aktuellen Erfahrungen anhand der Brennpunkte des internationalen Klassenkampfes die Voraussetzungen für die Bildung einer internationalen demokratisch-zentralistischen Tendenz zu schaffen. Eine solche Tendenz wäre ein richtiger Schritt vorwärts in Richtung auf den Wiederaufbau der IV. Internationale. Die N.I.I. selbst ist noch keine Tendenz, sie ist ein Forum der Diskussion und Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die einander zwar programmatisch nahestehen, zwischen denen aber durchaus geklärte und ungeklärte Differenzen bestehen (Siehe Text der 'Notwendigen Internationalen Initiative' in PR 2). Die bisherigen Träger der N.I.I. waren außer der IKL der deutsche Spartacusbund und die italienische FMR, die sich inzwischen zur Lega Comunista erweitert hat. Durch den Beitritt der britischen Genossen ist die 'Notwendige Internationale Initiative' qualitativ und quantitativ gestärkt worden. Die I-CL ist im Dezember des Vorjahres aus einer Fusion der Gruppen Workers' Fight und Workers' Power entstanden. Die Gruppe Workers' Fight existierte bereits seit Mitte der 60er Jahre, Workers' Power ging aus der ehemaligen Linken Fraktion von IS hervor. Die politische Linie der I-CL kommt in der Wochenzeitung 'Workers' Action' zum Ausdruck, als theoretisches Organ dient der 'International Communist'.

Hier der Wortlaut der I-CL Erklärung:

"Die I-CL erklärt ihre Teilnahme am Rahmen der 'Notwendigen Internationalen Initiative' auf der Basis von:

1) Übereinstimmung in wichtigen programmatischen Fragen, die die portugiesischen Erfahrungen betreffen,
2) Übereinstimmung in bestimmten Punkten, die die IV. Internationale betreffen:
   - daß keine IV. Internationale in der Tradition von Trotzkis IV. Internationale existiert,
   - daß Kommunisten arbeiten müssen, eine Internationale in der Tradition von Trotzkis IV. Internationale aufzubauen,
   - daß die Aufgabe nicht nur organisatorischen Wiederaufbau erfordert, sondern auch programmatische Erneuerung.

Während wir am Rahmen der N.I.I. teilnehmen - die keine demokratisch-zentralistische Internationale Tendenz ist - verbergen wir nicht die ernsten Differenzen in der Analyse der Krise der IV. Internationale, wie sie in unseren Abänderungsvorschlägen zur 'Notwendigen Internationalen Initiative'ausgedrückt sind.

Wir weisen die Absicht zurück, daß der politisch-ideologische Kollaps der IV. Internationale zu Beginn des zweiten Weltkrieges stattgefunden hat; und wir halten das Konzept des 'Pabloismus' für inhaltsleer und in eine falsche Richtung weisend.

In gleicher Weise ignorieren wir nicht die Möglichkeit, daß diese analytischen Differenzen sich als Ausdruck dahinterliegender programmatischer Differenzen erweisen können, die eine systematische Zusammenarbeit unmöglich machen. Über diese Möglichkeit muß jedoch auf der Grundlage des Ergebnisses von Diskussionen und Zusammenarbeit entschieden werden, sie darf nicht als Hindernis für solche Diskussionen dienen."

FORTSETZUNG VON SEITE 7

deutsche Dichter in der Sowjetunion vor Gericht gezerrt wurden oder überhaupt verschwanden. Ebenso kläglich war die Rolle Brechts während der Revolution 1953 in der DDR. Seine Kritik an der Unterdrückung der Revolution bestand darin, dass er ironisch feststellte, dass sich die Regierung der DDR, am besten "ein neues Volk" wählen sollte. Eben ein Dichter ...

Beschämend, wenn Biermann in Köln feststellt: "Der 17.Juni hat als demokratische Revolution der Arbeiterklasse begonnen und ging dann sehr schnell in einen faschistischen Aufstand über". Wie bei der ungarischen Revolution, so tauchten wohl auch plötzlich in der DDR die 'Faschisten' auf und übernahmen sofort die Führung. Hier übernimmt Biermann einfach die 'harmlose' stalinistische Version (nach der der Ausgangspunkt zwar berechtigt, der Verlauf aber faschistisch ist), ohne darüber nachzudenken. Und das ist schlecht. Nebenbei gesagt, muss er sehr absurdes Verständnis des Faschismus haben.So geht es Hand in Hand mit dem anderen. Die Hoffnung auf die Selbstreformierung der SED, der 'Ausweg' im 'Euro-Kommunismus' und die Rechtfertigung der Niederschlagung der politischen Revolution 1953. Ein sympathischer Kritiker, der schöne Gedichte schreibt und Gitarre spielen kann.



Weder Havemann noch Biermann konnten von sich aus mit dem Stalinismus brechen. Dieser wird nicht als politische Methode erkannt, sondern als 'Terror', 'Unfreiheit' usw. Und da ist eben Berlinguer, der heute am liebsten unter dem Rock des Papstes Platz nehmen möchte, sympathischer als Ulbricht. Obwohl wir glauben, der hätte gegen diesen Platz auch nichts einzuwenden gehabt.

Am politischen Schicksal dieser beiden Kritiker wird aber auch die große Verantwortung sichtbar, die die Revolutionäre gegenüber der Arbeiterklasse und allen Regimekritikern in den deformierten Arbeiterstaaten haben. Völlig abgeschnitten von jeder revolutionären Kontinuität, jeder revolutionären Literatur, abgeschnitten von der Auseinandersetzung mit Genossen, die eine Weiterentwicklung des engen Blickpunktes ermöglicht, kommen sie nicht weiter, als vom 'harten' zum 'sanften' Stalinismus, der in der praktischen Bedeutung um nichts weniger eine Niederlage der Arbeiterklasse bedeutet als der erstere.

Die volle uneingeschränkte Solidarität mit Biermann und Havemann kann uns nicht davon abhalten, ihre politischen Vorstellungen abzulehnen urd zu kritisieren. Die Genossen brauchen mehr als die euphorische 'Kuss-Händchen'-Stimmung, zu der die meisten Linken allerhöchstens fähig sind. So werden sie niemals begreifen, dass der einzige Ausweg, die einzige Alternative, nur in der politischen Revolution, in der Zerschlagung des stalinistischen Apparates und in der Errichtung der Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland liegt.

Einen schlechten Dienst erweisen ihnen diejenigen, die zu nichts anderem als Applaus fähig sind. Diese Solidarität kommt über den Plattenteller nicht hinaus. Und das ist wenig ...

GEGEN BOURGEOISIE UND STALINISTISCHEN APPARAT - ARBEITERDEMOKRATIE IN GANZ DEUTSCHLAND!

SOFORTIGE ZURÜCKNAHME DER AUSBÜRGERUNG VON WOLF BIERMANN!

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES BERUFSVERBOTES FÜR HAVEMANN UND BIERMANN IN DER DDR!

Italien: Gründung der Lega Comunista

In diesem Herbst wurde in Italien eine revolutionär-marxistische Organisation gebildet, die LEGA COMUNISTA (FMR). Die junge Organisation ist aus der Vereinigung der FMR (Frazione Marxista Rivoluzionaria) mit Arbeitergenossen, vor allem aus dem Circolo Karl Marx in Rom entstanden. Sie verfügt über vier Ortsgruppen.

Die FMR hatte ihren Ursprung in der gleichnamigen Oppositionstendenz in der italienischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats'. Sie gehörte auf dem X. Weltkongreß der internationalen 'Mezrayonka'-Tendenz an.

Politische Grundlage der Lega Comunista ist die programmatische Deklaration der FMR, die in sechs Teilen im 'Bolletino' veröffentlicht wurde, ferner Dokumente, die noch vor dem Ausschluß der FMR aus dem VS ausgearbeitet wurden.

Die Lega Comunista (FMR) nimmt teil an der 'Notwendigen Internationalen Initiative'. Sie hat ihre politische Arbeit mit der Herausgabe der Monatszeitung 'La Classe' begonnen, deren erste Nummer bereits erschienen ist und über uns bezogen werden kann. Wir wünschen den Genossen bei ihrer gewiß nicht leichten Aufgabe (es gibt drei große zentristische Organisationen mit eigenen Tageszeitungen) der Neuformierung des Trotzkismus in dem klassenpolitisch so wichtigen Italien viel Erfolg!

Bankrott der Minderheitenfeststellung

So eilig dürfte es die Regierung nicht haben. Genauere Ergebnisse der Minderheitenfeststellung wird es erst Ende des Jahres geben. Selbst bürgerliche Zeitungen kommen nicht umhin, verstohlen anzudeuten, daß die Argumente der Parlamentsparteien nicht so ernst genommen werden dürfen: "In Wahrheit ist die ganze Zählerei überflüssig, denn in Wahrheit weiß man ganz genau, wo wieviele Slowenen und Kroaten wohnen." (Kurier, 13. November 1976) Und - so heißt es weiter - die Regierung habe den Kärntner Organisationen nachgegeben, dh. unter anderen auch dem 'Kärntner Heimatdienst' Welch traute Eintracht des Kurier ... mit der KPÖ!
Jedenfalls übergeht die bürgerliche Journaille die wirklichen Hintergründe dieser 'Sprachenerhebung'. Die Rechtsextremen ließen sich auch am 14. November ihre Dreckpropaganda nicht nehmen. Mit Plakaten, Spruchbändern und Flugzetteln deckten sie die Kärntner Bevölkerung ein: "Kärnten, entscheide am Sonntag nur so: deutsch, wenn du kein Slowene sein willst!" Mit mehr oder weniger offenem Druck die Minderheitenzahlen niedrig zu halten und zugleich vor allem die Slowenen einzuschüchtern - das war der Hauptzweck dieser Zählung! Eine solche Logik mußten die Arbeiter und Bauern ablehnen und die Minderheitenfeststellung aktiv boykottieren!
Wie stark sich der Druck auf die Minderheiten ausgewirkt hat, zeigen etwa die bisherigen Ergebnisse in rein slowenischen Bergbauernortschaften in den Karawanken, wo ein großer Prozentsatz von "deutsch" (!) angekreuzten Zetteln abgegeben wurden. Die Massenmedien berichten zudem von überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligungen in gemischtsprachigen Gebiet (von bis zu 97% in Südkärnten spricht der Kurier). Ohne Zweifel weist dies, sowie die Wahlbeteiligung im gesamten Kärnten (86%) auf den psychischen Terror hin, der in den letzten Monaten über dieses Bundesland hinweggezogen ist. "Bleib' Kärnten treu, sonst...!" Trag' deutsch ein, sonst....! Geh' wählen, sonst...!
Nur 2600 soll es jetzt im zweisprachigen Gebiet geben. 1971 waren es immerhin noch cã 21 000! Bemerkenswert hiebei ist die Tatsache, daß in den meisten gemischtsprachigen Gemeinden mehr ungültige Wahlzettel aufschienen als slowenisch angekreuzte. Hier wurden den Machenschaften des kapitalistischen Staates eindeutig ein Strich durch die Rechnung gemacht!
Die Resultate in den anderen Bundesländern zeigen, daß sich die Arbeiterklasse im wesentlichen unpolitisch verhalten hat (durchschnittliche Wahlbeteiligung 25%). Diese Passivität muß nicht unbedingt ein Stein im Brett der nationalen Minderheiten sein. Die 'Sprachenerhebungskampagne' hat zweifellos die weitverbreiteten Vorurteile - auch in der Arbeiterschaft - gefördert. Bei wievielen war es halt Faulheit, wenn sie nicht ins Wahllokal gegangen sind, um ihre deutsche Sprache als 'Protest' gegen die 'aufmüpfigen' Minderheiten anzugeben?!

Der kapitalistische Karren schlittert auch nach dem 14. November weiter - mit allen Nachteilen für die ausgebeuteten Massen und besonders für die nationalen Minderheiten. Wagners bürokratische Euphorie: "Jetzt nach der Sprachenerhebung beginne eine Phase der Ernüchterung und der erneuten Bereitschaft, miteinander zu reden." (AZ, 14. November 1976) ist völlig fehl am Platz. In die Packelei der Parlamentsparteien sollen nun vermutlich - nachdem man ihnen ordentlich 'eingeschenkt' hat - die Slowenenführer direkter einbezogen werden. Diesem 'Miteinander' aber kann tatsächlich nur eine 'Ernüchterung' folgen - wenn nämlich neue Massenbelastungen kommen, wo dann die eingeschüchterten nationalen Minderheiten unter dem Druck einer nationalistisch verrissenen deutschsprachigen Bevölkerung den größten Teil der Suppe auszulöffeln haben. Doch unbeirrt lassen GRM und KB ihre 'Antworten' weiter erschallen: Der Kampf um demokratische Rechte muß weitergehen!

Die Beschränktheit der GRM- und KB Politik ist zweifellos nicht die Ursache für die unbefriedigende Situation im österreichischen Klassenkampf. Doch sollten ihre besten Genossen verstehen, wie die Perspektivlosigkeit der 'Linken' heute die fortgeschrittensten Arbeiter an einer bewußtseinsmäßigen Weiterentwicklung hemmt. In allen Veranstaltungen und Publikationen der 'Linken' (die GRM trat nirgends offen auf) wehte durchwegs ein penetrant banausisches Lüftchen, das man der typisch wienerischen 'Gemütlichkeit' zuschreiben könnte, wären Reformismus und Opportunismus nicht Übel der internationalen Arbeiterbewegung. Wo nur fand man eine Andeutung, daß demokratische Rechte nicht Garant für ein sicheres Leben im Kapitalismus sind, sondern Hilfsmittel für seinen Sturz? Wo hörte man auch nur einen Satz darüber, wie dieser Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen ist - ein Kampf, dessen Reichweite über die demokratischen Forderungen hinausgehen muß und in dem erst die breite Einheit der Massen aller Volksgruppen entstehen kann!?
Freilich, die revolutionäre Perspektive müßte heute gegen das Gros der Arbeiterklasse und gegen die Überzahl der 'Neuen Arbeitervorhut' vertreten werden. Das darf allerdings niemals heißen, den fortgeschrittensten Arbeitern dierevolutionäre Logik vorzuenthalten! "Schon in nächster Zeit kann er (der Imperialismus) zu einer ganz und gar 'undemokratischen' Offensive gegen die Massen antreten, wo dann jedes demokratische Gefasel unnützes Geschwätz sein muß. Die fortgeschrittenen Arbeiter müssen darauf vorbereitet sein." (Permanente Revolution Nr. 3/4, S.10) Trotzki meinte einmal, daß Kommunisten es verstehen müssen, "gegen den Strom zu schwimmen in der tiefen Gewißheit, daß die neue historische Flut sie an das andere Ufer tragen wird." Wie sehr muß der 'Linken' diese Gewißheit fehlen!

LINKE AKTIVITÄTEN, OHNE EINEN SCHRITT VORWÄRTSZUKOMMEN

Gerade deswegen heißt es noch einmal,die Stumpfheit ihrer Argumentation aufzuzeigen, die sich so grell auf den Veranstaltungen (der des KSV und des KB auf der Universität Wien) und auf der Demonstration am 5. November offenbarte.

DIE KPÖ - IN ERSTER LINIE ÖSTERREICHER

Wir können uns hier über die Politik der KPÖ kurz fassen. Nichts Neues - außer vielleicht noch ein wenig mehr österreichischen Nationalismus - brachten die Aktivitäten (oder wie in Klagenfurt die Nichtaktivitäten) der Stalinisten zutage. Vom Auftreten des ZK-Mitgliedes Scharf auf der Wiener Uni bis zum Geleier des KPÖ-Lautsprecherwagens auf der Demo am 5. November ist es eine Linie, deren Krönung schließlich lautete: "Heute die nationalen Minderheiten - morgen Österreich!" Bedauernswerte Arbeiter aller Volksgruppen, die in der Politik der KPÖ überhaupt keine Rolle spielen. Es gibt noch KP-Arbeiter, die meinen, ihre Partei sorge sich nicht um das Wohl des kapitalistischen Österreich, sie kritisiere korrekt die bourgeoise Politik der SPÖ, sie kämpfe aktiv gegen die Illusionen in den bürgerlichen Staat. Doch seht euch die Hauptaussagen eurer Partei an! "Die Sondersprachenerhebung ist überdies (neben den "zum Fenster hinausgeworfenen 100 Millionen Schilling") gefährlich für g a n z Österreich." (Hervorhebung im Original !!!) Eine Lüge! Diesem Österreich hilft die Sprachenerhebung!
"Im Interesse der Demokratie (?) und des internationalen Ansehens Österreichs (!!) fordern wir von der Regierung und vom Parlament: Erfüllt endlich nach 21 Jahren den Artikel 7 des Staatsvertrages!" Noch einmal: Dieser kapitalistische Staat denkt niemals daran - und in der Krise noch weniger - Rechte für die Minderheiten durchzusetzen!
Zweifellos nicht aus einem Kriechertum vor der österreichischen Bourgeoisie wie bei der KPÖ, erklärt sich die Tatsache, daß die GRM eine ähnliche Losung übernommen hat. In ihrem Falle ist es der schier grenzenlose Opportunismus gegegenüber der 'Neuen Arbeitervorhut', wozu offensichtlich nun auch die Slowenen und deren Führung herhalten müssen.

Diesen Staat gilt es zu zwingen, nicht mit Bitten, sondern mit der Methode des proletarischen Klassenkampfes, mit einer klaren Perspektive bis hin zur Machteroberung durch die Arbeiterklasse! Man sieht, alles Sachen, mit denen die KPÖ nichts zu tun haben will.
Nur klar ist es dann, wenn eine Regierung, der nichts so

FORTSETZUNG AUF SEITE 12

★★★

KAMPF DER KLASSENJUSTIZ!

DER PROZESS GEGEN DIE DREI IBERIA - ANGEKLAGTEN

Am 4. 11. wurde der Prozeß gegen drei Teilnehmer an der Spanien-Demonstration vom vergangenen Herbst fortgesetzt. Daß dieses Verfahren nach den Widersprüchen und Ungereimtheiten, die während der Verhandlung auftauchten, überhaupt noch weitergeführt wurde, legt seinen offenen repressiven Charakter dar. Es sollen Exempel statuiert werden, um in Zukunft Vorfällen, wie jenen vor dem Iberia-Reisebüro,vorzubeugen; und es sollen Präzedenzfälle geschaffen werden, welche es ermöglichen, massiver gegen die linken Organisationen vorzugehen.

So kam es während des sich nun schon einige Monate hinziehenden Verfahrens zu Vorfällen, die beweisen, wie wenig es der bürgerlichen Justiz um 'Wahrheitsfindung' geht. Z. B. wurde einer der drei Angeklagten vom einzigen Zeugen der Staatsanwaltschaft mit den Worten: "Wenn der Angeklagte damals so ausgesehen hat, wie heute, dann war er es nicht" 'identifiziert'! Ein weiterer Angeklagter wurde von dem Zeugen von hinten durch das Aufblitzen seiner Brille (!) 'wiedererkannt'! Daß bei schwerverletzten Polizisten (die Anklage lautet auf schwere Körperverletzung) vom Gerichtssachverständigen keine Verletzungen festgestellt werden konnten, mutet als Lapalie an, betrachtet man die Ereignisse um den Fernsehfilm über die Spanien-Demonstration, welcher in der 'Zeit im Bild 2' am Abend der Demonstration gesendet wurde. In diesem Film ist die Mißhandlung von einem der drei Angeklagten durch die Polizei zu sehen. Nachdem jedoch die Staatspolizei den Film Anfang April zur 'Begutachtung' vom ORF angefordert hatte, tauchte dieser nie wieder auf und schließlich stellte sich heraus, daß laut ORF-Sendeprotokoll ein derartiger Film 'nie gesendet' worden ist. Sachen gibt's ...

Daß der Prozeß trotz all dieser Fakten trotzdem weitergeführt wurde, zeigt, worum es tatsächlich geht. Die aktive Solidarisierung mit der spanischen Arbeiterbewegung soll kriminalisiert werden.

Die Abwehrmaßnahmen der Linken Organisationen gegen diesen Schlag des bürgerlichen Staates offenbarten, wie wenig ernst sie diesen ersten Schritt der bürgerlichen Repression nehmen. Mit einer an Leichtsinn grenzenden, aus der Studentenbewegung herübergeretteten, Naivität ignoriert die Linke weitestgehend die Notwendigkeit einer breiten Aktionseinheit gegen die Klassenjustiz. So erstaunt es nicht weiter, daß die erste Aktionseinheit im Frühsommer an der Eigenbrötelei des 'Kommunistischen Bundes' und der Inaktivität der FÖJ und GRM scheiterte und die zweite im Oktober d. J. erst nach Bittgängen der Angeklagten zustandekamen. Dieses Desinteresse an einer Aktionseinheit wurde nur noch von jenem gegenüber dem Prozeß gegen die ÖBL übertroffen. Doch auch die zweite Aktionseinheit zum Iberia-Prozeß wurde nicht gerade vom Übereifer der 'großen' linken Organisationen getragen. Zwischen dem Tag der Bekanntgabe des Prozeßtermins (4. 11. 1976) und dem Tag der ersten Sitzung der Aktionseinheit verstrich nicht weniger als eine Woche. Eine Mobilisierung war dann nur mehr begrenzt möglich. Sage und schreibe ein Tag(!) blieb für die Verteilung eines gemeinsamen Flugblattes. Am Tag des Prozesses konnte daher nur eine kleine 30-Mann-Kundgebung vor dem Landesgericht durchgeführt werden, zu welcher KBÖ, MLS, FÖJ, GRM und IKL aufgerufen hatten und die sofortige Einstellung des Prozesses forderten. Wenn man berücksichtigt, welche 'Massen' die vier 'großen' Organisationen ansonsten mobilisieren können und wenn man weiters beachtet, daß der Termin der Kundgebung (vormittags) für die vor allem aus Studenten bestehenden Organisationen günstig war, dann sagt die Tatsache, daß von den 30 Kundgebungsteilnehmern 4 von der IKL waren, genügend aus...

Wenn man bedenkt, daß die Spanien-Demonstration des vergangenen Jahres, die erste 'Europa-reife' Demonstration in Wien seit Jahren war, dann mutet das Verhalten der GRM zu diesem Prozeß schon recht eigenartig an (man könnte es natürlich auch anders ausdrücken).

Der ersten Aktionseinheitssitzung im Juli blieb man überhaupt fern, ohne einen Grund dafür anzugeben, doch bei der zweiten Sitzung war dann immerhin ein Vertreter dieser Organisation anwesend. Der aber schränkte die zu erwartende Mobilisierung der GRM mit dem Hinweis auf die laufende Slowenen-Solidaritätskampagne sofort ein. Bei der Kundgebung vor dem Landesgericht war dann auch nur ein (!) Genosse der GRM anwesend. Lange nach dem Schluß der Kundgebung trudelten dann noch weitere 'Revolutionäre Marxisten' ein ...
Guten Morgen!

Doch immerhin lag damals die Vermutung nahe, daß die GRM eben alle Kräfte in die Slowenenkampagne steckt. Als jedoch einen Tag später die MLS ihre zentrale Slowenenveranstaltung durchführte, sah man wieder nichts von der GRM ...! Gewöhnlich gut informierte Kreise aus dem 'Linken Milieu' behaupten, daß dies eine neue Taktik der GRM sei. Net amol ignorieren ... Trotz aller politischen Differenzen, müssen wir diese Unterstellung schärfstens zurückweisen. So blöd ist die GRM doch auch wieder nicht ...

Es bleibt also offensichtlich nur mehr der Schluß, daß die Genossen der GRM die Slowenenkampagne bloß als Vorwand für ihr mangelndes Verständnis für die Solidarität mit den Iberia-Angeklagten benutzt hatten.

Die Verhandlung selbst war so öffentlich, daß, nachdem 19 Zuhörer den Saal betreten hatten, weitere Beobachter nicht mehr eingelassen wurden.

Die drei Angeklagten wurden zu je drei Monate bedingt verurteilt. Sie legten Berufung ein.

DER PROZESS GEGEN DIE ÖBL

Bevor wir direkt auf den Proezß gegen die ÖBL eingehen, muß noch festgestellt werden, daß diese Gruppe ein völliges Desinteresse an der Aktionseinheit gegen den Iberia-Prozeß an

FORTSETZUNG AUF SEITE 13

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Bankrott der ...

nahe liegt wie die Kapitalisteninteressen, in der Meinung der KPÖ vor den Rechtsradikalen lediglich zurückweicht: "Regierung vor Rechtsradikalen zurückgewichen!" (alles aus einem Flugblatt der KPÖ vom 5. November)

Auf dem Teach-in des KSV halfen Scharf & Co auch kaum ihre Argumente. Der einzige 'Verbündete' war ein politisch unreifes Publikum, dem es wohl nicht ansteht, in seiner jetzigen Verfassung die Namen Marxens oder Lenins in den Mund zu nehmen. Sie taten es - Marx sei Dank - auch nicht.

Einzig der Sprecher des KB drang ein wenig in die reaktionäre Sterilität der Moskaustalinisten ein und ging die von "Gefahren für Österreich" quaselnden KP-Referenten scharf an. Wir meinen, daß die Kritik an der KPÖ (die Stellung der KPÖ zur Regierung und zur SPÖ - in beiden Fällen ist sie auch nach der Meinung des KB eine kriecherische) teilweise korrekt war.

DIE MAOISTEN - EIN SCHRITT VORWÄRTS, DREI SCHRITTE ZURÜCK

Doch wie stark auch die Maoisten gegen die KPÖ wettern, auf ihrer eigenen Veranstaltung in Wien zeigte sich wieder, wie sie im Metier des stalinistischen Reformismus verbleiben. Stellen sie auf der einen Seite den Unterdrückungscharakter dieses Staates und die reaktionäre Eigendynamik der SPÖ-Regierung fest (sie treten auch nirgends für die Erfüllung des Artikel 7 ein, den der bürgerliche Staat durchsetzen soll), fordern sie andererseits nach wie vor im Zentrum ihrer Losungen ein Gesetz, das "jegliche Diskriminierung der Minderheiten durch die öffentliche Gewalt in Österreich verbietet." Niemals hörten wir auch nur ein Wort, lasen wir eine Zeile, wo sich der KB herabläßt, uns zu erklären, wer denn nun dieses Gesetz durchsetzt. Der kapitalistische Staat kann es wohl nicht sein, denn gegen den gilt es ja zu kämpfen; dessen Exekutive gemeinsam mit den rechtsradikalen Banden die Minderheiten niederknüppelt, die ihm ergebenen Parteien Spaltergesetze schaffen usw. Wollen wir realistisch bleiben (wir möchten dies aber nicht so wie der 'realistische' Nenning oder Muhri es tun verstanden wissen), so kann das nur das Werk einer kämpferischen Arbeiterklasse sein. Jeden Schritt, den sie setzt, erwidert die Bourgeoisie mit noch schärferen Gegenmaßnahmen: Demokratische Rechte mit einer rabiaten Gendarmerie, mit speziellen Entlassungen usw. Kann man denn wirklich nur einen Augenblick glauben, daß der Kampf gegen den Imperialismus ein 'demokratischer' bleiben kann und sich nicht bereits heute das Problem stellt, darüber hinaus zu gehen? Die Löhne und die Arbeitsplätze der Arbeiter sind bedroht - gerade in Kärnten. Indes, die kleinbürgerliche Slowenenführung spricht nicht davon - was aber noch lange nicht heißt, daß es die Revolutionäre verabsäumen dürfen, an allen Nöten der Massen anzuknüpfen. Der Kapitalismus enthält heute den nationalen Minderheiten nicht nur ihre demokratischen Rechte vor, er bedroht auch deren Lebensstandard - noch viel mehr als den der deutschsprachigen Arbeiter. Hierauf keine kommunistischen Antworten zu geben, heißt nicht alleine von vornherein die Massen der verräterischen Sozialdemokratie und dem Stalinismus auszuliefern, sondern auch die Einheitsbestrebungen von deutsch- und slowenischsprechenden Arbeitern zu hemmen. Ausgehend von den Interessen der unterdrücktesten Schichten gilt es, ein Programm der sozialistischen Revolution zu entwickeln!

Beharrlichstes Steckenpferd des KB ist sein stalinistisches Geschichtsverständnis. Hier trifft ersich erneut mit den 'Revisionisten' von der KPÖ und ist eine KB-Broschüre kaum von einer der Moskaustalinisten zu unterscheiden. In der 'Permanenten Revolution' Nr. 3/4 haben wir bereits die Maoisten im Zusammenhang mit dem Artikel 7 kritisiert. Dennoch wollen wir noch einmal auf eine Frage gesondert eingehen - zum einen, weil sie auf der Diskussionsveranstaltung des KB eine hervorragende Rolle gespielt hat und zum zweiten, weil wir in einem Punkt eine Korrektur an unserem Artikel anbringen müssen. Damals faßten wir den stalinistischen Verrat am antifaschistischen Kampf um das Jahr 1945 herum durch die Ereignisse auf der Potsdamer Konferenz zusammen: "In Potsdam, auf der Konferenz der Siegermächte im Juli 1945, beschloß Stalin mit den imperialistischen Räubern den Abzug der Partisanengruppen aus Südkärnten." Hier hat sich ein Fehler eingeschlichen: In Potsdam wurde nicht beschlossen, daß sich die jugoslawischen Truppen hinter die ursprüngliche Grenze zurückziehen sollten, sondern diese Tatsache bereits besiegelt. Ende Mai war nämlich der Rückzug der antifaschistischen Truppen schon vollzogen. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurden dann die 'Einflußsphären' endgültig fixiert. "Was die Triester und Kärntner Frage anbetrifft, so ist nun eine angemessene Regelung erzielt worden, die es ermöglichen wird, dieses Thema sehr kurz zu behandeln. Der Status Quo sollte in Bezug auf das Gebiet Klagenfurt aufrecht erhalten bleiben. (dh., dem britischen Imperialismus war bereits von den Alliierten, einschließlich der 'revolutionären' Sowjetunion, Südkärnten zugesprochen worden - PR)... In der endgültigen Friedensregelung wird dieses Gebiet bei Österreich verbleiben." (Quellen zur Konferenz der 'Großen Drei'; Britische Tagesordnung und amerikanische Stellungnahme - 14.Juni 1945; Hgg. v. E. Deuerlein; dtv)
Noch deutlicher beschreibt Dedijer die Situation: "Stalins Geringschätzung kleiner Nationen konnten wir (eine Delegation der KP Jugoslawiens in Moskau 1947 - PR) besonders in seiner Haltung gegenüber den Kärntner Slowenen wahrnehmen. Zu Kriegsende, als die großen Staatsmänner am runden Tisch auf ihren Landkarten das Schicksal einer Reihe von Nationen entschieden, vor allem von kleineren, war er unbarmherzig bereit, diese Slowenen gegen einige fünfzig Millionen Dollar deutsches Eigentum an Österreich zu verhökern." (Dedijer, V. Stalins verlorene Schlacht, S.184) Wie hieß es doch auf der Potsdamer Konferenz? "...westlich dieser Linie würde alles den Alliierten, östlich der Linie alles den Russen zufallen ... Die deutschen Anlagevermögen in Rumänien und Ungarn zB. würden den Russen zufallen. (Stalin - PR) Herr Bevin (Vertreter des britischen Imperialismus - PR) sagte, er stimme zu, und fragte, ob Griechenland Großbritannien gehören würde. Herr Stalin sagte, Fragen gebe es lediglich (!!!) in bezug auf Österreich und Jugoslawien." (aus Gespräch über die Frage der deutschen Reparationen; Quellen zur Konferenz der 'Großen Drei') Und solche Fragen wurden von den imperialistischen Großmächten beantwortet; ihnen war klar, daß die stalinistische Bürokratie bereit war, "bezüglich der österreichischen Grenze nachzugeben." (Dedijer, V.,) "Das Recht der Selbstbestimmung für die Kärntner Slowenen wurde für 50 Millionen Dollar (Reparationszahlungen an die Sowjetuion - PR) verkauft, nachdem die westlichen Partner ihren östlichen Teilhabern zuvor nur einen geringeren Preis zu zahlen willens waren." (Pijade, M., ebenda) Doch weg von den grünen Tischen, wo sich lediglich Bürokraten- und Imperialistengesindel wohlfühlen kann. Nach wie vor halten wir an unserer Einschätzung fest: "Die bewaffneten Abteilungen österreichischer und slowenischer Arbeiter sollten zerrissen, ihre Verbrüderung hintertrieben werden. Nur keine Radikalisierung der Massen, nur keine Errichtung von Machtorganen der slowenischen und österreichischen Arbeiter, kleinen Bauern - das war die Parole des stalinistischen Verrates!" (Permanente Revolution Nr. 3/4, S.6)

In der stalinistischen Politik sind die Grundlagen für den 'Wiederaufbau' des kapitalistischen Österreichs zu finden, wobei in vordester Linie Leute wie Stalin, Molotow oder Renner beigetragen haben. Wirklich, hier können wir nicht applaudieren: "Sie können sicher sein, daß ihre Sorge um die Unabhängigkeit, Integrität und das Wohlergehen Österreichs auch meine Sorge ist." (Stalin an Renner im Mai 1945) Wohlgemerkt, Ende Mai mußten sich die Partisanen aus Kärnten zurückziehen!
Alles das kümmert die Maoisten nicht. In keiner einzigen Stellungnahme sprechen sie es klar aus: Die deutschsprachigen und slowenischen Arbeiter haben nach 1945 eine tiefe Niederlage erlitten. Sie dürfen es auch nicht, denn dann wären Stalin und Molotow ja keine 'revolutionären Genossen' mehr. Deren Politik - nun einmal als 'revolutionär' erklärt - muß wider alle Wirklichkeit 'erfolgreich' sein. Ein verlorener Kampf entpuppt sich in der Phantasie der Maoisten als Triumph, der sich vor allem in einer 'Errungenschaft' wahrnehmen läßt: im Artikel 7! Der KHD hetzte schon wieder auf die Minderheiten; mit Hilfe der britischen Imperialisten kamen alte Nazibonzen wieder zu Ehren usw. Kurz, die kapitalistische Maschinerie lief bereits auf vollen Touren, wobei sie leere Versprechungen auf einem Fetzen Papier ausspuckte - dazu sagen wir das, was es wirklich war: die Integration der slowenischen Kampfziele in den Kapitalismus und daher deren Liquidation!

SELTSAME 'REVOLUTIONÄRE MARXISTEN'

Die GRM äußerte in den Kampagnen für die Rechte der Slowenen, Kroaten, usw. fast alle Beschränktheiten der Maoisten, ohne sich auch nur in einem Punkt ihnen gegenüber als Revolutionäre zu qualifizieren. Im Gegenteil! Das Auftreten der 'Revolutionären Marxisten' auf dem KSV-Teach-In (der GRM-Vertreter wurde von den KP-Diskutierern als "junger Mann mit dem netten Gesicht" angeredet) war ein einziges Fiasko. Während der Altstalinist Scharf zuerst österreichischen Nationalismus in Reinkultur paukte, gefiel sich der GRM-Sprecher dann in einer 'Attacke' gegen die 'Boykottlosung' der KPÖ. Sicherlich, die KPÖ will mit Faulpelzen und Sonntagsausflüglern protzen - das alles paßt so exakt in die politische Linie dieser Partei - doch ist es nicht der Hauptangriffspunkt an der KPÖ und schon gar nicht darf das alles sein, was Trotzkisten den Scharfs vorwerfen. Wie die KPÖ den Kampf der Minderheiten hemmt, ihn in das Geleise der kapitalistischen Gesellschaft leitet, vor der SPÖ auf den Knien rutscht usw. - absolute Stille darüber bei der GRM!

Ein Kompliment wäre es, ihnen den Opportunismus gegenüber der Slowenenführung und der KPÖ als 'Vergesser' anzurechnen. Da hätten sie schon sehr viel vergessen: "Keinerlei Vermengung der Programme oder der Fahnen. Kein prinzipienloses Paktieren. Völlige Freiheit der Kritik an den zeitweilig Verbündeten." (Trotzki, L., Was nun?) Welche dieser drei Forderungen hat die GRM in der letzten Zeit nicht verletzt?
Ihre wesentlichen Positionen zur Minderheitenfrage stellen einen Schlag gegen den revolutionären Marxismus dar. Sie kritisiert zwar die KPÖ, daß für sie das "Problem von Forderungen oder eines Programms, das eine Antwort auf die materiellen Interessen und die extreme Ausbeutungssituation in Kärnten für die deutsch- und slowenischsprechenden Werktätigen gibt und ihnen eine gemeinsame Kampfrichtung geben könnte, die sich mit dem Kampf für die Rechte der Kärntner Slowenen verbindet ..." (rotfront extra zur Slowenenfrage) gar nicht auftaucht. Nur bleibt die Suche nach einem solchen Programm bei der GRM ebenso erfolglos. Der GRM-Weisheiten versiegen, wo die Probleme erst beginnen. Wie macht man "Schluß mit der Chauvinistenhetze", wie erzwingt man "Gewerkschaftliche Maßnahmen gegen die Unterdrückung der Minderheiten" usw.? Kein einziger Hinweis darauf, daß sich die Arbeiter, Bauern aller Volksgruppen bereits heute in Komitees organisieren, selber die Durchsetzung der vollen Rechte für die Minderheiten in die Hände nehmen müssen!
Weit weg befindet sie sich vom marxistischen Anspruch, den "alltäglichen Kampf in unauflösbarer Verbindung mit den Aufgaben der Revolution zu führen." (Trotzki)
Wie sie sich dem kleinbürgerlichen Milieu anpaßt, zeigt nicht nur ihr Paktieren mit einer undefinierten 'Neuen Arbeitervorhut' in wesentlichen Fragen des Klassenkampfes, sondern auch die Art und Weise ihres Auftretens. Sie ging völlig in den vielen, vielen 'fortschrittlichen Menschen' auf der Demonstration vom 5. November (cä 1200) unter. Alles vielleicht noch eine Spur mieser als auf der vorletzten Slowenendemo. Hat es doch schon damals geheißen: "Auch die GRM mischte sich unter das (slowenische) Volk, löste sich darin auf..."

Wen kann es da noch wundern, wenn es dem GRM-Vertreter bloß ein süffisantes Lächeln kostete, als auf der Aktionseinheitssitzung für die Demonstration der IKL-Sprecher in gewohnt 'sektiererischer' Manier von der "völligen Freiheit der Kritik an den zeitweilig Verbündeten" sprach. Keine einzige Widerrede, als die anderen in der Runde (KPÖ, KSV, FÖJ, Club Slowenischer Studenten, KBÖ, GRM..) mehr oder weniger in Rage kamen, darüber klagten, daß solche 'Schwierigkeiten' immer wieder'mit denen' auftauchen, daß wir - die IKL - uns am besten "schleichen" sollten, bevor wir rausgeschmissen werden. Und überhaupt, Veranstalter der Demonstration sei das Solidaritätskomitee und nur es bestimme, was erlaubt sei und was nicht! So eine Frechheit, sich zu weigern, den kapitalistischen Artikel 7 anzuerkennen und sogar noch zu wagen, die anderen Organisationen zu kritisieren...Den Solidaritätskomiteesprecher überbot dann an trotteliger Aggressivität nur noch der KSV-ler und ein stadtbekannter FÖJ-Mann, der ungefähr andeutete: "...wem ma erna hoit de Fauhnan obareißn!" Einziger Kommentar des 'Revolutionären Marxisten': "Na, nur net raffn auf da Demo!"

Tiefe Zweifel an sich selbst dürften die Wiener 'Linken' regelmäßig überkommen, wenn es heißt zu demonstrieren. Man stelle sich vor: Sowohl KB als auch GRM haben mehr oder weniger tiefe Differenzen mit der Slowenenführung und der KPÖ, vertreten somit eine andere politische Linie und stellen sich die Lösung des 'Minderheitenproblems' anders vor. Auf Demonstrationen (und nicht nur dort) scheint das alles völlig vergessen zu sein. Da hängen sich rund 500 Maoisten samt Anhang vor der KPÖ an - noch am Vortag hatten sie die Moskaustalinisten aufs ärgste beschimpft - und plötzlich ist das Artikel 7-Verständnis der KPÖ "keine prinzipielle Frage mehr", verlieren sie keinen Buchstaben der Kritik daran und verzichten sogar auf ein eigenes Organisationstransparent.
Über den Opportunismus der GRM in diesem Punkt zu sprechen, erübrigt sich wohl.

Stolz auf sich und ihr politisches Konzept waren augenscheinlich einzig die KPÖ und die INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE LIGA: Dem "Kommunistisch" im Organisationstransparent gerecht wurde jedoch nur die IKL... VOLLE RECHTE FÜR DIE NATIONALEN MINDERHEITEN! GEGEN NATIONALISTISCHE HETZE - PROLETARISCHE SOLIDARITÄT! GEGEN SOZIALDEMOKRATIE UND STALINISMUS - FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN PARTEI! GEGEN ÖSTERREICHISCHE REAKTION - SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Kampf der ...

den Tag legte. So erschienen sie zwar zur ersten Sitzung, doch, um nach der verbalen Zusicherung ihrer Solidarität, nur mehr'faule Propagandablöcke' zu wittern. Der Zusicherung, das gemeinsame Flugblatt, über dessen politische Linie Einigkeit bestand, nach Lesen des endgültigen Textes möglicherweise zu unterschreiben, folgteein Fernbleiben von jener Sitzung, auf der eben dieses Flugblatt diskutiert wurde. Die ÖBL mokierte sich zwar - und nicht zu Unrecht - über die mangelnde Solidarität, die ihr zuteil wurde, legte aber gegenüber den im Iberia-Prozeß Angeklagten letztlich genau dieselbe Haltung an den Tag.

Am 15. Oktober 1976 fand eine Veranstaltung der ÖBL statt, deren Themen der'Paragraph 282' und 'Die Stellung der ÖBL zum kleinbürgerlich-nationalistischen Terror' war. In der Einladung zu der Veranstaltung, die an alle linken Organisationen versandt wurde, war diesen eine verlängerte Redezeit eingeräumt worden,um zu den beiden Themen Stellung zu beziehen ... In diesem Schreiben war auch die Bitte enthalten, die Resolution der ÖBL gegen den Paragraphen 282 in den Organen der einzelnen Organisationen abzudrucken, was in dieser Ausgabe unseres Zentralorganes auch geschieht. Im übrigen waren wir die einzige Organisation, die auf den Brief überhaupt reagierte und auf der Veranstaltung vertreten war. Gerade anläßlich des Prozesses gegen die ÖBL wurde die fast schon kriminelle Dummheit der Linken offensichtlich. Die ÖBL wurden wegen ihrer Stellung zum OPEC-Anschlag verurteilt, also einer Angelegenheit, die der österreichischen Bourgeoisie direkt unter den Nägeln brannte. Nie und nimmer wäre heute irgendwer vor die Klassenjustiz gezerrt worden, hätte er eine ähnliche Stellungnahme zu einem Anschlag abgegeben, der in Afrika oder Asien stattgefunden hatte. Hier wird deutlich, daß die österreichische Bourgeoisie sogleich und nicht 'gemütlich' reagiert, wenn es um Vorfälle geht, die den'harmonischen Frieden' in diesen Lande stören könnten.

Umso gemütlicher reagierte die österreichische Linke auf diese Attacke der bürgerliche Klassenjustiz. Noch dazu, wo es doch ohnehin 'nur' um die ÖBL ging, eine Randerscheinung der 'Szene'. Recht drastisch demonstrierte die Linke damit, daß Solidarität von ihr im Grunde genommen mit Sympathie verwechselt wird. Unfähig zu begreifen, daß der § 282 eine Waffe der Bourgeoisie gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, stellte man sich 'tot'. Wird scho nix gschegn ... Und die ÖBL? Na, ja, san ja eh Sektierer ...

Hier geht es eben um alles andere als um 'Sympathie' oder 'Freundschaft'. Nebenbei bemerkt würden wir uns sehr schwertun, festzustellen, wer nun sympatischer wäre, die grenzenlosen Opportunisten von der FÖJ, oder die sektiererische ÖBL. Doch ist dies, wie gesagt, völlig unwichtig. Der § 282 ist nichts anderes als ein Maulkorbparagraph, den es gemeinsam - mit einer breiten Aktionseinheit aller Arbeiterorganisationen zu Fall zu bringen gilt. Jedes Kopf-in-den-Sand-Stecken schadet letztlich nur dem, der es praktiziert. Denn heute ist es die ÖBL, die vor den Richter gezerrt wird, deren Organ verboten und beschlagnahmt wird, morgen schon die FÖJ und GRM.

Niemals deutlicher wurde die politische Ignoranz der linken Organisationen, für die 'Solidarität' bestenfalls bedeutet, euphorische Artikel oder Reden für eine afrikanische Befreiungsbewegung zu produzieren.

Womit wir nicht gesagt haben wollen, daß dies unwichtig wäre, im Gegenteil. Aber hier, an Ort und Stelle, im Kampf gegen die österreichische Reaktion, beweist sich tatsächlich, was es mit der 'Solidarität' auf sich hat.

Bevor wir auf die zu setzenden Maßnahmen eingehen, die einen tatsächlichen Kampf gegen den § 282 garantieren können, wollen wir noch ein Wort zu dem Verhalten der ÖBL selbst sagen. Dieser Gruppe geht es im Grunde genommen auch nicht um die Herstellung einer breiten Aktionseinheit (eine solche wäre im ÖBL-Vokabular ja ohnehin ein 'fauler Propagandablock'), wie dies auf der Veranstaltung am 15. Oktober deutlich wurde.

Unserer Ansicht nach wäre es vordringlichst gewesen, über die Maßnahmen zu diskutieren, konkrete Schritte vorzubereiten, die einen breiten Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz im allgemeinen und gegen den § 282 im Konkreten erlauben. Eine Diskussion über die Stellung der ÖBL zum kleinbürgerlichen Nationalismus war - zu diesem Zeitpunkt - nicht das dringendste Problem. Doch genau an einer konkreten Diskussion über die Abwehrmaßnahmen war die ÖBL nicht im geringsten interessiert. Überall, an jeder Ecke, in jeder Ritze wurden die 'faulen Propagandablöcke' entdeckt, und so jeder konkrete Schritt verunmöglicht.

WAS IST ZU TUN?

So waren und sind es einzig wir, die konkrete Schritte vorzuschlagen haben. Die erbarmenswerte Hilflosigkeit dessen, was sich in diesem Land so 'links' nennt, zeigte die Notwendigkeit auf, nicht erst auf jeden einzelnen Vorstoß der bürgerlichen Klassenjustiz zu warten, sondern - auch nach Abschluß der beiden Prozesse - Maßnahmen zu setzen, die in Zukunft ein entschlosseneres, koordiniertes Vorgehen der Linken ermöglichen. Daß wir dabei auf die völlige politische Unabhängigkeit jeder einzelnen Organisation bestehen - also alles andere, als einen 'faulen Propagandablock' anstreben - versteht sich fast schon von selbst.

"Getrennt marschieren, vereint schlagen" muß das Motto dieser Maßnahmen lauten und nicht "vereint marschieren, getrennt geschlagen werden", wie es uns die Linke so drastisch vorexerziert.

Eine erste notwendige Maßnahme besteht in der Einrichtung eines gemeinsamen Rechtshilfefonds der Arbeiterorganisationen, in dem die einzelnen Organisationen, entsprechend ihrer Mitgliederstärke, monatlich einen bestimmten Betrag einzahlen. Dieser Fonds muß selbstverständlich unter gemeinsamer Verwaltung stehen, der Hinweis der Maoisten, sie hätten schon einen Fonds und wir könnten ja auf diesen einzahlen, ist also mehr als absurd. Nur so kann verhindert werden, daß eine Organisation in die Lage kommt, plötzlich tausende Schilling bezahlen zu müssen und damit die politische Kontinuität ihrer Arbeit abgerissen wird. Über alle bestehenden politischen Gegensätze hinweg kann so der Klassenjustiz auf dieser Ebene Paroli geboten werden.

Eine zweite notwendige Maßnahme wäre es gewesen, die Textstellen, wegen derer die ÖBL vor Gericht gezerrt wurde, in allen Organen der Linken abzudrucken - selbstverständlich mit einem Kommentar versehen. Dabei geht es nicht darum, sein Einverständnis mit diesen Textstellen zu dokumentieren - wir halten die Stellung der ÖBL zum kleinbürgerlichen Nationalismus für durch und durch antimarxistisch - sondern einzig und allein darum, einen politischen Prozeß gegen die gesamte Linke zu erzwingen, der eben nicht mehr so 'heimlich still und leise' vor sich gehen kann. Selbstverständlich muß eine solche Maßnahme nicht nur im Falle der ÖBL durchgeführt werden, sondern immer dann, wenn eine Zeitung der Linken verboten und beschlagnahmt wird. Einem Prozeß gegen die gesamte Linke kann auf einer quantitativ völlig anderen Ebene begegnet werden, als einem solchen gegen die ÖBL. Doch wer die Linke hierzulande (und nicht nur hierzulande) einigermaßen kennt, der wird wissen, daß nicht wenige dieser 'Marxisten' im Geheimen denken: Wenn deren Zeitung verboter wird, verkaufen wir umso mehr ...

Es muß verhindert werden, daß nach der Verkündung der Urteile der Kampf gegen diese beiden Prozesse im Sande verläuft. Wenn dies geschieht, hat die bürgerliche Klassenjustiz einen ersten wichtigen Sieg errungen. Nicht nur, daß es unmöglich war, eine breite Aktionseinheit zustandezubringen, verliefen die Prozesse auch weitestgehend im 'Stillen', was wieder die alleinige Schuld der meisten linken Organisationen war, die weder zu einer breiten Flugblattaktion, noch zu einer gemeinsamen Demonstration zu bewegen waren, d. h. deren Sektierertum (hier zeigt sich wieder einmal die enge Verwandtschaft zwischen Opportunismus und Sektierertum) dies verhinderte. Gegen beide Urteile wurde Berufung eingelegt, d. h. es wird noch zu Verhandlungen kommen. Notwendig ist es, den Kampf gegen beide Prozesse zu verbinden und darüber hinaus, ihn auszuweiten zu einem Kampf gegen den § 282.

Die Mauer, die Klassenjustiz und bürgerliche Presse um diesen Angriff auf die demokratischen Rechte gelegt haben, muß gemeinsam gebrochen werden. Neben der Herstellung eines gemeinsamen Flugblattes der Linken, das in geplanten und gezielten Aktionen verbreitet wird, muß eine gemeinsame Demonstration vorbereitet werden, die unter den zentralen Losungen steht:

"Sofortiger Abbruch der beiden Prozesse!" und
"Weg mit dem § 282".

Ein geeignetes und notwendiges Mittel wär. auch die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung der Linken, auf der offen vor den Mitgliedern der einzelnen Organisationen eine Bilanz der Solidaritätsarbeit gezogen wird und darüber hinaus besprochen wird, welche Maßnahmen gegen den § 282 zu setzen sind.

Hier noch einmal der Text dieses Maulkorbparagraphen (in der Permanenten Revolution Nr. 3/4 haben wir ihn schon einmal veröffentlicht):

(1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung Beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren zu bestrafen.
(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Absatz 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.

Wer heute nicht den Anfängen wehrt, wer heute vor der Aufnahme des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte zurückweicht, wird morgen zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Bedingungen des Kampfes sich ständig verschlechtert haben!

SOFORTIGE ZURÜCKNAHME DER URTEILE GEGEN DIE ÖBL UND DIE TEILNEHMER AN DER SPANIENDEMONSTRATION!

WEG MIT DEM § 282!

GEGEN KLASSENJUSTIZ - KAMPF FÜR DIE EINHEITSFRONT DER ARBEITERKLASSE!

GEMEINSAMER KAMPF DER ARBEITERORGANISATIONEN GEGEN DIE BÜRGERLICHE KLASSENJUSTIZ!

BILDUNG EINES GEMEINSAMEN RECHTSHILFEFONDS DER ARBEITERORGANISATIONEN!

VORBEREITUNG EINER BREITEN FLUGBLATTAKTION UND EINER DEMONSTRATION GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ!

HIER DER TEXT DER ÖBL-RESOLUTION:

WEG MIT DEM ZENSURPARAGRAPHEN 282 !

Der § 282 StGB stützt sich fast unverändert auf den § 305 aus der Zeit vor der Strafrechtsreform, dem vor allem in der Dollfuß-Ära unzählige Mitglieder von Arbeiterorganisationen zum Opfer fielen.

Mit diesem Gesetz wird die Möglichkeit geschaffen, jede politische, nationale oder sexuelle Minderheit zu kriminalisieren. Der Geist des § 282 kommt am vollendetsten in der Konstruktion eines "allgemeinen Rechtsempfindens" zum Ausdruck: Jede das herrschende Rechtsempfinden durchbrechende Äußerung kann so zur kriminellen Handlung erklärt werden.

Der § 282 richtet sich im besonderen gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Durch ihn könnte z.B. ein öffentlicher Streikaufruf illegalisiert oder eine internationale Solidaritätsaktion unter Strafe gestellt werden. Heute noch wird dieser Paragraph hauptsächlich gegen einzelne linke Propagandaorganisationen angewendet, doch schon morgen könnte mit ihm die Propaganda aller Organisationen der Arbeiterbewegung zum Verstummen gebracht werden.

Ich verurteile den § 282 und die damit verbundene Mißachtung des bürgerlich - demokratischen Rechts auf Pressefreiheit. Ich unterstütze die obige Resolution und habe keine Einwände gegen eine eventuelle öffentliche Verwendung meines Namens:

Name: ....

Anschrift: ....

Darüber hinaus erkläre ich mich bereit, folgenden Betrag .... für den Prozeß gegen die Genossin Dorner und die ÖBL zu spenden.

Kontaktadresse :
ÖBL, Postfach 39
1033 W i e n
PSK-Kto.Nr. 2393.564
Kennwort: PROZESS

Kontaktadresse für Westdeutschland:
1 Berlin 120
Postlagerkarte A 051 429
Pschk.Berlin West 503 57-107
(W.Hohmann)

Transkei: Ein Gefängnis im Gefängnis!

VON DANNY REILLY

Manche Staaten werden unabhängig geboren, manche gewinnen ihre Unabhängigkeit, manchen wie der Transkei wird sie aufgedrängt.

Die Transkei, eines der schwarzen 'homelands' Südafrikas, soll am 26. Oktober von der rassistischen südafrikanischen Regierung für unabhängig erklärt werden. Von da an wird sie angeblich ein unabhängiger Staat sein.

Dieses Manöver der südafrikanischen Regierung wird als eine 'Verleihung' der Unabhängigkeit präsentiert, wie sie von Großbritannien und anderen imperialistischen Ländern gegenüber den von ihnen unterworfenen Völkern praktiziert wurde.

Manche Zeitungen, wie z.B. 'Oxfam' und 'The Guardian' nehmen diesen Anspruch für bare Münze. In Wirklichkeit ist dieser erste Schritt in der neuen Phase der rassistischen Bantuapartheitpolitik, im Gegensatz zu dem Auseinanderbrechen des britischen Reiches, durch und durch reaktionär. Diese Politik darf keinerlei Unterstützung, Glaubwürdigkeit und Anerkennung finden.

Obwohl Großbritannien arrogante Überlegenheit an den Tag legte, als es beschloß, daß die verschiedenen von ihm jahrzehntelang ausgebeuteten Völker 'bereit waren, sich selbst zu regieren', konnte nicht verborgen bleiben, daß die Unabhängigkeitsdeklarationen Großbritannien nur unter Druck und durch Kampf abgerungen worden waren.

Die Unabhängigkeit der Transkei aber wird gegen den Kampf der südafrikanischen schwarzen Mehrheit um ihr Recht, eine Mehrheitsregierung in Südafrika zu bilden, verordnet.

Das Journal 'New Internationalist' beschrieb die Handlungsweise Südafrikas folgendermaßen: "Es ist genau so, als ob die britische Regierung zu den schottischen Nationalisten sagte: 'Ja, wir stimmen euch zu, daß ihr euch selbst regieren wollt und wir werden euch die Shetland-Inseln geben, wo ihr das auch verwirklichen könnt'".

Aber sogar diese Analogie ist zu großzügig. Die Deklaration der Unabhängigkeit der Transkei hat nichts mit Freiheit, Selbstregierung, Demokratie, Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit zu tun. Es ist nichts anderes als eine internationale Übung in 'public relations'. Es wird ein Gebiet, das eine Fremdarbeiterreservearmee stellt, zum Staat erklärt, mit dem Ziel in Kürze alle 'homelands' zu 'unabhängigen' Staaten zu machen.

Das wird, wie die Vorster-Regierung hofft, zum völligen Entzug des Wahlrechts, zur Spaltung und Deportierung der schwarzen Arbeiter in Südafrika führen - alles Maßnahmen, die man zumindest in Worten allgemein verurteilt - denn, wenn der weiße südafrikanischen Staat den Bürgern anderer 'unabhängiger' Staaten erlauben wird, innerhalb seiner Grenzen zu arbeiten, kann er wie bei allen anderen Fremdarbeitern, die er innerhalb seiner Grenzen arbeiten läßt, ihr Recht auf Arbeit, ihr Recht den Arbeitsplatz zu wechseln und natürlich ihre politischen Rechte kontrollieren.

Eine Art von 'internationalem Fremdarbeitersystem' - ein durch und durch ausbeuterisches System, wo immer es eingesetzt wird, soll nachträglich eingeführt werden, um der Apartheit- und Fremdarbeiterpolitik, die schon längst betrieben wird, eine unechte Legitimität zu verleihen.



Mr. Botha, der Minister der 'Bantuverwaltung' sagte 1970:

"So wie ich die Sache sehe, wäre es ideal, wenn wir alle Bantus in kürzester Zeil alleine auf der Basis der Fremdarbeit in den weißen Gebieten hätten."

Um diese Entwicklung, gemeinsam mit der Politik der 'getrennten Entwicklung' durchführen zu können und zugleich die internationale Meinung über Südafrika zu beschwichtigen, mußte man - und das erkannte Südafrika sehr bald - ein 'Zugeständnis' an das 'Selbstbestimmungsrecht' machen.

1962, als die Selbstregierung der Transkei ausgesprochen wurde (ein erster Schritt hin zur heutigen wohlklingenden 'Unabhängigkeit'), sagte Vorster folgendes: "Das sollte der internationalen Feindseligkeit und dem Mißtrauen entgegenwirken, die unsere Wirtschaft bisher stark behindert haben. Deshalb wird es sich bezahlt machen, wenn wir diese Ausgaben auf uns nehmen. Es ist für uns äußerst wichtig friedliche Nachbarn zu schaffen, ... die sich nicht an andere um Hilfe wenden."

DIE 'WEISSEN GEBIETE'

Die zehn Bantustaaten, die von Südafrika geschaffen wurden, wurden mit der Begründung 'sie seien homelands' gerechtfertigt. Südafrika ignoriert dabei völlig die Invasions- und Expansionskriege der holländischen und britischen Siedler, und behauptet, daß das 'weiße' Land - ungefähr 87% des gesamten Gebietes - vor der Ankunft der Weißen ziemlich unbesiedelt gewesen sei. Dieser Logik entsprechend muß jeder Afrikaner, der in der 'weißen' Zone arbeitet und lebt (53% aller Afrikaner), ein Ausländer oder Einwanderer sein, dessen Heimat sich wo anders befindet. Da diese 53% offensichtlich keiner Nation außerhalb Südafrikas zugeordnet werden konnten, mußten eine Anzahl geeigneter 'Länder' im Inneren Südafrikas für sie geschaffen werden. Und der weiße Staat wußte dies mit größter Sparsamkeit durchzuführen.

So wurden 75% der südafrikanischen Bevölkerung - das sind 18 Millionen Menschen - 12,4% des gesamten südafrikanischen Bodens zugesprochen; und die 4,2 Millionen Weißen sind die einzigen Bürger des riesigen südafrikanischen Gebietes, das als 'weißes' Land bezeichnet wird.

Die 2,5 Millionen Gemischtrassigen, die Viertelmillion Inder, und die ungefähr 9 Millionen eingewanderten Afrikaner, die auch alle auf 'weißem' Gebiet wohnen, haben keine Bürgerrechte; sie werden deportiert, von ihren Familien getrennt, unermeßlich ausgebeutet und befinden sich unter ständiger Polizeikontrolle.

NEBENTRAKTE DES GEFÄNGNISSES

Die 'homelands' sind nicht mehr als die Nebenflügel dieses Gefängnisses, das sich Südafrika nennt. Der Grad der 'Unabhängigkeit', den sie genießen hängt davon ab, inwieweit es Südafrika gelungen ist, sich durch Korruption und Zerstörung des Stammes- und Häuptlingssystems, schwarze Gefängniswärter heranzuziehen - die sogenannten Bantu-Regierungen.

Die 'homelands' haben weiterhin südafrikanische Polizei und südafrikanische Beamte.

Da die Bewohner der Transkei ökonomisch von Südafrika dominiert werden, da sie keine großen Industrien besitzen, keine unabhängige Außenpolitik machen können und äußerst minderwertiges Land von der südafrikanischen Regierung zugesprochen bekamen, ist ihre einzige Freiheit, zwischen Auswanderung oder Hungertod zu wählen.

Eine der am konsequentesten geäußersten Forderungen, die vom afrikanischen Volk seit Jahren zum Ausdruck gebracht wurde, ist die Forderung nach Land. Die neuen Bantustrukturen werden den winzigen und äußerst unfruchtbaren Reservaten aufgezwungen, die so beschaffen sind, daß sie die Afrikaner zur Fremdarbeit zwingen. Die 'homelands' wurden weder nach Bedarf, noch nach historischen oder rechtlichen Maßstäben gebildet. "Es steht denjenigen, die Land bekommen nicht zu, aufzuzeigen, welches Land sie bekommen sollen.", sagte Mr. Botha im Jahre 1974. "Wir, als der gebende Teil müssen entscheiden welches Land vergeben werden soll."

Mr. Bothas 'Stück Land' m u ß notwendigerweise unzureichend sein - sonst gäbe es ja keine Fremdarbeiter.

IN DIE TRANSKEI HINEINGEPFERCHT

Die südafrikanische Wirtschaft beruht auf Apartheit und billiger schwarzer Arbeitskraft. Die Bantustan-Politik ist einer der Ecksteine dafür.

"Das Problem ist folgendes", so drückte es Vorster 1968 aus, "daß wir sie brauchen, weil sie für uns arbeiten ... aber die Tatsache, daß sie für uns arbeiten kann sie niemals ... berechtigen, politische Rechte zu fordern."

Transkei selber ist das lebensfähigste aller Bantustans. Es setzt sich aus nur 3 separaten Landgebieten zusammen. Die 111 Landstücke, aus denen die Bantustans gegenwärtig bestehen, sollen einmal in 39 Gebiete zusammengelegt werden. Dies wird Deportationen von großem Ausmaße zur Folge haben.

Der Erfolg oder Mißerfolg des Transkeiprojekts wird die Zukunft dieser Art von Konsolidierung der Bantustans bestimmen, ja die ganze Bantustanpolitik selbst. In die 38.600 km² grosse Transkei sollen etwa 3 Millionen Xhosas, zumindestens theoretisch, eingepfercht werden. Die verbleibenden 924.000 Xhosas teilt man dem Ciskei-Bantustan zu. Die Xhosas und Angehörige einiger anderer kleinerer Stämme, die sich irgendwo anders in Südafrika befinden, werden zu Bürgern Transkeis oder Ciskeis erklärt und werden, trotz des Protestes Matanzimas, die südafrikanische Staatsbürgerschaft verlieren.

Diese Leute, die am Aufbau der südafrikanischen Wirtschaft gearbeitet haben und weiterhin daran arbeiten werden, werden mit einem Schlag von dem Joch der südafrikanischen Staatsbürgerschaft befreit - nur damit die 'weißen Herren' ihre Arbeitskraft leichter ausbeuten und für ihre Zwecke mißbrauchen können.

DIE MARIONETTENHÄUPTLINGE

Dieser, von den Weißen geschaffene Kleinstaat soll jedoch von Schwarzen verwaltet werden. Hier wenigstens, so könnte man denken, gibt es etwas Unabhängigkeit. Dem ist aber nicht so. Wahr ist zwar, daß es gerade Wahlen in Transkei gegeben hat, doch waren diese von äußerst zweifelhafter Glaubwürdigkeit.

Die Nationale Unabhängigkeitspartei Transkeis (NUPT) wird geführt von Premier-Minister Häuptling Kaiser Matanzima. Sie wurde 1964 gegründet, ein Jahr nach der Errichtung des Transkei-'Parlaments', welches sich zu dieser Zeit aus 64 von der südafrikanischen Regierung nominierten und 45 gewählten Mitgliedern zusammensetzte. Transkeis Selbstverwaltung war ursprünglich keine Forderung der NUPT; es war die Entscheidung der südafrikanischen Regierung und sie beruhte keineswegs, genauso wie der vor 16 Jahren gefällte Beschluß, ein Bantustan namens Transkei zu deklarieren, auf dem Wunsch der in diesem Gebiet lebenden Massen. Die NUPT wurde im Zusammenhang mit der Regierungspolitik aufgebaut und forderte die Unabhängigkeit nur in Übereinstimmung mit der Apartheitregierung.

Bei der Wahl gewann die NUPT alle Sitze des territorialen Parlaments außer 7 mit einem Stimmenanteil von 66%. Für die Opposition fiel das Wahlergebnis zum Teil deshalb so schlecht aus, weil sie die Kampagne - oder besser gesagt 'Nichtkampagne' - vom Gefängnis aus führen mußten. Nur die wenigen, welche nach der Anmeldung ihrer Kandidatur verhaftet wurden, fanden ihre Namen auf dem Stimmzettel.

Außerdem fanden die Wahlen statt, ohne Wählerlisten von den außerhalb Transkeis und unter Millionen von Afrikanern verstreut lebenden Wählern aufzulegen.

Und die Regierung Matanzimas verfügte nicht nur über die südafrikanischen Repressionsgesetzte - wie z. B. die Antikommunismus- und Antiterrorismusgesetze, sondern auch über ihre eigenen, wie die Proklamation 400.

Die Proklamation 400 befähigt Matanzima, jedermann ohne Gerichtsverfahren zu verhaften und festzuhalten.

Die von Matanzima befehligten Häuptlinge können Menschen verbannen oder öffentliche Versammlungen verbieten. Sie sind weder gewählte noch erbliche Führer der Xhosas, sondern bezahlte Handlanger des südafrikanischen Regimes.

DIE 'CREME' DER WEISSEN FARMEN

Nach der südafrikanischen 'Star Weekly' vom 17. 4. 1976"wird die Creme der weißen Farmen, die von der südafrikanischen Regierung zu beträchtlichem Preis erworben und Transkei überlassen wurde, zum persönlichen Eigentum Premier-Ministers Matanzima und vier befreundeter Oberhäuptlinge. Ähnliche Geschenke von persönlichen Farmen werden voraussichtlich jenen Farmern gemacht, die dem Transkei loyale Hilfe gegeben haben. Dies ist der Kern einer Resolution welche vom Transkei-'Parlament' diese Woche verabschiedet wurde."

Matanzima glaubt, daß das Resultat der Wahlen "die ganze Welt beruhigen und ein Überdenken unserer Anerkennung verursachen wird, welches die unerwiesene Behauptung zurückweist, daß unsere Unabhängigkeit der Stützung der südafrikanischen Apartheitspolitik dient."

ZURÜCKWEISUNG GROSSBRITANNIENS

Großbritannien hat sich momentan gegen eine Anerkennung Transkeis ausgesprochen, aber in einer sehr verschwommenen Art. Ennals sagte im Februar 1976 in seiner Eigenschaft als Außenminister: "Ich würde meinen, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß Großbritannien den Transkei anerkennen wird ... Es scheint daß der Transkei nicht in diesem Sinn unabhängig wird, den wir normalerweise für die Verleihung diplomatischer Anerkennung erwarten würden."

TEIL UNSERER SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF FÜR DIE SOFORTIGE ÜBERNAHME DER MACHT DURCH DIE MEHRHEIT IN ZIMBABWE UND DEM KAMPF GEGEN DIE APARTHEIT MUSS DER KAMPF UM DIE SICHERUNG DER NICHTANERKENNUNGSPOSITION DER LABOUR-REGIERUNG SEIN.

(aus 'Workers Action', Nr. 33, Oktober 1976)



Ungarn 1956: Stalinismus oder Sozialismus

20. JAHRESTAG DER UNGARISCHEN REVOLUTION

2. TEIL

DER 'NEUE KURS' IN DER SOWJETUNION UND SEINE AUSWIRKUNGEN IN UNGARN

Nach Stalins Tod 1953 übernahm ein 'Triumvirat' die Führung der Sowjetbürokratie, in dem Malenkow eine Tendenz (sicherlich keine organisierte) der Bürokratie vertrat, die für eine gewisse innen- und außenpolitische 'Lockerung' eintrat.

Der 'oberste Schiedsrichter' der Bürokratie (wie Trotzki einmal Stalin bezeichnete) war nicht mehr, und allein die Tatsache, daß nun drei (außer Malenkow noch Chrustschow und Mikojan) Bürokraten seinen Platz einnahmen, deutet auf Differenzen innerhalb der Bürokratie hin. Die Verhaftung und schließliche Hinrichtung Berijas (des Chefs der Geheimpolizei) und seiner engsten Mitarbeiter unterstreichen dies noch. Die 'Tendenz' Malenkow entledigte sich der ständigen Bedrohung durch die Geheimpolizei. Der 'Neue Kurs', der unter der 'kollektiven Führung' eingeschlagen wurde, betraf vor allem Änderungen in der Setzung von Schwerpunkten beim wirtschaftlichen Aufbau. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet kündigte Malenkow im August 1953 eine Verstärkung der Konsumgüterindustrie und im Handel, sowie eine Verbesserung der Lage der Kolchosbauern an.
Dieser 'Neue Kurs' betraf aber natürlich auch die Beziehungen der Sowjetunion zu den 'Volksdemokratien', sowie Veränderungen in der oben beschriebenen Richtung in diesen selbst. So fällt in diese Zeit die Wiederaufnahme des Kontaktes zu Jugoslawien. Der wirtschaftliche Druck, den die Sowjetbürokratie mittels Reparationszahlung und 'gemischter Gesellschaften' auf die osteuropäischen Staaten ausübte, wurde gelockert und die sowjetischen Anteile in diesen Gesellschaften der jeweiligen nationalen Bürokratie übergeben.

In der DDR wurden die unter sowjetischer Verwaltung stehenden Betriebe den örtlichen Behörden übergeben, sowie die Reparationszahlungen an die Sowjetunion eingestellt. Eine Erklärung der in den ersten Jahren nach Stalins Tod vor sich gehenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas, sowie den in diesen selbst vor sich gehenden Veränderungen, die gewissermaßen mit der Niederschlagung der ungarischen Revolution für viele Jahre ihr Ende fanden, kann nur gegeben werden, wenn man die Verankerung der einzelnen Bürokratien in den Massen beleuchtet.

Diese Verankerung, bzw. Nicht-Verankerung ist durch mehrere Faktoren gegeben gewesen. Zum ersten ist die konkrete Stärke der Kommunistischen Partei vor dem Zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen, sowie die Politik des jeweiligen bürgerlichen Regimes. Im Falle der DDR war die Teilung der deutschen Nation ein Faktor, der an Bedeutung für die Entwicklung des Regimes bis heute im Mittelpunkt steht. Die KP der Tschechoslowakei, sowie die Bulgariens,waren nach dem Kriege sofort zu Massenparteien geworden, was der Stellung der Bürokratie natürlich ein weit größeres Gewicht gab, als etwa der Ungarns oder Rumäniens. Wesentlich ist natürlich auch der Charakter des bürgerlichen Regimes im und vor dem Weltkrieg. Die Arbeiterklasse dieser Länder war seit Jahrzehnten dem Terror offener bürgerlicher Diktaturen ausgesetzt (die einzige Ausnahme bildet die Tschechoslowakei), die die kämpferischsten Elemente dieser Klasse ermordeten. Dies und dazu noch die Besetzung durch den deutschen Faschismus (außer Ungarn und Rumänien waren ja alle anderen osteuropäischen Staaten 'Feindländer' des deutschen Imperialismus), sowie die Opfer, die Krieg und Widerstand forderten, bewirkten, daß mit der Entstehung der deformierten Arbeiterstaaten eine unerfahrene, junge Arbeiterklasse (die vor allem aus neu proletarisierten Elementen bestand) auf die Bühne der Gesellschaft trat. Die einzige Ausnahme bildet hier wieder die Tschechoslowakei (vielleicht auch noch die DDR, wo eine gewisse Weiterführung der proletarischen Tradition bestand), wo die stalinistische Bürokratie anfangs sicherlich den stärksten Einfluß besaß. Die Revolution im Juni 1953 in der DDR war das erste Zeichen für die Bürokratie, daß gewisse Veränderungen notwendig waren, um ein Übergreifen auf die anderen 'Volksdemokratien' zu verhindern. Wenn auch das konkrete Ausmaß der folgenden 'Lockerung' in den einzelnen Staaten unterschiedlich war, so kann man doch eine gleichlaufende Linie feststellen. Wirtschaftlich wurde der Druck auf die Bauern etwas gelockert (in Ungarn, wie wir sehen werden, sogar mehr als etwas) und der Ausbau der Leichtindustrie beschleunigt, was zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern führen sollte. Politisch wurden einige Opfer der Säuberungen rehabilitiert, gewisse 'Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit' zugegeben, sowie eine Annäherung an Jugoslawien gesucht und auch gefunden. Die Volksdemokratien gingen - dem 'Neuen Kurs' der Sowjetunion folgend - dazu über, die 'kollektive Führung' anzunehmen, was sicherlich Ausdruck des Kompromisses zwischen der Tendenz der 'Statthalter Moskaus) und den 'National-Stalinisten' war, von denen viele aus den Gefängnissen entlassen wurden.

Diese Entwicklung änderte nicht das Geringste am stalinistischen Charakter dieser Regimes, vielmehr versuchte der Stalinismus so seine Herrschaft wieder zu stabilisieren und die einzelnen Flügel der Bürokratie zu versöhnen. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß diejenigen, die wir 'National-Stalinisten' nennen, sich mit all diesen geringfügigen (vor allem politisch) Änderungen zufrieden gegeben hätten. Die proletarische Demokratie war ihnen um nichts weniger fremd, und sie waren ihr um nichts weniger feindlich eingestellt als die Rakosi, Molotow und Pauker.

Die Massen allerdings wollten mehr. Für sie war der Tod Stalins und die Versprechungen des 'Neuen Kurses' das Signal um - anfangs zögernd - vorwärts zu gehen und unerfahren und ohne politische Führung nach der Arbeiterdemokratie und einer Verbesserung ihrer sozialen Existenz zu drängen.

In Ungarn nahm die Entwicklung unter dem Eingreifen der Sowjetbürokratie ihren Lauf. Vor allem in den unteren Parteikadern war der Kurs Malenkows populär, also bei jenen, die - anders als Rakosi und Gerö - taglich Kontakt mit den Massen hatten und derem direkten Druck ausgesetzt waren. Die Ernennung Imre Nagys zum Ministerpräsidenten (Juli 1953) sollte das offene Ausbrechen der Unruhe verhindern. Nagy war beliebt (vor allem bei den Bauern und den Intellektuellen) und die 'Gefahr' zu großen Veränderungen war nicht gegeben - der Parteiapparat blieb fest in der Hand Rakosi (der Erster Sekretär der Partei wurde) und Gerö.

"Der neue Ministerpräsident wurde nur von einer Minderheit des Zentralkomitees unterstützt, aber zum ersten Mal verfügte diese Minderheit über einen wichtigen Staatsposten und repräsentierte die offizielle Politik, die den Segen Moskaus hatte."
(Brzezinski, "Der Sowjetblock", Seite 181)

Nagys pragmatischer Grundsatz lautete: "Schneidere deinen Rock nach dem Tuch.das du hast", was in die Sprache der Wirtschaft übersetzt bedeutet: Verringerung des Entwicklungstempos, Abkehr vom absoluten Primat der Schwerindustrie, bessere Versorgung mit Konsumgütern, Änderungen in der Landwirtschaft.

Rakosi, Symbolfigur der stalinistischen Unterdrückung in Ungarn



"Besonders verachtungsvoll sprach er über die Landwirtschaftspolitik seiner Vorgänger: 'Die landwirtschaftliche Produktion stagnierte, und in den vergangenen Jahren wurde ihr Entwicklungstempo bestimmt von mageren Investitionen, fehlender Unterstützung der Einzelbauern und viel zu rascher Entwicklung der Produktivgenossenschaften, die weder wirtschaftlich noch politisch zu rechtfertigen ist und die Bauernschaft unsicher gemacht hat.

Während der Kollektivisierung wurde zu sehr mit Einschüchterungsmaßnahmen gearbeitet. Das verletzte das Rechtsgefühl der Bauern und fügte unserer Wirtschaft großen Schaden zu und trug viel zum jetzigen Stand der Dinge bei."
(Brzezinski, ..., Seite 182)

Neben wirtschaftlichen Maßnahmen - wie Lohnerhöhungen, Preissenkungen, Verringerung der Abgabepflicht und der Steuern für die Bauern, Genehmigung des Austrittes aus den Kollektivwirtschaften - kündigte Nagy in seiner ersten Rede als Ministerpräsident (am 4. Juli 1953) noch die Auflösung der Internierungslager und die Trennung von Justiz und Geheimpolizei an. Wo die Mehrheit der Mitglieder eines Kollektivgutes dessen Auflösung wünschte, mußte dies geschehen. In den folgenden Monaten machte ungefähr ein Zehntel der Güter von diesem Recht Gebrauch. Ähnliche Verordnungen führten auch in anderen 'Volksdemokratien' zu Austritten der Bauern aus den staatlichen Gütern, so in Polen, wo der Anteil der kollektiven Nutzfläche an bebautem Boden zwischen Juli 1953 und November 1954 von 44 auf 30% sank.und die Zahl der Kollektivwirtschaften in diesem Zeitraum von 7638 auf 6530 zurückging.

Verkörpert durch die Person des Imre Nagy erreichte der 'Neue Kurs' in Ungarn (vergleichbar nur noch mit Gomulka in Polen) seinen deutlichsten Ausdruck. Die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen (letztere sind allerdings als bloße Kosmetik zu bezeichnen - sie betrafen meist nur die Entlassung und Rehabiltierung einiger 'Titoisten') wurden unter dem Druck der Intellektuellen gesetzt, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln passiven Widerstand leisteten. Die Zwangskollektivisierung hatte eine ungemein niedrige Produktivität der Landwirtschaft zur Folge (noch heute sind in der Sowjetunion die Auswirkungen der Zwangskollektivisierung von 1929 zu spüren, von den deformierten Arbeiterstaaten ganz zu schweigen) was zur schlechten Versorgung der Städte führte, in denen eine bis zum Letzten gehetzte Arbeiterklasse ihr karges Leben fristete. Die Intelektuellen - obwohl ihnen, wenn sie loyal waren,ungeheure Privilegien winkten - hatten zum großen Teil den öden, stupiden 'sozialistischen Realismus' satt, der doch nur Anbetung einiger 'Führer' bedeutete. Die gesamte Situation näherte sich dem Punkt, wo, wie Lenin treffend feststellte 'die Herrschenden nicht mehr herrschen können und die Beherrschten nicht mehr beherrscht werden wollen': der Revolution!

Der 'Neue Kurs' war der Versuch der Bürokratie.die Gegensätze zu versöhnen, wobei politische Veränderungen von größerer Tragweite ohnehin nicht in Frage kamen - welcher Teufel schneidet sich schon selbst die Hörner? Der 'Ausweg', die 'Alternative' der Stalinisten besteht stets nur in wirtschaftlichen Maßnahmen, was zum einen ihre einzige Möglichkeit ist, dem Durck der Massen nachzugeben, zum zweiten ihre Verachtung der Massen ausdrückt, denen man eben 'zu fressen' geben muß,um sie zum Schweigen zu bringen. Diese Menschen schließen stets von sich auf andere.

Doch mehr als in allen anderen deformierten Arbeiterstaaten verbanden in Ungarn die Massen mit dieser Entwicklung eine politische Veränderung. Jahrzehntelang vom Horthy-Regime geknebelt, verlangten diese Massen nun nach politischer Freiheit. Sie hatten kein Programm und keine Führung, die Wenigsten unter ihnen waren Kommunisten in der wahren Bedeutung dieses Begriffes, die sich über die Ziele im Klaren waren. Der Bauer, der von den Kommissaren traktiert wurde, der Arbeiter, dessen Akkordsatz ständig erhöht wurde und dessen Lohn dennoch kaum zum Leben reichte, sie alle drängten mit jener dumpfen Energie der Massen vorwärts, die der Brennstoff für die Lokomotive der Geschichte - die Revolution - ist. Sie alle wußten nur, daß das meiste, was im Namen des Kommunismus geschah, schlecht war. Sie wollten Freiheit und Demokratie und obwohl sie Lenins Thesen über 'Demokratie und Parlamentarismus' nicht gelesen hatten, drängten sie zur sozialistischen Demokratie. Marxistische Terminologie bedeutete ihnen nichts, was absolut verständlich ist, angesichts des zynischen Mißbrauches dieser Begriffe durch die stalinistische Bürokratie.

WAS VERTRAT IMRE NAGY?

Im Frühjahr 1955 wurde Nagy vom Posten des Ministerpräsidenten abgesetzt und aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. So wie in der Sowjetunion - wo Malenkow von der Spitze der Bürokratie verdrängt wurde - übernahm auch in Ungarn wieder der Teil der Bürokratie offen die Macht (im Falle Ungarns kann man allerdings kaum davon sprechen, daß er sie wirklich abgegeben hatte), der vor allem den wirtschaftlichen Veränderungen des 'Neuen Kurses' ablehnend gegenüberstand. In Ungarn kam noch eine politische Entwicklung hinzu, die vor allem eine stärkere politische Betätigung der Intellektuellen betraf, die in Nagy den Garanten einer freien künstlerischen Entwicklung sahen, die aber daneben noch ihre Vorstellungen von der Entwicklung der Gesellschaft, d. h. von den notwendigen Änderungen kundtaten. Wie so oft in der Geschichte kündigte sich auch in Ungarn der Aufstand der Volksmassen durch eine Gärung in der kleinbürgerlichen Intelligenz an.

Nachdem er im November 1955 aus der Partei ausgeschlossen wurde, verfaßte Nagy einen Bericht an das Zentralkomitee, der Jahre später, nach seinem Tode, unter dem Titel 'Politisches Testament' in New York veröffentlicht wurde. Wenngleich uns diese Dokument nicht zur Gänze zur Verfügung steht, geht dennoch aus den von Brzezinski veröffentlichten Passagen recht klar der politische Standort des Imre Nagy hervor. Man könnte ihn sicherlich als 'Titoisten' bezeichnen, wenngleich dieser Begriff auch zuwenig an selbständiger politischer Substanz aufweist, um ihn als einen wissenschaftlichen Begriff bestehen zu lassen. Nagy war Stalinist, d. h. er gehörte dem Flügel der Bürokratie an - und war dessen hervorragendster Vertreter - der politische und wirtschaftliche

Unabhängigkeit von der Sowjetunion wünschte, der wie die Jugoslawen eine Politik der 'Blockfreiheit' anstrebte, die mit einer gewissen 'Liberalisierung', d. h. einer Vermeidung der schlimmsten Übergriffe des Rakosi-Regimes, im Inneren verbunden war. Dazu gehörte die Einstellung der Zwangskollektivisierung und das Recht der Bauern auf Austritt aus den Kollektiven, was in der Zeit der Regierung Nagy auch von 51% der Mitglieder in Anspruch genommen wurde.

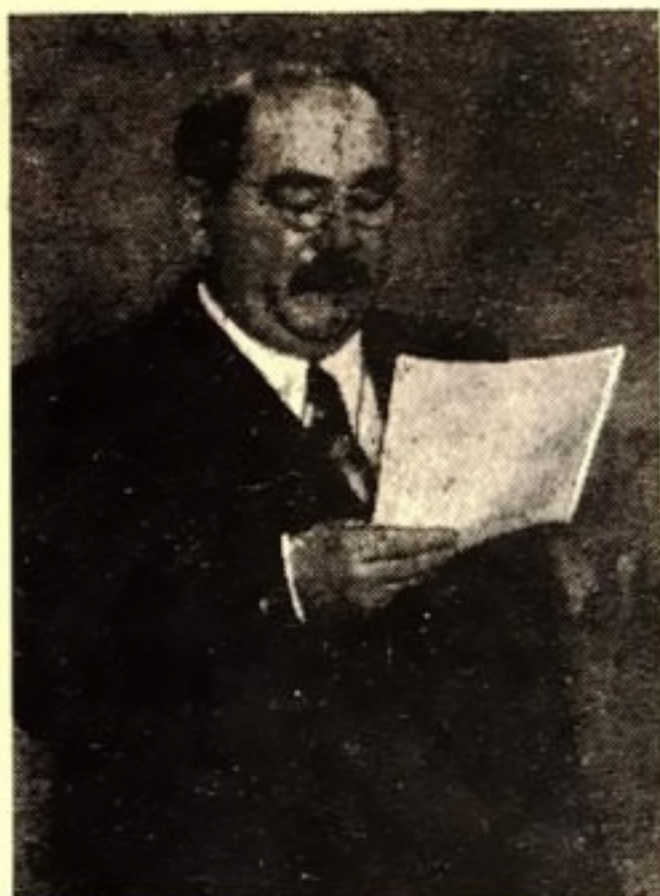
Außenpolitisch vertrat Nagy das, was Jahre später von seinen Henkern verwirklicht wurde, allerdings unter anderen Vorbedingungen.

"Wir haben die internationale Lage im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Ungarn oder die Interessen Ungarns niemals eingehend untersucht ... Deshalb geriet bei uns die Innenpolitik häufig in einen scharfen Widerspruch zur internationalen Entwicklung. Die falsche Einschätzung der internationalen Lage, die Übertreibung der Kriegsgefahr, sowie die Maßnahmen, die aus dieser Einstellung heraus ergriffen wurden, spielten eine sehr maßgeblich Rolle, als die Parteiführung 1949-1952 in der Entwicklung der Volkswirtschaft äußerst schwerwiegende Fehler beging ... Die Juni-Ereignisse des Jahres 1953 in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn und anderswo zeigen, welch schwere Folgen die falsche Einschätzung der internationalen Lage und die auf ihr fußende Außenpolitik im inneren Leben der betroffenen Staaten hatte."
('Politisches Testament')

Die Entwicklung Jugoslawiens und natürlich die Chinas hatte bewiesen, daß die Unabhängigkeit von der Sowjetunion weder automatisch einen Bruch mit dem Stalinismus bedeutete, noch eine Rückkehr zum Kapitalismus zur Folge haben muß (was ausserdem nur durch die siegreiche Konterrevolution möglich wäre). Nagy strebte genau das an, was er durch das Beispiel Jugoslawiens als möglich erkannt hatte, einen 'Sozialismus', der keinem der beiden 'Blöcke' angehörte.

"Wir müssen erkennen, daß wir demnach nicht nur dem sozialistischen Lager angehören, sondern auch jener großen Gemeinschaft der Nationen, mit deren Ländern und Völkern wir durch unzählige Fäden verbunden sind, die man nicht zerreißen kann, aber auch nicht darf, weil wir nicht ein Leben, ausgesperrt aus der großen Gemeinschaft der Nationen, führen wollen, da wir dann nicht in der Lage wären, den Weg des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieges zum Sozialismus in friedlicher, schöpferischer Arbeit zu gehen."

Innenpolitisch würden bürgerliche Zeitungen Nagy wohl als Vertreter eines 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' bezeichnen, wenngleich dieses Emblem völlig inhaltlos ist. Vielleicht hat Nagy das Programm des 'National-Stalinismus' (man darf bei dieser Bezeichnung natürlich nicht in den Fehler verfallen, andere Tendenzen des Stalinismus für internationalistisch zu halten, diese Bezeichnung soll nur das Verhältnis zur Sowjetbürokratie kennzeichnen) am klarsten



Imre Nagy

aufgezeigt - mit Ausnahme Jugoslawiens natürlich, das sich das ja leisten konnte - dennoch wäre es falsch.einen Unterschied zu Gomulka, Dubcek, Tito oder Mao-Tse-Tung zu setzen. In seiner Kritik ist Nagy sicherlich ziemlich schonungslos, so z. B. wie er das Verhältnis zwischen den einzelnen Volksdemokratien aufzeigt, das von Abschirmung, die die Solidarisierung der Unterdrückten verhindern soll, gekennzeichnet ist.

"In der Bestrebung zwischen der ungarischen Volksdemokratie und den übrigen Ländern des demokratischen und sozialistischen Lagers, also nicht einmal mehr nur zwischen der westlichen kapitalistischen Welt und unserer Heimat, eine richtiggehende chinesische Mauer aufzurichten, kommt ein spezifischer volksdemokratischer Provinzialismus, ein hochgradiges Selbstisolierungsbedürfnis zum Ausdruck. Heute sind wir bereits so weit, daß Parteimitglieder, ja sogar Mitglieder des Zentralkomitees, die Presse der Bruderparteien, die Erklärungen von Partei- und Staatsführern der Volksdemokratien, die Reden und Artikel der Genossen Bierut und Siroky und die Beschlüsse der Bruderparteien nicht bekommen können. Dasselbe gilt vielfach auch für die Kultur, die Kunst und die Literatur, für die Diskussionen und den Meinungsaustausch in den volksdemokratischen Ländern. Ja, wir sind sogar so weit, daß bestimmte Publikationen der KPdSU nicht einmal Mitgliedern des Zentralkomitees zugänglich sind...Die fast hermetische Absperrung des ungarischen wirtschaftlichen politischen und kulturellen Lebens von den Problemen der befreundeten Länder auf den gleichen Gebieten spiegelt die Furcht vor der Kritik wider, begünstigt aber gleichzeitig auch, und das fällt viel schwerer ins Gewicht, das Aufleben des Nationalismus und steht im diametralen Gegensatz zu den Leninschen Lehren über proletarischen Internationalismus."
('Politisches Testament')



Wenn wir die konkreten Unterschiede in der Entwicklung der oben genannten Vertreter eines Flügels der stalinistischen Bürokratie, zugunsten des ihnen Gemeinsamen beiseite lassen, sehen wir, daß dieses Gemeinsame den wesentlichen Kern der Frage trifft. Gemeinsam ist ihnen allen, daß ihre Entwicklung auf die Erreichung einer unabhängigen Stellung von der Sowjetunion keineswegs zur Errichtung der proletarischen Demokratie führte - und auch nicht führen konnte. Gomulka, dessen Programm dem Nagys sehr ähnlich war, wurde 1970 zum Henker der polnischen Arbeiter und mußte bei seinem Sturz genau die Anklagen gegen sich hören, die er Jahre zuvor gegen Bierut und Konsorten vorbrachte. Und Dubcek trägt - als Repräsentant eines Flügels der Bürokratie - die Verantwortung dafür, daß die Arbeiterklasse der CSSR 1968, angesichts des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen, politisch völlig entwaffnet und desorientiert war, obwohl bereit zu kämpfen.

Die Jugoslawen richteten 1948 und auch noch später Angriffe gegen die Sowjetbürokratie, die an Heftigkeit - und auch an treffender Wahrheit - bislang nur von den Trotzkisten vorgebracht wurden. Aber nichtsdestoweniger herrschte in Jugoslawien die Diktatur einer Bürokratie, die jede Keimform der Arbeiterdemokratie erstickte und die Räte nur soweit und solange duldete, als sie das herrschende Regime nicht in Frage stellten. Der Vorwurf des 'Revisionismus', den die maoistische Führung an die Kreml-Bürokratie richtet - mittlerweile versteigt sie sich ja sogar zur Verwendung von Begriffen wie 'Sozialfaschismus' - ist angesichts der Innen- und Außenpolitik der chinesischen Bürokratie vom Inhalt her nichts als eine Groteske der Geschichte. Bei aller unterschiedlichen Entwicklung sehen wir, daß dieser Flügel der Bürokratie, wenn er an die Macht kommt, außerstande ist mit dem Stalinismus zu brechen. Jeder selbständige Schritt der Massen gefährdet seine Existenz - indem er die Existenz der Bürokratie an sich gefährdet - und genau daher muß er die Massenaktivität,die er benützt um seine Ziele zu erreichen, schließlich bekämpfen und unterdrücken. Der Lauf der Dinge hat Dubcek und Nagy dieses Schicksal erspart, doch gerade ihre Politik hat wesentlich zum Scheitern des Aufstandes gegen den Stalinismus beigetragen.

Wir werden sehen, wie Nagy während der Kämpfe stets bereit ist Kompromisse einzugehen und durch sein Lavieren die kämpfenden Massen desorientiert. Eben weil die Arbeiterklasse der deformierten Arbeiterstaaten bis heute bewußtseinsmäßig nicht über die Gomulka, Nagy und Dubcek hinausgekommen ist, erreichte sie die in den Kämpfen selbst angelegten Ziele nicht.

Die Frage lautet nicht: Stalinismus oder 'Sozialismus mit menschlichen Antlitz', sondern: Sozialismus oder Stalinismus! Und bei der praktischen Beantwortung dieser Frage, muß die Revolution auch den 'National-Stalinismus' schlagen!

DRITTER UND LETZTER TEIL IN DER NÄCHSTEN 'PERMANENTEN REVOLUTION'



Rajk...



...und seine Hinrichtung